

# *Stenografischer Bericht*

## **3. ao. Sitzung des Landtages Steiermark**

---

XVII. Gesetzgebungsperiode 07. September 2015

Beginn: 10.05 Uhr

Entschuldigt: LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann

Nachruf: LTAbg. a.D. Senatsrat Dr. Paul Tremmel

### **M.**

Mitteilungen (§ 39 GeoLT)

#### **D1. Einl.Zahl 192/1**

**Dringliche Anfrage** (§ 68 GeoLT) der FPÖ an Herrn Landeshauptmann Schützenhöfer betreffend

*Verschärfung des Asylchaos durch das Bundesverfassungsgesetz*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Kunasek (251)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Schützenhöfer (259)

Wortmeldungen: (Siehe D3)

Beschlussfassung: (358)

#### **D2. Einl.Zahl 193/1**

**Dringliche Anfrage** (§ 68 GeoLT) der FPÖ an Frau Landesrätin Mag. Kampus betreffend

*Verschärfung des Asylchaos durch das Bundesverfassungsgesetz*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Kunasek (268)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrätin Mag. Kampus (276)

Wortmeldungen: (siehe D3)

Beschlussfassung: (359)

**D3. Einl.Zahl 195/1**

**D r i n g l i c h e   A n f r a g e** (§ 68 GeoLT) der FPÖ an Landesrat Mag. Drexler betreffend

*Auswirkungen des Flüchtlingsstroms auf das steirische Gesundheitswesen*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Amesbauer, BA (286)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Mag. Drexler (293)

Wortmeldungen: LTAbg. Kunasek (303), Präsident LTAbg. Dr. Kurzmann (308), LTAbg. Schönleitner (311), LTAbg. Klimt-Weithaler (318), LTAbg. Triller, BA (325), LTAbg. Hafner (326), LTAbg. Schwarz (328), LTAbg. Ing. Jungwirth (332), LTAbg. MMag. Eibinger-Miedl (335), LTAbg. Krautwaschl (340), Landesrätin Mag. Lackner (344), Bundesrat Krusche (346), LTAbg. Amesbauer, BA (349), LTAbg. Kunasek (352), Bundesrat Lindner (354), Präsidentin LTAbg. Khom (355), Landesrätin Mag. Kampus (357)

Beschlussfassung: (360)

**D4. Einl.Zahl 230/1**

**D r i n g l i c h e   A n f r a g e** (§ 68 GeoLT) der KPÖ an Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer betreffend

*Australischer Pensionsfonds oder Land Steiermark als Eigentümer der Energie Steiermark?*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Dr. Murgg (361)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer (365)

Wortmeldungen: LTAbg. Dr. Murgg (368), LTAbg. Schönleitner (370)

Beschlussfassung: (372)

**Präsidentin Dr. Vollath – SPÖ:** Sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich darf zu dieser außerordentlichen Sitzung und Tagung des Landtages Steiermark in der laufenden XVII. Gesetzgebungsperiode begrüßen.

Ich begrüße alle Erschienenen, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, alle Zuseherinnen und Zuseher, die der heutigen Sitzung des Landtages entweder hier im Sitzungssaal oder via Livestream im Internet teilnehmen.

Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Auf den Zuschauerrängen darf ich noch begrüßen – es nehmen zwei Herren aus dem Nationalrat teil – Abgeordneter zum Nationalrat Mag. Günther Kumpitsch sowie Nationalratsabgeordneter Walter Rauch. Herzlich Willkommen im Steirischen Landtag.  
*(Allgemeiner Beifall)*

Entschuldigt von der heutigen Sitzung ist Landtagsabgeordneter Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann.

Es handelt sich heute um einen Sonderlandtag. Er wurde von Abgeordneten der FPÖ am 31. August 2015 beantragt.

Gemäß Artikel 15 Abs. 2 Landesverfassungsgesetz in Verbindung mit § 40 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung ist der Landtag binnen fünf Werktagen zu einer außerordentlichen Tagung einzuberufen, wenn dies von wenigstens von einem Fünftel der Mitglieder verlangt wird.

Der Antrag hat diesen Bestimmungen der Landesverfassung und der Geschäftsordnung entsprochen. Aus diesem Grund gibt es die heutige Landtagssitzung.

Sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus! Ich bitte Sie, sich nun von Ihren Sitzen zu erheben. Bevor ich zur Tagesordnung übergehe, habe ich die traurige Pflicht, eines verdienten Mitgliedes unseres Hauses zu gedenken.

Am 13. Juli dieses Jahres verstarb der ehemalige Landtagsabgeordnete Senatsrat Dr. Paul Tremmel im 75. Lebensjahr.

Dr. Paul Tremmel wurde am 27. Juli 1940 in St. Lorenzen bei Trieben geboren. Nach seiner in der Steiermark verbrachten Schulzeit absolvierte Paul Tremmel ein Studium der Rechtswissenschaften an der Karl-Franzens-Universität in Graz, an welcher er 1967 zum Doktor der Rechtswissenschaften promovierte.

Dr. Tremmel trat in den Dienst des Magistrates Graz und leitete dort unter anderem das Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen. Von 1971 bis 1986 war Dr. Tremmel Leiter des Friedrich-Schiller-Heimes in Graz. Seine politische Karriere begann 1978 als freiheitlicher Gemeinderat in Graz. 1986 bis 1988 war Dr. Tremmel Vizebürgermeisters unserer Landeshauptstadt. 1993 wurde Dr. Tremmel in den Bundesrat gewählt und übte diese Funktion bis 1999 aus. Im Anschluss daran wurde er als Abgeordneter in unserem Hohen Haus, dem Landtag Steiermark, angelobt und hatte dieses Mandat ein Jahr lang inne. 2005 wurde ihm für seine Dienste das Ehrenzeichen der Republik Österreich verliehen. Dr. Paul Tremmel verstarb am 13. Juli 2015 nach jahrelanger schwerer Krankheit. Sein enormer Fleiß und sein großes politisches Geschick als Beamter der Stadt Graz, sowie als Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker zeichneten ihn aus. Sein Tod hinterlässt Schmerz und Trauer. Hohes Haus, namens des Landtages Steiermark und im eigenen Namen danke ich dem Landtagsabgeordneten Dr. Paul Tremmel für die erbrachte Lebensleistung im Interesse des Landes Steiermark. Der Landtag Steiermark wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke für die Bekundung der Trauer und Anteilnahme.

Ich erfahre gerade, dass auch Nationalratsabgeordneter Amon auf der Zuschauertribüne eingelangt ist. Auch ihm ein Grüß Gott in unserem Landtag. (*Allgemeiner Beifall*)

Die Tagesordnung ist Ihnen, sehr geehrte Abgeordnete, zugegangen. Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand? Das sehe ich nicht.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass gemäß § 66 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung 28 schriftliche Anfragen eingebracht wurden und zwar von Abgeordneten der FPÖ – zwölf Anfragen und von Abgeordneten der Grünen – sechzehn Anfragen.

Die Anfragen wurden wie folgt eingebracht:

An Landesrat Buchmann – zwei Anfragen, Landesrat Drexler – fünf Anfragen, Landesrätin Kampus – sieben Anfragen, Landesrätin Lackner – drei Anfragen, Landesrat Leichtfried – sieben Anfragen, Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer – zwei Anfragen, Landeshauptmann Schützenhöfer – eine Anfrage und Landesrat Seitinger – eine Anfrage.

Es wurde auch eine Anfragebeantwortung eingebracht, und zwar von Landesrätin Kampus.

Wir haben heute Dringliche Anfragen zu behandeln.

Von Abgeordneten der FPÖ wurden drei Dringliche Anfragen eingebracht, nämlich an Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer betreffend „Verschärfung des Asylchaos durch das Bundesverfassungsgesetz“ an Landesrätin Doris Kampus betreffend „Verschärfung des Asylchaos durch das Bundesverfassungsgesetz, an Drexler betreffend „Auswirkungen des Flüchtlingsstroms auf das steirische Gesundheitswesen“.

In Übereinstimmung mit der vor der Sitzung getagten Präsidialkonferenz werde ich die Dringlichen Anfragen in der Reihenfolge ihres Einbringens zum Aufruf bringen und dabei jeweils die Antragsteller um die Begründung und im Anschluss das befragte Regierungsmitglied um die Beantwortung ersuchen. Im Anschluss findet die gemeinsame Wechselrede über diese drei Dringlichen Anfragen statt.

Heute wurde vor der Landtagssitzung von Abgeordneten der KPÖ ebenfalls eine Dringliche Anfrage, diese an Landeshauptmannstellvertreter Michael Schickhofer, betreffend „Australischer Pensionsfonds oder Land Steiermark als Eigentümer der Energie Steiermark“ eingebracht.

Diese werde ich im Anschluss an die vorgenannten Dringlichen Anfragen zum Aufruf bringen und nach Begründung und Beantwortung die Wechselrede eröffnen.

Ich ersuche um Kenntnisnahme.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung über und ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungsschwerpunkten der heutigen Sitzung.

Damit kommen wir zur **ersten Dringlichen Anfrage** an unseren Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und ich erteile Herrn Klubobmann Mario Kunasek das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

**LTabg. Kunasek – FPÖ (10.12 Uhr):** Ja, herzlichen Dank, Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren hier im Hohen Haus!

Ja, besondere Situationen erfordern besondere Maßnahmen. Und eine dieser besonderen Maßnahmen ist heute hier diese Landtagssitzung, die von uns, auch jetzt mittlerweile in entsprechender Stärke vertreten, einberufen bzw. gefordert wurde. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt wahrscheinlich kein politisches Thema, das in den letzten Wochen, Monaten – uns, die Politik, aber vor allen Dingen auch die Bevölkerung – mehr interessiert, teilweise auch belastet und teilweise auch mit offenen Fragen noch immer versehen ist, als das Thema Asyl, Zuwanderung, auch teilweise in einem Bereich, wo man nicht nur von Asyl sprechen kann, sondern ich sage es jetzt ganz offen, wo wir es mit einer modernen Völkerwanderung zu tun haben, wo wir auch als verantwortungsvolle Politiker Antworten finden müssen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich heute auf eine – ich hoffe – sachliche Diskussion und ich glaube, dass es wichtig ist, dass man neben allem Verständnis auch, für Menschen, die von Zuhause aufbrechen, weil sie entweder ja, in einem Kriegsgebiet sind, dort auch verfolgt sind und nach der Genfer Konvention auch Schutz und Hilfe brauchen, auf der anderen Seite aber auch viele Wirtschaftsflüchtlinge darunter sind, die ein besseres Leben in anderen Bereichen der Welt suchen, auch differenziert und vor allen Dingen mit Hausverstand auch diskutieren sollten. Und wenn heute mir ein Reporter die Frage gestellt hat: Na, was sagen Sie zur Menschenkette heute, die vor der Sitzung stattgefunden hat? Dann sage ich ja, bei allem Mitgefühl, bei allem Verständnis, darf der Verstand nicht aussetzen, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Verstand darf ganz besonders bei uns als verantwortliche Politiker nicht aussetzen. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine sehr geschätzten Damen und Herren, möchte jetzt nicht auf alle Zahlen eingehen, weil die Zahlen sind uns ja hinlänglich auch bekannt. Wir haben im Moment in der Steiermark über 6.000 Asylwerber, die hier bei uns auch, ja, zu großen Problemen führen, wenn es darum geht, Unterkünfte bereitzustellen, wenn es darum geht auch entsprechend versorgt zu werden. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, die erste Dringliche Anfrage handelt und dreht sich um einen Gesetzesentwurf, der jetzt in erster Lesung, letzte Woche am Dienstag – wenn ich es richtig im Kopf habe – auch im Parlament diskutiert wurde, nämlich das sogenannte „Durchgriffsrecht“. Meine sehr geehrten Damen und Herren, was bedeutet dieses Durchgriffsrecht jetzt für uns konkret hier in der Steiermark?

Was bedeutet dieses Durchgriffsrecht für die Gemeinden? Dieses Durchgriffsrecht sieht vor, dass vom Bund aus ohne Einbindung der Gemeinden, ohne entsprechende Zustimmung auch der Gemeinde, der Gemeinderäte, aber auch ohne Einbindung des Landes, ja, Asylwerber in Gemeinden untergebracht werden. Und wir haben hier unterschiedliche Rechenmodelle. Die einen sprechen von bis zu 12.000 Asylwerbern, die damit in der Steiermark unterkommen sollen oder müssen. Wir gehen davon aus, dass es bis zu 18.000 werden. Aber meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Quotenregelung, die hier in diesem Durchgriffsrecht ja verankert ist, nämlich die 1,5 Prozentquote der Gemeindebevölkerung hinkt, warum hinkt sie? Weil wir bis heute noch keine klaren Zahlen auch entsprechend am Tisch haben, nämlich was eine Höchstzahl betrifft und von welcher Zahl überhaupt diese 1,5 Prozent jetzt hier angenommen werden? Und meine sehr geehrten Damen und Herren, und ganz besonders Herr Landeshauptmann, wir hätten uns hier auch mehr Protest erwartet, auch mehr Protest erwartet, wenn es darum geht, zum einen den Föderalismus auszuhöhlen, zum anderen auch das Mitspracherecht der Gemeinden auszuhebeln und vor allen Dingen auch, das in der Verfassung verankerte „Selbstverwaltungsrecht“ der Gemeinden auch entsprechend abzuschaffen. Hier hat man zwar von Landeshauptmännern aus Oberösterreich, aus Salzburg, aus Tirol, aus dem Burgenland, durchaus vernommen, dass man es kritisch sieht, ja teilweise auch scharf kritisiert hat; von Ihnen Herr Landeshauptmann, hat man in dieser Frage nichts gehört, außer einen Satz: „Das Durchgriffsrecht wird hingenommen“. Hinnehmen, meine sehr geehrten Damen und Herren, heißt aber auch zustimmen. Ich frage mich wirklich, meine sehr geehrten Damen und Herren, und ganz besonders Herr Landeshauptmann, ob Sie hier auch Ihrer Verpflichtung nachgekommen sind, die Interessen der Steiermark zu vertreten, auch die Interessen Ihrer Bürgermeister zu vertreten, die Übrigen in dieser Frage oftmals ja andere Ansätze auch haben, wie es hier von der Landesregierung, von der Regierungsbank aus gedacht wird? Ich hätte mir gewünscht, dass Sie auftreten, so wie man es von einem Landeshauptmann auch erwartet, nämlich hier auch zu kritisieren, zu hinterfragen und vor allen Dingen auch, wenn unsere Abgeordneten auch hier sind, die im Parlament am 22. – wenn ich es richtig im Kopf habe – auch dieses Gesetz beschließen sollten, auch entsprechend aufzufordern, im Sinne der heimischen Bevölkerung zu agieren. (Beifall bei der FPÖ) Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn heute auch sehr viele Bundesräte hier sind, dann wird es auch am Bundesrat liegen, als Vertretung auch als Kammer der Länder, wenn es schon der Nationalrat, das Parlament nicht tut, hier als zweite Kammer, ganz entschieden auch die Interessen unserer Bundesländer und der Länder zu vertreten, meine sehr geehrten Damen und

Herren. Bei diesem Gesetzesentwurf könnte man auch beweisen, dass der Bundesrat nicht das ist, wie er oft auch hingestellt wird – nämlich ein zahnlöser Tiger – sondern dass er das ist, was er sein soll, eine echte Vertretung auch der Länder, eine echte Vertretung auch der Bevölkerung der Bundesländer. Ich darf Sie von dieser Stelle auch hier auffordern, Ihrer Verantwortung entsprechend gerecht zu werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, überhaupt ist anzumerken, dass mit diesem sogenannten „Durchgriffsrecht“ das Asylchaos, das in vielen Bereichen bereits herrscht, wohl nicht in den Griff zu bekommen ist. Ich glaube, wir müssen endlich auch begreifen, dass wir diese Fragen: Asyl, Flüchtlinge, auch Zuwanderung, nur gemeinsam auch mit der Bevölkerung, gemeinsam auch mit den Gemeinden, mit den Vertretungen in den Gemeinden lösen können. Ich glaube nicht, dass durch ein darüberfahren – in diesem Fall jetzt von der Bundesebene – über eben jene Genannten, dieses Problem in den Griff zu bekommen ist, meine sehr geehrten Damen und Herren. Hier liegt es auch wieder an uns, als gewählte Volksvertreter hier in dieser Länderkammer, auch die Herren und Damen in der Bundesregierung darauf aufmerksam zu machen. Wer könnte das besser als wir, die eine direkte Stimme auch bekommen haben von den Menschen sie zu vertreten, aber vor allen Dingen auch, die Landesregierung, die ja nicht nur dazu da ist, sozusagen uns zu führen und zu leiten, sondern auch entsprechend das Ohr bei den Menschen zu haben. Wenn ich heute hier in die Reihen blicke, dann weiß ich eines, auch Sie meine sehr geehrten Damen und Herren der anderen Fraktionen, Sie wissen sehr wohl, dass dieses Thema „Asyl“ als Überbegriff oder „Flüchtlinge“ nicht so undifferenziert wie jetzt in den letzten Tagen in den Medien behandelt wird, in der Bevölkerung natürlich für große Fragen, auch für Verunsicherung, aber natürlich auch der Wunsch vorhanden ist, dass wir dieses Problem entsprechend auch hier lösen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Bin heute auch gefragt worden, was soll heute jetzt rauskommen? Jetzt macht ihr diese Dringlichen, jetzt gibt es diese Sonderlandtagssitzung, was soll jetzt unterm Strich, wenn heute die Sitzung dann vorbei ist, sich verbessern, was soll anders werden? Meine sehr geehrten Damen und Herren, uns ist auch klar, dass wir heute hier das Problem nicht lösen werden, aber eines muss man schon auch hier von dieser Länderkammer entsprechend einfordern können, nämlich, dass man hier politische Willensbildung auch betreibt, dass man hier auch differenziert über Bereiche des Asyls, der Zuwanderung diskutieren kann, ohne, ohne und ich sage das auch, weil es in den letzten Tagen durchaus passiert ist, auch oftmals manipulativ auch über Medien geschürt, hier Bilder zu erzeugen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kollege Schönleitner, weil du jetzt lachst, ja, wir



alle kennen das Bild dieser Dame, die hier in Budapest mit ihrem Baby am Gleis liegt, na schauen Sie, das sind eben genau diese Bilder, die erzeugt werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin auch froh und dankbar, dass das dann auch über die Medien richtig gestellt wurde, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass das hier auch richtig gestellt wurde, dass hier durchaus manipuliert wurde, nämlich dass diese Frau auf die Gleise gezerrt worden ist, jeder der es nicht glaubt – ich kann Ihnen gern den Video-Link schicken, auf die Gleise gezerrt worden ist, dass da durchaus auch noch eine dritte Hand sichtbar war, die diese Dame samt dem armen Baby hier auch noch auf die Gleise drückt und dann hier Fotos gemacht werden und dargestellt und suggeriert wird, dass diese Frau hier aus Protest, dieses Bahngleis nicht räumt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist genau Manipulation und ich sage, weil uns immer wieder vorgeworfen wird, es wird manipuliert und gehetzt – gerade von der FPÖ – zu diesem Thema kommen wir heute noch Frau Landesrat, dann sage ich: auch das ist Manipulation und ist von uns auch schärfstens zu verurteilen. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine sehr geehrten Damen und Herren, mir ist schon bewusst, *(Allgemeine Unruhe)* mir ist schon bewusst, dass jetzt die Nerven natürlich blank liegen, weil es auch die fehlenden Antworten sind, die Sie nicht haben. Aber ich sage euch, wir müssen uns überlegen, wie wir hier in der Steiermark die offenen Probleme lösen und die Fragen beantworten. Jetzt komme ich auch in die Steiermark zurück, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wie können wir, wie können wir bestmögliche Rahmenbedingungen schaffen, um – wenn es um die Frage der Flüchtlinge geht – auch im Sinne der steirischen Bevölkerung zu handeln. Hier sage ich ganz klar, dass es natürlich zu einer ausgewogenen Verteilung auch von Asylwerbern kommen muss. Hier meine sehr geehrten Damen und Herren, sind wir alle gefordert, im Einvernehmen mit den Gemeinden, im Einvernehmen mit den Bürgermeistern, hier entsprechende Lösungen zu finden. Und wenn heute der Flüchtlingskoordinator, Hofrat Kalcher, unter uns im Zuschauerraum ist, dann wird es natürlich auch seine Aufgabe sein, diese Koordination sicher zu stellen. Wir werden heute in der zweiten Dringlichen auch auf die Rolle des Flüchtlingskoordinators zu sprechen kommen. Möchte aber trotzdem darauf hinweisen, dass wird nicht alles und jedes Thema über Koordinatoren lösen sollten, sehr geehrte Frau Landesrat, sondern natürlich eine Verwaltung haben, die genau diese Aufgaben hat, aber in letzter Konsequenz natürlich auch wir, als Abgeordnete dazu aufgerufen sind, hier selbst aktiv zu werden. Zweitens, meine sehr geehrten Damen und Herren, es muss auch möglich sein, über Leistungen zu sprechen, die wir Asylwerbern zukommen lassen. Ich sage das deshalb,

weil wir wissen, dass Österreich, neben der Bundesrepublik Deutschland und neben Schweden Zielland Numero eins ist. Das hat natürlich auch Gründe, dass das so ist. Zum einem, weil wir in einer ausgeprägten ordentlichen Demokratie leben, zum anderen, weil es bei uns ein sehr dichtes soziales Netz auch gibt und zum Dritten und hier ist die Bundesrepublik heute, mit dem heutigen Tag übrigens auch bereits ein bisserl gescheiter geworden, dass man natürlich auch über Geldleistungen nachdenken muss, dass man auch darüber nachdenken muss, von Geldleistungen wegzugehen und hin zu Sachleistungen zu kommen. Ich glaube, das wäre ein wichtiger Schritt, auch diesen ja, oftmals falschen Anreiz eben in diese Länder und damit auch in die Steiermark zu kommen, etwas eindämmen können. *(Beifall bei der FPÖ)* Zweitens, wir müssen auch und das ist ganz besonders ja, auch wichtig, endlich die Asylindustrie und ich sage das mit aller Deutlichkeit, die Asylindustrie, die sich hier über Österreich über Europa ausgebreitet hat, endlich auch bekämpfen und einen Riegel vorschieben. Wenn wir heute wissen und wir kennen die Zahlen ja alle, was heute Betreiberfirmen, wie zum Beispiel in Traiskirchen die Firma ORS bekommt, wo wir Millionen von Euro Steuergeld natürlich auch an und das kann man schon fast als Großkonzern bezeichnen, einen börsennotierten Unternehmen, was da dahintersteckt, entsprechend auch wirtschaftliche Interessen hat, natürlich den Flüchtlingsstrom nicht einzudämmen, sondern jeder Flüchtling, der zu uns kommt, natürlich ein wertvoller Faktor, Wirtschaftsfaktor für diese Betriebe ist. Da muss ich auch sagen, da wäre es höchst an der Zeit, diese Flüchtlingsbetreuung wieder zurück in staatliche Hände zu geben und damit auch dieser Asylindustrie entsprechend den Riegel vorzuschieben. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, eines und ich weiß, das wird jetzt auch wieder für Aufregung sorgen, wir sollten auch danach trachten nicht nur – und Herr Landeshauptmann Sie haben ja selbst den Wunsch ja auch ausgesprochen, keine Großquartiere in der Steiermark zu haben – nicht nur die Großquartiersfrage anzusprechen, sondern auch die Frage anzusprechen, wo bringen wir Asylwerber unter? Weil es gerade hier auch seitens der Bevölkerung Ängste und Sorgen gibt. Weil wir auch hier wissen von Anfragebeantwortungen der Frau Innenminister, dass natürlich auch es im Umfeld von Asylheimen zu Kriminalität und zu einer Ansteigerung der Kriminalität kommt. Wenn man das anspricht, wird man sofort in ein Eck gedrängt, aber wenn wir heute wissen, dass es rund 200 Polizeieinsätze in den letzten beiden Jahren gegeben hat und auch über 1.000 ausgeforschte strafverdächtige Asylwerber – ja dann kann man nicht sagen, das gibt es alles nicht, das sind Erfindungen der Freiheitlichen Partei oder Hirngespinnste – das sind Zahlen und Fakten, meine sehr geehrte

Damen und Herren, die wir nicht vom Tisch wischen dürfen. Wenn wir beim Thema Sicherheit sind, dann sind wir bei einem – eh schon – Uraltthema, nämlich, wie geht es mit unserer Exekutive weiter? Ich möchte das auch hier ansprechen. Weil Sie Herr Landeshauptmann ja selbst im Jahre 2009 – und ich erinnere Sie immer wieder daran – davon gesprochen haben, wir brauchen 300 Polizisten in der Steiermark mehr. Haben dann auch plakativ mit der damaligen Innenministerin einen Sicherheitspakt präsentiert, wo wir diese 300 Polizeikräfte für die Steiermark bekommen hätten sollen. Bis heute ist kein Einziger gekommen. Ganz im Gegenteil, aufgrund der Entwicklungen im Pensionsbereich und in den Pensionierungen werden es immer weniger Kräfte und siehe da, letzte Woche hat sogar die Polizeigewerkschaft, und meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wissen, dass die Polizeigewerkschaft noch nicht, noch nicht in absoluter Mehrheit der Freiheitlichen Fraktion sich befindet, sondern genau diese Polizeigewerkschaft, die aus ihren Reihen nämlich kommt, gesagt, wir brauchen 300 Polizisten für die Steiermark mehr, um auch den zusätzlichen Bedarf abzudecken, der jetzt durch das Thema Asyl entsprechend natürlich auch abzuhandeln ist. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, es hat auch jetzt wieder am Wochenende, wie die Flüchtlinge in Graz untergebracht worden sind, natürlich auch wieder einen Großeinsatz oder ein Großaufgebot der Exekutive gebraucht und es braucht auch jetzt wieder – habe erst vor wenigen Minuten ein E-Mail auch bekommen seitens des Innenministeriums – Bedarf steirischer Polizisten natürlich auch im Burgenland, in Nickelsdorf an den Grenzgebieten einzusetzen. Das heißt wieder Polizeikräfte, die uns im eigenen Bundesland fehlen. Ich denke mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, und vor allen Dingen Herr Landeshauptmann, wir sollten jetzt diese Flüchtlingskrise auch dazu nutzen, endlich auch diese fehlenden Exekutivbeamten – entsprechend bei Ihrer Parteifreundin, bei der Frau Mikl-Leitner – auch einzufordern. Das wäre höchst an der Zeit. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese erste Dringliche Anfrage, die wir heute hier einbringen und an den Landeshauptmann Schützenhöfer gerichtet ist, nämlich betreffend „Verschärfung des Asylchaos durch das Bundesverfassungsgesetz“ beinhaltet Fragen, die für uns als Fraktion interessant und auch wichtig für unsere politische Arbeit sind, aber vor allen Dingen auch Fragen, die sich die steirische Bevölkerung stellt. Ich sage das jetzt hier auch ganz deutlich von diesem Rednerpult aus, auch wenn es dort und da versucht wird, die Arbeit der Opposition zu kritisieren, dass man hier den Verwaltungsapparat strapaziert, dass man hier Fragen stellt, die ohnehin bekannt wären, dann sage ich schon in aller Deutlichkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das ist ein wichtiges Instrument in einer Demokratie,

dass man auch der Opposition die Möglichkeit gibt, Fragen zu stellen und hoffentlich auch richtige Antworten zu finden. Jemand, der dieses Recht, nämlich auch dieses Hohen Hauses in Frage stellt, ist wohl kein Demokrat, ganz im Gegenteil, das ist jemand, der genau diese Fragen und diese Antworten nicht zulassen möchte. Ich bin froh darüber, dass wir heute hier die Möglichkeit haben, auch Fragen einzubringen und entsprechend hoffentlich Antworten zu bekommen. *(Beifall bei der FPÖ)* Es sieht die Geschäftsordnung vor, dass wir diese Fragen verlesen und ich komme jetzt hier zu den Fragen:

1. Haben Sie gegen das Bundesverfassungsgesetz über die Unterbringung und Aufteilung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden protestiert?
2. Wenn ja, in welcher Form und wann?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. Würde man die Quote von 1,5 Prozent der Wohnbevölkerung ausreizen, müsste die Steiermark über 18.000 Asylwerber aufnehmen. Ist es aus Ihrer Sicht möglich, die notwendigen Unterkünfte bereitzustellen?
5. Wenn ja, in welcher Form?
6. Sprechen Sie sich für eine absolute Höchstzahl von Unterkunftsplätzen für Asylwerber in der Steiermark aus?
7. Wenn ja, wie hoch ist diese Zahl?
8. Wenn nein, warum nicht?
9. Wie stehen Sie dazu, dass gemäß Art 3 Abs. 1 des Bundesverfassungsgesetzes über die Unterbringung und Aufteilung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden Anrainern kein Rechtsmittel gegen zwangsweise Umbauten und Umwidmungen zu Verfügung steht?
10. Haben Sie diesbezüglich Kritik geäußert?
11. Wenn ja, in welcher Form?
12. Wenn nein, warum nicht?
13. Wie stehen Sie als für Gemeinden zuständiges Mitglied der Landesregierung dazu, dass den Gemeinden Kompetenzen des eigenen Wirkungsbereichs entzogen und dem Bund übertragen werden, was einen massiven Eingriff in das verfassungsgesetzlich gewährleistete Recht der Kommunen auf Selbstverwaltung darstellt?
14. Haben Sie diesbezüglich Kritik geäußert?
15. Wenn ja, in welcher Form?
16. Wenn nein, warum nicht?

17. Gibt es schon konkrete Pläne, wie Gemeinden desselben politischen Bezirks Vereinbarungen über die Unterbringung und Aufteilung der Asylwerber treffen sollen?
18. Wenn ja, wie stellen sich diese Pläne konkret dar?
19. Sollen Gemeinden seitens des Landes bei diesen Verhandlungen unterstützt werden?
20. Wenn ja, in welcher Form?
21. Wenn nein, warum nicht?
22. Wie stehen Sie als Landeshauptmann dazu, dass der Konsultationsmechanismus, der vorsieht, dass Gesetzes- und Verordnungsentwürfe des Bundes oder eines Landes den betroffenen Gebietskörperschaften mit einer Aufstellung der finanziellen Auswirkungen zur Stellungnahme übermittelt werden, nicht ausgelöst wurde, weil die Bundesregierung nicht mittels Regierungsvorlage agiert hat?
23. Haben Sie diesbezüglich Kritik geäußert?
24. Wenn ja, in welcher Form?
25. Wenn nein, warum nicht?
26. Sollen Gemeinden bei der Bereitstellung von Unterkünften durch das Land (z. B. mittels Bedarfszuweisungen) unterstützt werden?
27. Wenn ja, in welcher Höhe und in welcher Form?
28. Wenn nein, warum nicht?
29. Sie erklärten im Rahmen einer Pressekonferenz, dass die Steiermark keine weiteren Großquartiere will und „den Weg der kleinen Unterkünfte“ gehen wolle. Wie soll verhindert werden, dass über das „Durchgriffsrecht“, Quartiere mit bis zu 450 Asylwerbern pro Liegenschaft in steirischen Gemeinden entstehen können?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind die 29 Anfragen, die wir heute an unseren Landeshauptmann hier stellen, wo wir Antworten haben wollen und vor allen Dingen sollten wir eines hier nach Beendigung der Sitzung haben, eine klare politische Meinungsbildung, wie wir in der Steiermark als Landtag mit dem Thema Asyl und Flüchtlinge auch vorgehen.  
*(Beifall bei der FPÖ - 10.33 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath – SPÖ:** Ich erteile nun Landeshauptmann Schützenhöfer zur Beantwortung dieser Anfrage das Wort. Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Schützenhöfer – ÖVP (10.34 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, meine sehr geehrten Steirerinnen und Steirer!

Ich möchte die Dringliche Anfrage der Abgeordneten Hannes Amesbauer, Mario Kunasek, Liane Moitzi und Marco Triller, betreffend „Verschärfung des Asylchaos durch das Bundesverfassungsgesetz“ wie folgt beantworten:

Wir haben es, meine Damen und Herren, mit einer außerordentlichen Flüchtlingswelle in Europa zu tun. Es ist geradezu eine Völkerwanderung, die wir in dieser Dimension nicht kennen. Viele, die nur durch Flucht ihr Leben retten können und das Leben ihrer Kinder, bezahlen aber mit dieser Flucht – weil es unvorstellbare Bedingungen gibt – mit ihrem Leben. In dieser Zeit ist Gemeinschaft gefragt. In dieser Zeit ist Haltung gefragt. Eine Haltung, die sich nicht von populistischen Forderungen verbiegen lässt, eine Haltung, die sich auch nicht, sagen wir es ganz offen, von eigenen Stimmungsschwankungen, denen man bei bestimmten Diskussionen unterliegt, irritieren lässt, sondern die auf jenem soliden Wertefundament beruht, das uns Menschen erst zu Menschen macht. Und ich nehme ein Wort des Klubobmannes gerne auf: „Verstand brauchen wir“, hat er gesagt. Ja, was wir jetzt brauchen ist „Herz und Verstand“ (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) und Sie werden mir gestatten, dass ich einleitend feststelle, die universellen Menschenrechte sind unteilbar. Das darf man nicht nur am Sonntag von der Kanzel sagen und in Zeiten, wo einem das leicht von den Lippen kommt, sondern das muss auch halten, wenn es soweit ist. Und jetzt ist es soweit. Denn diese Menschenrechte wurzeln im Christentum und in der Aufklärung. Die Menschenrechtskonvention steht bei uns im Verfassungsrang. Menschen, die etwa wegen Religion, Rasse oder Weltanschauung verfolgt werden, haben das Recht auf Asyl. Eine demokratische Gesellschaft, die in schwierigen Situationen, diese Grundsätze aufgibt, jetzt wo sie anzuwenden wären, gibt sich selbst auf. Die Realisierung dieser Grundwerte in Notsituationen ist ein Gradmesser, eben jetzt, ist ein Gradmesser für die Humanität einer Gesellschaft.

Nach 1945 kamen Hunderttausende wegen ihrer Sprache brutal und völlig unschuldig verfolgte Altösterreicher aus Jugoslawien und der Tschechoslowakei, aber auch aus anderen Ländern zu uns. Sie wurden hier aufgenommen und sie wurden heimisch. Unsere Eltern und Großeltern könnten und können uns viel über die Probleme, aber auch die hervorragende Integration erzählen.

Später kamen vor allem Opfer kommunistischer Diktaturen zu uns: Ungarn, Tschechen, Polen, dann die bosnischen Kriegsflüchtlinge, stets große Herausforderungen für uns, aber stets haben wir die menschliche Leistung in der Solidargemeinschaft erbracht und viele von uns, die heute hier stehen oder sitzen, haben ja, das ist das Glück meiner Generation, wir haben den Krieg nicht miterlebt, wir haben nie Hungerleiden müssen und Kälte, wie unsere Väter und Mütter, aber wir haben 1989 miterlebt, wie sich der Traum unserer Mütter und Väter erfüllt hat, Europa wurde frei. Nicht die Panzer des Kommunismus stehen an unseren Grenzen, sondern freie Menschen, die durch ihren Lebensmut die Freiheit erobert haben und wir haben heute keine Mauern und Stacheldrähte an den Grenzen, sondern wir haben offene Grenzen und jetzt gibt es wieder welche, die die Mauern hochziehen wollen, weil Sie glauben, damit könnten wir ein Problem lösen, aber so kann man das Problem nicht lösen. Mir ist bewusst, dass die Aufnahme und die Integration von großen Menschengruppen aus anderen Kulturkreisen jetzt neue große Herausforderungen mit sich bringen. Da sind viele in der Gesellschaft auch irritiert, wie geht das weiter? Wie viele noch? Wann ist ein Ende? Wir wollen ja helfen, aber werden wir überrollt? Keiner von uns kann eine Zahl, kann einen Tag nennen, wenn er nicht lügt. Wir können nur schauen, dass wir in geordneten Bahnen und nach bestem Wissen und Gewissen gemeinsam agieren, denn ich sage es noch einmal: Auszugehen bei all unseren Handlungen ist davon: die Würde eines jeden Menschen ist unantastbar! Und das gilt für jeden Menschen, ob er uns passt oder ob er uns zunächst nicht passt. Diese Würde zu achten und zu schützen ist eine Staatsaufgabe. Es ist daher jenen zu helfen, die unter großen Anstrengungen aus Kriegsgebieten flüchten und traumatisiert bei uns Schutz suchen. Diese Flüchtlinge sind menschenwürdig zu versorgen und unterzubringen. Kardinal Schönborn hat es beim Gedenkgottesdienst für die 71 Toten auf der A4 so gesagt: „Wir können nicht mehr wegschauen! Es ist Zeit aus der Starre zu erwachen und uns entschieden der wohl größten humanitären Herausforderung Europas in den letzten Jahrzehnten zu stellen!“ – Ende des Zitats. Aus der katholischen Soziallehre entstammt auch das Prinzip der Solidarität, des Zusammenhaltens innerhalb der menschlichen Gemeinschaft. Aber auch das Prinzip der Subsidiarität, der Verantwortlichkeit und Selbsthilfe der kleineren gesellschaftlichen Einheiten. Deshalb wollen wir in der Steiermark, soweit wir können und wir wissen nicht ob es gelingt und ob wir nicht auch bald Zelte oder Container haben, aber nach menschlichem Wissen und Gewissen alles tun, die Unterbringung der Flüchtlinge in kleinen Einheiten zu bewerkstelligen. Da ist auch manches an bürokratischer Hürde noch zu nehmen – wir sind dabei. Zahlreiche Maßnahmen wurden von der zuständigen Landesrätin,

Mag. Doris Kampus, bereits getroffen, die Tag und Nacht mit ihrem Stab daran arbeitet, wie zum Beispiel die Einrichtung einer Plattform als zentrale Anlaufstelle und die personelle Aufstockung des Flüchtlingsreferates. Es gibt in der Steiermark eine sehr große Hilfsbereitschaft, von vielen ehrenamtlichen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die in geordnete Bahnen gelenkt werden muss. Es wurde daher über Vorschlag der Soziallandesrätin Dr. Kurt Kalcher als Flüchtlingskoordinator eingesetzt, ein äußerst bewährter Profi, der die Drehscheibe für die Quartiersuche bildet und mit den Bürgermeistern und mit den Bezirkshauptleuten die Gespräche führen wird. Das ist das Wichtigste, dass wir jemanden haben, der die Bürgermeister schon kennt, der weiß, wie muss ich mit dem reden und wie muss ich mit dem anderen reden, um mit einem Erfolg nach Hause zu kommen, nämlich Flüchtlinge in ordentlichen Quartieren unterzubringen. Sie schreiben auf Ihren Tafeln „Chaos“, ja meine Damen und Herren, wenn da ein Despot 11.000 Flüchtlinge mit Bussen an unsere Grenze bringen lässt und wir die, ohne Vorwarnung versorgen müssen und das in wenigen Stunden gelingt, dann ist das doch nicht Chaos, sondern dann haben wir die Menschen in kurzer Zeit sehr gut versorgt. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Sie haben ja mit der Problematik nichts zu tun, Sie kommentieren sie nur. Wir sind damit ja täglich konfrontiert. Wissen Sie, wie das ist, wenn die Soziallandesrätin jede halbe Stunde von der Innenministerin einen Anruf kriegt? Wenn die Innenministerin mich anruft? Wenn der neue Bundeskoordinator den Kalcher, die Landesrätin oder mich anruft: „Ich brauch auf d’Nacht noch für 100 Leute was!“ und es gelingt im Regelfall. Und wenn die anrufen am Samstag, am Abend sind die Flüchtlinge da, weil sie noch nicht wissen, wie sie die von Nickelsdorf unterbringen und sie waren nicht am Abend sondern in der Früh eben dann da, dann lass ich mir gerne vorwerfen, dass das Chaos ist, wenn man Tausende und Abertausende Leute unterbringt. Wichtiger ist nur eines, wenn sie kommen, dass sie sofort ein Quartier haben und sie haben es gehabt in Graz *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Dennoch wir können diese Herausforderungen, ja und das möchte ich Ihnen noch dazu sagen, ich möchte und da wende ich mich nicht an eine Fraktion hier, Sie sprechen ja viele Dinge an, die uns alle bewegen, ich möchte auch gar keine billige Auseinandersetzung führen, ich möchte Sie mit dabei haben, in der Lösung der Problematik, aber ich spreche alle hier Anwesenden an, machen Sie das, was wir schon öfter gemacht haben – zuletzt gestern die Doris Kampus und ich – wir sind in aller Früh hinunter gefahren in die Messe und haben die Flüchtlinge besucht. Schauen Sie sich an, wie dort Hunderte Leute sich um ein Schüsserl Essen anstellen. Schauen Sie sich an, einen – ich weiß nicht – eineinhalb oder zweijährigen



Buben, wie er dort sein Milchpulverflascherl trinkt in den Armen der Mutter. Schauen Sie sich diese Augen der Verzweiflung aber auch der Hoffnung an und Sie werden vielleicht diese Frage anders beurteilen als vorher, weil wir doch alle Menschen sind und wissen, wenn man kann – wir wissen nicht wie lange wir können, aber noch können wir, wir können noch viel – dann muss man helfen, solchen armen Leuten, ein ganz kleines Stück, ein ganz kleines Stück Perspektive zu geben. Dennoch können wir diese Herausforderungen nicht alleine lösen.

Gemessen an der Zahl der Bevölkerung nehmen wir mehr Flüchtlinge auf als Deutschland, nehmen wir mehr Flüchtlinge auf als Italien, nehmen wir mehr Flüchtlinge auf als Frankreich. Eine gerechtere Verteilung innerhalb der EU ist mit Nachdruck einzufordern und ich denke mir, dass es Bewegung auf EU-Ebene gibt, weil Angela Merkel dieses Thema nach der Balkankonferenz angesprochen hat und eine faire Quote eingemahnt hat. Aber ich stehe nicht an, als einer der froh ist, dass es das Europa der Union gibt, hier auch zu sagen: Die Flüchtlingsfrage offenbart auch die Schwächen Europas. Wir bräuchten als Europa jetzt ein gemeinsames Vorgehen mit der Weltorganisation der UNO um in den Kriegsgebieten zu helfen. Wir bräuchten als Europa ein gemeinsames Vorgehen an den EU-Außengrenzen und wir sehen jetzt die Schwächen, die wir da haben. Wir sind ein Europa der Wirtschaft, wir sind auch auf dem Weg ein Europa des Sozialen zu werden, aber ein Europa der Solidargemeinschaft mit Herz und Seele, das sind wir nicht oder noch nicht. Wir brauchen eine Politik der Besonnenheit, ohne Schuldzuweisungen. Ich sehe so wie Sie, die spürbaren Risse in der Bevölkerung, die Sorgen der Menschen zu diesem Thema, die müssen wir ernst nehmen. Ernst nehmen heißt aber Verantwortung übernehmen und nicht Angst zusätzlich zu schüren. Asylmissbrauch und Schleppermafia sind mit aller Härte zu bekämpfen. Wirtschaftsflüchtlinge sind von Kriegsflüchtlingsen klar zu trennen. Das darf aber nicht dazu führen, in diese Risse noch den Keil der Missgunst und des Neides zu treiben. Das könnte zu einer Spaltung der Gesellschaft führen, zu einem Auseinanderdriften, zu einer Entsolidarisierung der Gesellschaft und das würden wir alle und die nächsten Generationen bitter bezahlen. Das kann und darf niemand wollen! Und hier haben alle gewählten Mandatarinnen und Mandatäre eine Verantwortung und ich appelliere an alle im Hause, diese Verantwortung wahr zu nehmen.

Und nun zu den Fragen:

1. bis 3.

Ich wurde über die Einbringung eines diesbezüglichen Antrages im Nationalrat informiert und habe dies zur Kenntnis genommen. Das Durchgriffsrecht ist im Entwurf zu diesem Verfassungsgesetz als subsidiäre Maßnahme ausgestaltet, das nur dann zum Tragen kommt, wenn die Länder die Quoten nicht erfüllen. Die Maßnahme ist zeitlich befristet, Sanktionen gegen die Länder sind nicht vorgesehen.

Ich habe öffentlich gesagt, dass ich mit dem temporären Recht des Durchgriffes leben kann, aber natürlich keine Freude habe, dass ich mir mit den Gemeindequoten als Praktiker sehr, sehr schwer tue, sehr, sehr schwer tue, weil wir ja sehen, wie das ist, wenn es darum geht Menschen unterzubringen. Und wissen Sie, das werden wir erst sehen, wie das wird mit dem Durchgriffsrecht, denn wie ist es denn bisher? Ja, was glauben Sie denn, was wir tun, den ganzen Sommer über – mit Bürgermeistern reden. Mit dem Bürgermeister so reden, dass er überzeugt wird und wenn Sie mich nicht verraten, manchen überrede ich auch dazu und sage: Hilf mir jetzt. Helfen wir zusammen. Ja, was glauben Sie denn, wie Fehring zustande kommt? Ja, was glauben Sie denn, wie Aigen zustande kommt? Wo du mit dem Bürgermeister geredet hast. Mit einem Durchgriffsrecht? Warten wir das ab. Nur mit Überzeugungsarbeit! Nur damit ich ihm sage, du hast 2.000 Einwohner, wir haben dort eine aufgelassene Tourismusschule, 200 bekommen wir hinein, 200 bekommst du aber nicht, das wären 10 Prozent, eineinhalb Prozent sind aber dort auch zu wenig, da tu ich mir mit der Gemeindequote schwer – nimm 70 – so. Das ist der Punkt und da macht mir keiner was vor. Vergleiche hin aber trotzdem. Das war ja bei der Gemeindereform nicht anders, aber Herr Klubobmann, bei der Gemeindereform war es ja dann auch so, derjenige, der mir dann sagt „Du kannst mich, mit mir nicht!“, wo ich aber weiß, da sind fünf und der vierte will nicht mit, im Interesse des Ganzen gehört das zusammen, für den jetzt hier bei der Frage der Flüchtlinge – nur für den – bin ich ganz am Ende der Debatte, dafür dass ich sage, da haben wir jetzt das Durchgriffsrecht wenn die Solidargemeinschaft in keiner Weise mehr eine Chance hat durch Überzeugung zu wirken. Und ich habe es dem Bundeskoordinator, mit dem wir im Gespräch sind, also bis jetzt tut er nicht Durchgreifen, bis jetzt ruft er bei uns an, ob wir wen unterbringen, und ich nehme an, es wird auch so bleiben, bitte, wenn Sie sich in der Steiermark ein bisserl auskennen und vielleicht von Kurt Kalcher abgesehen, darf ich Ihnen sagen, ich kenne nicht nur jede Gemeinde, ich kenne wahrscheinlich jedes Gasthaus und jedes Feuerwehrhaus, wenn Sie wissen, worum es geht, wissen Sie, was Sie zu tun haben, sind aber auch froh, dass es für den Ernstfall, das ist ja auch in der Katastrophe so, eine Möglichkeit gibt zu sagen, das müssen

wir jetzt tun. Da heble ich keine Gemeindeautonomie aus, das ließen mir meine Bürgermeister – Gesetz hin, Gesetz her – nicht zu. Ich sage daher noch einmal, ich kann leben damit – die Quoten als Richtschnur – aber wenn ich in Aigen 70 unterbring, das sind nicht eineinhalb sondern drei Prozent und in einem anderen Ort in Krakaudorf, weil ich nicht eine Möglichkeit habe, nichts, muss ich es ausgleichen können. Daher habe ich mit den Quoten deshalb auch ein Problem, weil ja die dann alle kommen werden und sagen, ich habe schon drei Prozent, ich will wieder, dass du die Hälfte nimmst. Aber ich nehme es in der Summe zur Kenntnis, weil ich ja davon ausgehe, wir erfüllen jetzt 93 Prozent, dass wir herankommen an das, dass uns das ohnehin erspart bleiben wird. Die Lösung kann nicht sein, auf Dauer Container auf einem Sportplatz oder irgendwo oder Zelte hinzustellen. Wir sind das einzige Bundesland, das noch keinen Container und kein Zelt gehabt hat. Trotzdem sind wir bei 93 Prozent. Genau genommen ist das ein sehr schönes Zeugnis für dieses Land und für die Bürgermeister. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ) Und nur so werden wir es schaffen, dass wir die Menschen vor Ort mit ihren Sorgen und Ängsten nicht allein lassen. Das kenne ich ja aus anderen Debatten. Wenn ich einen Bürgermeister nicht im Boot habe und ihnen was hinstelle, was die mit absoluter Macht nicht wollen, dann steht der ja an der Spitze der Demonstranten. Wir wollen überzeugen! Wir wollen, dass der Bürgermeister, wenn er Leute unterbringen soll, mindestens so antwortet, wie ich beim Durchgriffsrecht: Für eine Zeitlang machen wir es halt so.

Zu den Fragen 4, 5 und 29:

Es bedarf sicherlich größter Anstrengungen von allen Seiten, die erforderlichen Unterkünfte bereitstellen zu können. Es waren im Übrigen in der Bosnienfrage exakt gleiche viele, die wir schon untergebracht haben. Sehr viel mehr als Restösterreich in Prozent. Aber es gibt erfreuliche Signale, wie zum Beispiel von der Kirche, die von sich aus eine erhebliche Anzahl von Flüchtlingsquartieren anbieten. Grundsätzlich gilt aber wie schon gesagt aufgrund der Grundversorgungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern, dass die Steiermark die Verpflichtung hat, 14,29 Prozent aller in Österreich registrierten Asylwerberinnen und Asylwerber aufzunehmen. Wir werden in der Steiermark mit Unterstützung der Gemeinden weiterhin mit allen Kräften versuchen, unsere Aufgabe durch Bereitstellung von Kleinquartieren zu erfüllen. In diesem Fall kommt das Durchgriffsrecht des Bundes eben nicht zur Anwendung.

Wir haben nach dem ersten Beschluss dieses Gesetzes, von dem heute die Rede ist, in meiner Gesinnungsgemeinschaft in der letzten Woche Donnerstag, Freitag in allen Wahlkreisen Bürgermeisterkonferenzen abgehalten, wo die Nationalräte informiert haben, wie das Gesetz ausschauen wird, es ist ja noch nicht endgültig beschlossen. Es haben sich zahlreiche Bürgermeister gemeldet, die gesagt haben, ich habe ja schon lange angemeldet, aber dann kommen die NGO's und es passt bürokratisch irgendetwas nicht. Da müssen wir in der Organisation stärker werden, denn Quartiere sind zu finden und haben wir. Es ist aber bei einer weiteren Verschärfung der Lage und der Ausweitung des Flüchtlingsstromes – wie müssen realistisch bleiben – auch für die Steiermark nicht auszuschließen, dass Großquartiere eingerichtet werden müssen.

Zu 6, 7 und 8:

Aufgrund meiner anfangs erläuterten Haltung halte ich es für menschenunwürdig und für einen wohlhabenden Staat beschämend, Kriegsflüchtlingen das Asyl zu verweigern. Ich appelliere daran, die Errungenschaften einer zivilisierten Gesellschaft mit vereinbarten menschenrechtlichen Standards beim ersten Gegenwind nicht einfach über Bord zu werfen! Wir brauchen keine neuen Zäune in Europa, was wir brauchen ist eine Solidaritätsgemeinschaft in Europa. Und ich sage es noch einmal, Österreich nimmt, gemessen an der Bevölkerungszahl, mehr Flüchtlinge auf als andere Länder. Das ist auf Dauer natürlich nicht haltbar. Die Dublin-Richtlinie hat in Anbetracht der hohen Flüchtlingszahlen ihre Rechtfertigung verloren, sie ist ungerecht und schafft Ungleichheiten zu Lasten der Länder an EU-Außengrenzen. Sie sollte neu verhandelt werden. Niemand kann heute sagen, wie viele Kriegsflüchtlinge sich in den nächsten Monaten und vielleicht noch Jahren aus den Krisenregionen auf den Weg nach Europa machen. Daher, wer seriös bleiben will, es sind ja diese ganzen Quotendebatten Theoriedebatten, wenn man es ganz genau nimmt. Es können sehr viel weniger sein. Was machen wir, wenn es mehr sind? Und wie ist das mit den Zäunen? Wer hat das in Mazedonien gesehen? Das geht ja nicht und das wollen wir auch nicht. Aber wir können nicht auf Dauer alles Leid dieser Welt hier lösen. Wir leisten, wir leisten unseren Beitrag, wie verschließen die Augen nicht vor dem Leid dieser Menschen, aber wir appellieren an Europa, an die anderen Staaten auch hinzuschauen und nicht nationalegoistisch wegzuschauen.

Zu den Fragen 9 bis 16:

Die von Ihnen genannte Maßnahme der bescheidmäßigen Anordnung ist zunächst nur dann zulässig, wenn ein Land die Quote nicht erfüllt. Außerdem dürfen dieser Maßnahme überwiegende Interessen der Sicherheit, der Gesundheit und des Umweltschutzes nicht entgegenstehen.

Sie ist als Notfallsmaßnahme der zuständigen Gebietskörperschaft Bund die letzte Möglichkeit, wenn sämtliche regionalen und landesweiten Bemühungen gescheitert sind.

Es ist als eine Form der rechtsstaatlichen Güterabwägung zu akzeptieren, dass im Notfall der Schutz von Gesundheit und Menschenleben in Form einer adäquaten Unterbringung gegenüber den Interessen einer Flächenwidmung oder Bauordnung vorgeht. Aus diesem Grund habe ich – wie bei der Beantwortung Ihrer Fragen 1 bis 3 bereits erwähnt, den Entwurf zu diesem Bundesverfassungsgesetz zur Kenntnis zu nehmen.

Außerdem ist anzumerken, dass der österreichische Gemeindebund zu diesem Gesetz als gesetzlich legitimierter Vertreter der Gemeinden seine Stellungnahme abgegeben hat.

Zu den Fragen 17 bis 21:

Wie Sie wissen, ist das Bundesverfassungsgesetz weder beschlossen noch kundgemacht, sodass für derartige Pläne die gesetzlichen Grundlagen fehlen. Bereits jetzt sind wir seit Monaten – abseits der Medienöffentlichkeit – mit Bürgermeistern stündlich im Gespräch, um sie bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen zu unterstützen. Und da kommt eben dem neuen Flüchtlingskoordinator und der Referatsleiterin eine besondere Bedeutung zu und es finden laufend Gespräche mit der Abteilung, mit dem Flüchtlingskoordinator, mit dem Bezirkshauptmann und den Bürgermeistern seines Bezirkes und den NGO's statt, um gemeinsam auf Quartiersuche zu gehen und Lösungen ins Haus zu bringen.

Zu den Fragen 22 bis 25:

Die Kostentragung im Rahmen der Grundversorgung ist bereits jetzt mit einem Schlüssel 60 Bund, 40 Land geregelt. Daran ändert auch das geplante Bundesverfassungsgesetz nichts. Darüber hinaus ist festzuhalten, dass der Bund die Kosten für die Grundversorgung jener Asylwerber zu 100 Prozent trägt, deren Verfahren länger als ein Jahr dauert.

Zu den Fragen 26 bis 28:

Die Bund-Länder-Vereinbarung sieht für die Grundversorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden Kostenhöchstsätze vor, womit alle Aufwendungen abgedeckt sein sollten. Bislang liegen keine Anträge auf die Gewährung von Bedarfszuweisungen von Gemeinden für diese Zwecke vor. Ich sage aber in Klammer hinzu, ich schließe nicht aus, dass da welche kommen. Ich kenne meine Bürgermeister.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss sagen, dass bislang vier Millionen Menschen aus Syrien, allein aus Syrien geflüchtet sind; neun von zehn dieser Menschen bleiben in den Nachbarländern; der Libanon und Jordanien nehmen relativ zur Bevölkerungszahl die meisten Flüchtlinge auf. In Jordanien leben 630.000 aus Syrien geflüchtete Menschen bei einer Einwohnerzahl von 6,7 Millionen, im Libanon befinden sich 1,2 Millionen Syrer bei 4,8 Millionen eigenen Einwohnern.

Das ist eine beachtliche Leistung und sollte ein Hinweis sein, dass die 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union bei 508 Millionen Einwohnern doch in der Lage sein sollten, eine menschenwürdige Versorgung der Kriegsflüchtlinge sicherzustellen.

Das Flüchtlingsthema ist eine der größten Herausforderungen unserer Tage und wird es auch in den nächsten Monaten und ich nehme an auch Jahren bleiben. Bei dieser schwierigen Frage werden und dürfen wir die anderen großen Aufgaben dieses unseres Landes Arbeit, Wirtschaft, Forschung, Innovation, Bildung und Sozialstaat nicht vernachlässigen.

Wir wissen: Es gibt bei der Flüchtlingsfrage keine einfachen Antworten und Lösungen. Es geht um redliche, seriöse, humane Diskussionen, Entscheidungen und Maßnahmen.

Ich möchte uns alle aufrufen, unseren Beitrag dafür zu leisten, dass wir in dieser sehr fordernden Situation den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft fördern und dass wir nicht dabei sind, wenn es darum geht, Öl ins Feuer zu gießen und zu spalten, Polarisierungen entgegenzuwirken. Und ich habe auch stets betont, dass wir achtsam mit der Sprache umgehen müssen. Niemand soll ausgegrenzt oder verächtlich gemacht werden. Helfen ist angesagt, integrieren statt spalten muss daher die geistige Grundhaltung sein. Wir dürfen die Probleme nicht verharmlosen, wir nehmen die Sorgen unserer Landsleute ernst, aber ich bitte Sie, seien wir uns einig, dass wir nicht Angst machen, sondern gemeinsam nach den besten Wegen suchen. Neben der akuten Aufgabe der Flüchtlingsaufnahme gibt es die längerfristige Aufgabe der Integration. Denn wir sollen uns nicht täuschen: Manche werden zurückkehren, manche werden weiterziehen, aber manche werden auch bleiben. Und ich betone: Sosehr wir die Menschenpflicht haben, wirklich Verfolgten Asyl zu gewähren, muss auch klar sein, dass

anerkannte Flüchtlinge die Pflicht haben, sie haben Rechte aber sie haben auch die Pflicht arbeiten zu wollen, Deutsch – unsere Sprache – zu lernen und sich unsere Werteordnung in der Form anzupassen als sie zu akzeptieren und nicht zu bekämpfen. Gelungene Integration kann Chance und Bereicherung sein und ist keine Bedrohung!

Ganz bewusst möchte ich an den Schluss meiner Ausführungen ein großes Wort des Dankes an alle Stellen aussprechen, die in den letzten Tagen und Wochen so großartige und ermutigende Zeichen der Hilfsbereitschaft, des Idealismus und der Solidarität gezeigt haben, seien es unsere Landsleute die Steirerinnen und Steirer als Ganzes, die Einsatzorganisationen, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die zivilgesellschaftlichen Gruppen bis hin zu den Medien.

Das sind Zeichen, die zuversichtlich stimmen und die uns sagen, dass wir gemeinsam diese besondere Herausforderung bewältigen. Ich möchte den Steirerinnen und Steirern und uns, die wir ja auch manches Mal in diesem Zusammenhang, wenn wir die neuen Meldungen hören, wenn wir angerufen werden, was wieder zu tun ist, dass das noch sehr viel mehr wird, immer wieder von Irritation erfasst werden. Das muss man auch zugeben können. Ich möchte dennoch sagen: Haben Sie keine Angst, lassen Sie sich nicht in Angst versetzen, wir werden das schaffen! *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ, Grünen und KPÖ – 11.11 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath – SPÖ:** Vielen Dank an Herrn Landeshauptmann für die Beantwortung der Anfrage. Damit kommen wir zur zweiten Dringlichen Anfrage. Sie wurde am Montag, dem 31. August 2015 um 16.00 Uhr von Abgeordneten der FPÖ an Frau Landesrätin Kampus eingebracht. Ich erteile Klubobmann Kunasek das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung, die auch das Verlesen der Fragen umfasst, eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

**LTabg. Kunasek – FPÖ (11.12 Uhr):** Herzlichen Dank Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben dann noch die Möglichkeit über die Anfragebeantwortungen zu debattieren, aber eines kann man jetzt nicht hier im Raum stehen lassen, nämlich, dass ein Landeshauptmann einen gewählten Präsidenten eines Nachbarlandes – nämlich Ungarn – als Despot bezeichnet. Herr Landeshauptmann, hier ist eine Entschuldigung, eine Rücknahme dieser Bezeichnung sicherlich notwendig. *(Beifall bei der FPÖ)* Aber meine sehr geehrten Damen und Herren, im Rahmen dieser zweiten Dringlichen Anfrage, die sich ja auch mit dem Thema Asyl

beschäftigt, möchten wir auch einmal da Frau Landesrat Kampus die Möglichkeit geben, ja, hier Rede und Antwort zu stehen und vor allen Dingen auch, ihr, die ja auch ressortverantwortlich ist, und damit auch nicht unerheblich mit dem Thema beschäftigt ist, natürlich auch die eine oder andere Frage stellen, aber vor allen Dingen auch feststellen, dass auch hier in den letzten Tagen Aussagen gegenüber der FPÖ, aber ganz besonders gegenüber unseren Landtagspräsidenten Kurzmann gefallen sind, die wir so nicht hinnehmen können, Frau Landesrat. Es kann nicht sein, dass Sie einen Landesparteiobmann, auch einen demokratisch gewählten Landesparteiobmann und Vertreter dieses Hauses, einen Präsidenten dieses Hauses, der Hetze bezichtigen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dagegen verwehren wir uns massiv und auch hier wäre eine Entschuldigung höchst angebracht.  
*(Beifall bei der FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Landesrat, wir haben in den letzten Wochen und Monaten und wir haben in der ersten Dringlichen schon das eine oder das andere auch jetzt in der Beantwortung der Fragen ja gehört, ein großes Thema gehabt, nämlich das Thema Asyl. Es war auffällig, dass es seitens der Landesregierung und ganz besonders aus Ihrem Bereich, ja verdächtig ruhig gewesen ist. Jetzt kann das zum einen den Grund gehabt haben, dass man konzentriert arbeitet oder zum anderen, dass man ein bisschen den Kopf in den Sand steckt und dann versucht und ich habe das heute auch in der ersten Dringlichen schon angesprochen, eben über die Einsetzung eines Koordinators, eines ja wahrscheinlichen „Wunderwuzis“, der uns jetzt allen das Rezept auch verschreiben wird, wie wir mit diesem Thema umgehen, jetzt hier Probleme auslagert. Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier sage ich ganz klar, oftmals fragt man sich dann schon, weil für was gibt es Minister, Landesräte, leitende Beamte auch in der Verwaltung, die genau diese Aufgaben auch wahrnehmen sollten, die jetzt der Hofrat Kalcher entsprechend hat, der durchaus eine Person ist, der im Krisenmanagement sich in den letzten Jahren einen sehr guten Namen gemacht hat, wo man sich aber trotzdem auch die Frage stellen muss, welche Qualifikation bringt jemand mit? Welchen Arbeitserfolg wird er haben? Und vor allen Dingen auch, was kostet die Einsetzung des Koordinators? Wem ist er weisungsgebunden und wie schaut seine Rechtspersönlichkeit in diesem Bereich aus? Und Frau Landesrat, da werden wir uns heute auch noch in der Dringlichen darüber unterhalten, auch Antworten hoffentlich bekommen, weil es wie gesagt nicht sein kann, dass man jetzt hier – wenn es um die Flüchtlinge geht – durchaus sofort bereit war, jemanden zu finden und einzusetzen, um hier – und es muss ja ein gewisses Chaos hier vorherrschen – wenn ich einen Koordinator brauche, das in den Griff zu

---



bekommen. Und ich möchte daran erinnern, dort wo es darum gegangen ist, einen Lehrlingsbeauftragten einzusetzen, wo wir seit Jahren darüber reden, wo man für die eigene Bevölkerung nicht bereit gewesen ist, auch nur Ansatzweise über die Einrichtung eines solchen Koordinators oder Beauftragten nachzudenken. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden aber auch in dieser Dringlichen Anfrage ein Thema behandeln, was nicht unwesentlich ist und wir werden ja auch heuer noch ein Budget beschließen müssen. Wir alle wissen, dass die Budgetsituation in der Steiermark ja – ich sage das einmal vorsichtig – keine besonders gute ist, ja, und der zuständige Referent Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer ja auf der Suche auch ist, natürlich das Budget entsprechend zu konsolidieren, entsprechend auch und das ist ja auch oftmals die Kritik unserer Fraktion, Leistungen bei der eigenen Bevölkerung auch zu beschneiden und auf der anderen Seite, wie wir wissen, dass wir bereits jetzt im heurigen Jahr bereits 22 Millionen Euro für den Bereich der Flüchtlinge und des Asyls ausgeben, insgesamt sind 27 Millionen für das Jahr 2015 budgetiert, wenn wir das aber jetzt hochrechnen, wir in dem Bereich auf rund 40 Millionen kommen werden, was der Steuerzahler auch für den Bereich des Asyls in der Steiermark auch in die Hand nehmen muss. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, auch hier braucht es Zahlen, und auch hier bitte ich wirklich die Zahlen auf den Tisch zu legen, mit offenen Karten auch zu spielen und wenn ich sage: offene Karten, dann sage ich auch, wir erwarten uns auch offene Karten, wenn es darum geht, wie geht es mit der Unterkunftsfindung in Zukunft weiter? Da finde ich es schon sehr interessant, wenn der Herr Landeshauptmann jetzt in seiner Beantwortung gesagt hat, ja, man ist in ständigen Kontakt mit den Bürgermeistern, man ist in ständigen Kontakt natürlich auch um diese Unterkünfte bereitzustellen und sowieso die Kommunikation, die ist ja nur positiv. Dann wundert es mich aber, wenn wir dann aus der Zeitung erfahren müssen, und übrigens auch der Bürgermeister der betroffenen Gemeinde und auch die Bürger der betroffenen Gemeinde nämlich Unterpremstätten, das durchaus geplant ist auch in Unterpremstätten eine Großunterkunft für Asylwerber entsprechend zu installieren, und Frau Landesrat, ich kann Ihnen sagen, dass der Herr Bürgermeister nicht informiert worden ist, dass es hier Planungen gibt, zumindest nicht offiziell informiert worden ist. Hier würden wir uns wünschen, dass das auch wirklich gelebt wird, was hier immer wieder auch kommuniziert wird, nämlich diese gegenseitige Kommunikation mit den Gemeinden, wo ich in Unterpremstätten mit einer großen Sicherheit sagen kann, dass niemand informiert worden ist und dann natürlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich die Verunsicherung eine große ist, wenn es wieder so wie im

Beispiel Spital am Semmering, wo man in einer Nacht-und-Nebel-Aktion einquartiert hat, auch wieder Tendenzen gibt, auch jetzt mit der neuen Landesregierung, von diesem Weg der Nichtkommunikation, ja, nicht abzugehen. Da würde ich wirklich auffordern, Frau Landesrat, gehen Sie hier andere Wege! Weil wenn wir heute, und das hat der Landeshauptmann gesagt, ich habe es schon gesagt und ich glaube, ich habe auch das Nicken vernommen, von fast allen Abgeordneten: Es wird nur gemeinsam möglich sein, hier Lösungen und Wege zu finden und für eine gemeinsame Lösung braucht es die entsprechende offene Kommunikation mit den betroffenen Kommunen, mit den betroffenen Gemeinden. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann dringendst davon abraten, hier mit Geheimnistuerei, ja zu glauben, das Problem zu lösen. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, wir dürfen doch bitte auch nicht glauben, dass diese Bürgermeister von jeglicher Information ja ausgeschlossen sind. Natürlich, dann gibt es Gerüchte, dann wird dort was gehört, dann wird da was gehört, da sage ich: Da ist es besser, man nennt die Dinge beim Namen und man schenkt auch den Bürgern reinen Wein ein. Darum würde ich wirklich bitten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir brauchen heute aber hier nicht nur fragen und Antworten, wir müssen glaube ich auch und dazu werden wir dann ja auch in der nachfolgenden Debatte die Möglichkeit haben, über entsprechende Maßnahmen auch nachzudenken, wie wir und vor allen Dingen auch die FPÖ glauben, diese Situation in den Griff zu bekommen? Wir werden heute einige Anträge einbringen, die sich auch mit diesem Thema beschäftigen, über die wir auch diskutieren sollten. Wo ich auch hoffe, dass diese Anträge, natürlich nicht nur angenommen werden, sondern auch positiver Denkanreiz sind, wie wir im besten Sinne dieses Problem, und das hat der Landeshauptmann richtig gesagt, was ja kein „ursteirisches Problem“ ist, sondern natürlich ein europäisches, ein globales ein österreichisches Problem ist, entsprechend für die Steiermark bestmöglich in den Griff bekommen. Da gehört eines dazu und auch das wurde schon gesagt: Endlich auch zu trennen zwischen jenen, die wirklich verfolgt sind, die laut Genfer Konvention auch Schutz und Hilfe zu bekommen haben und es sind rund 30 Prozent, weil 70 Prozent ja auch dieser Asylwerber als Wirtschaftsflüchtlinge mit einem negativen Bescheid auch entsprechend kein Asylrecht in Österreich haben, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Auch hier bitte ich doch endlich auch wieder Verstand zum einen wirken zu lassen, auf der anderen Seite aber auch den Rechtsstaat zu akzeptieren. Das ist ganz dringend notwendig und meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird auch notwendig sein, auch einmal nachzudenken, ob die Verschleppung der Asylverfahren durch Beeinspruchung in der jetzigen Situation nicht dazu führt, die Situation

noch zu verschärfen, ich sage das auch in aller Deutlichkeit: Wir müssen danach trachten, dass es rasche Asylverfahren gibt, dass auch Rechtssicherheit herrscht, dass auch jene, die wirklich Schutz und Hilfe brauchen, sie bekommen so rasch wie möglich, aber jene, die ein besseres Leben sich erwarten und das oftmals ja auch hier in Österreich aber auch in Europa – wenn ich mir die Arbeitslosenzahlen anschau – nicht möglich sein wird, auch entsprechend rasch einen negativen Bescheid auszustellen und auch eine Rückreise entsprechend sicher zu stellen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Und wissen Sie, und das sage ich jetzt ganz besonders an beide Fraktionen, die links und rechts von mir sitzen, SPÖ und ÖVP, wenn man in den letzten Tagen dann hört von Wirtschaftsforschern, von der Wirtschaftskammer, dass angedacht wäre oder man sich vorstellen könnte, bis zu 70.000 Asylanten – hoffentlich – nicht so wie es die SPÖ schon einmal vorschlagen hat – Asylwerber – 70.000 Flüchtlinge am Arbeitsmarkt entsprechend unterbringen zu können, na dann greift man sich doch bitte auf den Kopf, wir haben jetzt schon über 400.000 Arbeitslose ohne Beschäftigung in Österreich. Wir haben jetzt schon über 40.000 in der Steiermark und vor allen Dingen auch in Bereichen, vor allen Dingen auch in Bereichen wo wir wissen, dass in Zukunft der Verdrängungswettbewerb am Arbeitsmarkt noch größer wird. Da wundert es mich schon, dass man dann seitens der Wirtschaftskammer aber auch seitens diverser ja Wirtschaftsforscher, die eindeutig aus den ÖVP-Segment kommen, solchen Ideen noch Vortrieb leistet und da bin ich wirklich froh, dass der ÖGB-Präsident endlich auch, auch öffentlich festgestellt hat, er kann sich nicht vorstellen, dass diese Flüchtlinge, die zu uns kommen, all die Qualifikationen haben, die sie brauchen, um hier entsprechend auch Arbeit zu finden, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auch das muss man offen ansprechen. Wir reden hier von den Kosten im Flüchtlingsbereich. Es redet aber noch niemand von den Kosten, die dann mit Integrationsmaßnahmen, mit Qualifikationsmaßnahmen noch auf den Steuerzahler zukommen werden. Auch hier braucht es eine breite Diskussion und endlich auch einmal fundierte Zahlen, damit wir wissen, von was wir entsprechend auch reden. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, *(Beifall bei der FPÖ)* meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich glaube, dass wir heute hier einen ersten Schritt einmal setzen und das sage ich jetzt auch, ich bin froh, dass diese Debatte bis jetzt, bis jetzt in einem sehr angenehmen Rahmen stattfindet, ich kenn das aus dem Parlament, die drei Kollegen, die heute da sind, *(LTAvg. Schwarz: „Bis jetzt hast ja nur du geredet!“)* wissen das, die wissen das, das war nicht immer so und ist nicht immer so im Hohen Haus, da wird es ja durchaus auch extrem laut, aber ich glaube, das ist auch ein Zeichen dafür, dass wir auch andere Meinungen zur

---

Kenntnis nehmen, dass wir gemeinsam noch in der Lage sein werden und auch dieses Wort „gemeinsam“ wurde heute schon einige Male strapaziert, hier nur gemeinsam in der Lage sein werden, auch Probleme zu lösen und dass wir vor allen Dingen auch eines sicher stellen müssen und auch hier orte ich – ich sage es jetzt auch bewusst vorsichtig – orte ich Nachholbedarf auch wieder vermehrt auch die Bevölkerung – nämlich die eigene Bevölkerung, auch die Steirer – in das Boot zu holen, nämlich zum einen, in der Asylfrage ins Boot zu holen und auf der anderen Seite und das höre ich auch, wenn man mit den Menschen redet, dass es auch noch andere, dass es auch noch andere Problemstellungen in der Steiermark, in Österreich und in Europa gibt. Nicht nur die eine Problemstellung – nämlich des Flüchtlings. Das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden heute in der zweiten Dringlichen Anfrage uns um das Thema Budget, wie geht es mit den Flüchtlingszahlen an sich weiter, beschäftigen und darf jetzt auch diese Dringliche Anfrage an die Frau Landesrat Kampus betreffend „Verschärfung des Asylchaos durch das Bundesverfassungsgesetz“ einbringen:

1. Frage: Wie viele Asylwerber sind aktuell in der Steiermark untergebracht?
2. Zu wie viel Prozent erfüllt die Steiermark damit die Quote an aufzunehmenden Asylwerbern?
3. Wie viele Flüchtlinge nimmt die Steiermark gemäß der vereinbarten Quote zu viel bzw. zu wenig auf?
4. Wie hoch ist der Anteil an Frauen, Männern und Kindern der in der Steiermark grundversorgten Asylwerber?
5. Wie viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) werden vom Land Steiermark derzeit grundversorgt?
6. Auf welche Nationalitäten teilen sich die in der Steiermark untergebrachten Asylwerber auf?
7. Wie teilen sich die in der Steiermark grundversorgten Asylwerber auf die einzelnen Bezirke auf?
8. Wie viele Flüchtlinge sind in organisierten Quartieren und wie viele in individuellen Unterkünften wohnhaft?
9. Wie teilen sich die in der Steiermark grundversorgten Flüchtlinge auf die einzelnen Gemeinden auf? (siehe Verweis im letzten Absatz der Begründung)

10. Wie teilen sich die in individuellen Unterkünften befindlichen Asylwerber auf die einzelnen Bezirke und die Gemeinden in der Steiermark auf?
11. Wie teilen sich die in organisierten Quartieren untergebrachten Flüchtlinge auf die einzelnen Bezirke und Gemeinden in der Steiermark auf?
12. Wie hoch beziffern Sie die Ausgaben, die seitens Ihres Ressorts für Asylwerber, Asylberechtigte, subsidiär Schutzberechtigte, minderjährige Flüchtlinge sowie Flüchtlinge mit erhöhtem Betreuungsbedarf aufgebracht werden?
13. Gibt es Überlegungen, aufgrund der enormen Kosten, die dem Land Steiermark entstehen, die Flüchtlingskosten mittels Sonderfinanzierung aus dem Budget auszugliedern, um eine geregelte Budgetierung des Haushaltes gewährleisten zu können?
14. Wenn ja, wie stellen sich diese Pläne konkret dar?
15. Wenn nein, warum nicht?
16. Welche Informationen zum aktuellen Verhandlungsstand zur Errichtung eines Flüchtlingsgroßquartiers in der Gemeinde Unterpremstätten liegen Ihrem Ressort vor?
17. Fanden hinsichtlich der Errichtung dieses Quartiers bereits Gespräche zwischen Vertretern des Landes und dem Bürgermeister von Unterpremstätten statt?
18. Wenn ja, was waren die Ergebnisse dieser Besprechungen?
19. Ab welchem Zeitpunkt soll das Flüchtlingsquartier in Unterpremstätten seinen Betrieb aufnehmen und wie viele Personen sollen darin maximal beherbergt werden?
20. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass bei einer Errichtung eines Flüchtlingsquartiers in Unterpremstätten ein Einvernehmen mit der Gemeindeführung hergestellt wird?
21. Wenn ja, welche Maßnahmen werden Sie hierzu konkret ergreifen?
22. Wer ist als Betreiber der geplanten Unterkunft in Unterpremstätten vorgesehen?
23. Gab es Verhandlungen mit der Arbeitsvereinigung der Sozialhilfe Kärntens (AVS)?
24. Wenn ja, wann fanden diese Gespräche statt und was war deren Inhalt?
25. Mit welchen „großen Trägern“ verhandelt das Land Steiermark über die Errichtung bzw. den Betrieb von Asylwerberunterkünften?
26. Was ist das Ergebnis dieser Verhandlungen?
27. Gibt es Pläne, weitere organisierte Asylwerberunterkünfte zu errichten?
28. Wenn ja, wo sollen diese Quartiere errichtet werden?
29. Wie viele Asylwerber sollen in diesen Quartieren jeweils untergebracht werden?
30. Wie hoch sind die Kosten für die Errichtung bzw. den Betrieb dieser Quartiere?

31. Gibt es schon konkrete Pläne, wie Gemeinden desselben politischen Bezirks Vereinbarungen über die Unterbringung und Aufteilung der Asylwerber treffen sollen?
32. Wenn ja, wie stellen sich diese Pläne konkret dar?
33. Wem gegenüber ist der Flüchtlingskoordinator politisch verantwortlich bzw. weisungsgebunden?
34. Wie hoch sind die Personalkosten für den Flüchtlingskoordinator bzw. dessen Büro?
35. Gibt es ein Vertragsverhältnis zwischen dem Land Steiermark und dem Flüchtlingskoordinator?
36. Wenn ja, wie ist das Vertragsverhältnis zwischen dem Land Steiermark und dem Flüchtlingskoordinator konkret ausgestaltet?
37. Wie hoch ist der Sachaufwand für den Flüchtlingskoordinator bzw. dessen Bürobetrieb?
38. Welche konkreten Aufgaben hat der Flüchtlingskoordinator?
39. Welche konkreten Kompetenzen hat der Flüchtlingskoordinator?
40. Wie viele Flüchtlinge werden bis Jahresende in der Steiermark nach Schätzung Ihres Ressorts untergebracht werden müssen?
41. Wie viele zusätzliche Plätze zur Unterbringung von Asylwerbern werden voraussichtlich bis Jahresende notwendig sein?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine durchaus große Anzahl an Fragen, wie gesagt Fragen, die nicht nur uns als Fraktion interessieren, sondern natürlich auch die steirische Bevölkerung interessieren. Ich bitte Sie, Frau Landesrätin, um gute Anfragenbeantwortung auch, damit wir hier auch in diesem Bereich klar Schiff machen können bzw. wirklich Zahlen, Daten, Fakten auf den Tisch legen können und abschließend eigentlich ist es die Geschäftsordnung, wir sollten uns, glaube ich, insgesamt einmal überlegen, diese Fragen, wenn sie schriftlich eingebracht werden, dann wirklich nur mehr zu begründen und nicht zu verlesen. Ich glaube, das ist angenehmer für den Fragesteller, für Sie als Zuhörer und insgesamt, glaube ich, für jeden hier in diesem Raum. *(Beifall bei der FPÖ – 11.30 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath – SPÖ:** Ich erteile jetzt Landesrätin Kampus das Wort zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage.

**Landesrätin Mag. Kampus – SPÖ (11.30 Uhr):** Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, geschätzte Kollegen auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte jetzt, bevor ich auf Ihre Fragen eingehe, möchte ich ein paar Punkte einfach erwähnen, Ereignisse aus den letzten Tagen, weil es mir ein Anliegen ist, auch Ihnen diese Aspekte der letzten Tage näher bringen zu dürfen. Ich denke mir, es ist heute schon gefallen und auch der Landeshauptmann ist darauf eingegangen: „Verstand ist gefragt“, natürlich ja und immer. Aber das Thema, das jetzt in dieser Situation, vor allem die Frage der Menschlichkeit im Vordergrund stehen sollte, darin gibt es für mich überhaupt keinen Zweifel. Ich konnte mir in Wien selbst ein Bild von der Situation machen. Ich konnte mir in Graz selbst ein Bild von der Situation machen und ich bin wirklich überwältigt, von den Tausenden von Menschen, von Ehrenamtlichen von Steirerinnen und Steirern, die bereit sind, da so großartig mitzuhelfen. Ich neige nämlich dazu, in meiner Politik nicht über die Menschen zu reden, sondern mit ihnen. Und das ist etwas, was uns vielleicht unterscheidet und deshalb ein riesen Danke von mir an alle Steirerinnen und Steirer. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Ein riesen Danke von mir, ich verneige mich vor jedem persönlich, der bereit ist, da einfach ganz unbürokratisch mitzuhelfen. Und zum Thema Bürokratie, wir werden noch zu diesem Thema kommen, aber das war mir ein Anliegen. Es wird nur deshalb möglich sein, davon bin ich fest überzeugt, diese Situation gemeinsam gut zu bewältigen, wenn wir so tun. Und auch ganz ehrlich, Herr Klubobmann, ich höre heute Ihre Worte – allein mir fehlt ein bisschen der Glaube. Ich sage es Ihnen ganz ehrlich und wir wollen das gemeinsam tun. Sie haben das ja gerade erwähnt. Wer hindert Sie daran? Wer hindert die FPÖ daran, konstruktiv in dieses Thema einzusteigen, gemeinsam mit uns, mit den Steirerinnen und Steirern an einer Lösung zu arbeiten? Vielleicht was uns unterscheidet – unsere Antworten sind andere. Wir sagen: Wir wollen diese Menschen menschenwürdig empfangen. Das ist keine Frage, die diskutabel ist. Die ist nicht zu diskutieren. Das ist eine Tatsache, dass wir alles tun müssen. Sie schlagen vor, dass wir die Grenzen wieder sichern, dass wir Mauern aufziehen, dass wir ich weiß nicht was tun, dass ist die Antwort und möglicherweise unterscheidet uns das. Aber ich nehme Sie gerne beim Wort. In den nächsten Wochen werden wir sehen, ob dieses Gemeinsame, das Sie heute mehrmals erwähnt haben, auch tatsächlich möglich ist. An uns – seitens der Regierung – wird es ganz sicher nicht scheitern. Wir haben immer wieder gesagt, wir brauchen jede konstruktive Kraft in diesem Land. Das ist eine Riesenherausforderung und den Menschen ist die Wahrheit zumutbar. Ja, es ist eine riesen Herausforderung aber sie ist

---

bewältigbar und sie ist dann bewältigbar, wenn die konstruktiven Kräfte in diesem Land zusammenarbeiten. Sie ist dann nicht bewältigbar, wenn ich Broschüren verteile, wo Angst gemacht wird, sie ist dann nicht bewältigbar, wenn ich eine Homepage hochziehe, wo mit allmöglichen Zahlen kolportiert wird, dann ist sie nicht bewältigbar und ich sage es jetzt und ich bedaure es – jetzt sehe ich den Herrn Dr. Kurzmann – ja, ich bin persönlich zutiefst enttäuscht und bedaure es, dass ein Mitglied des Landtagspräsidiums, dass ich in den Jahren zuvor, in Sachfragen als durchaus konstruktiv erleben durfte, dass in dieser Art und Weise so über diese Menschen gesprochen wird. Ich bedaure es zutiefst, aber ich nehme jetzt heute Ihre Worte und ich hoffe, dass wir in den nächsten Tagen und Wochen ganz konstruktiv gemeinsam die Situation lösen werden. Wir waren gestern vor Ort, der Herr Landeshauptmann und ich, wir waren gestern vor Ort und wir haben gesehen, was diese Menschen brauchen, die sind auf ihren Tischen eingeschlafen. Die Kinder, die geweint haben, unsere Leute von der Feuerwehr, vom Roten Kreuz, die dort waren, die Gespräche geführt haben, wo so viel Mitgefühl da war, so viel Bereitschaft zu helfen, wenn wir gemeinsam an dieser Steiermark arbeiten können, bin ich gerne dazu bereit und es freut mich, dass ich das heute von Ihnen gehört habe. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Ich sage auch dazu, auch hier ist die Wahrheit den Menschen zumutbar. Ich sage auch dazu, Integration beginnt beim ersten Tag, wo diese Menschen zu uns kommen. Das ist richtig. Da warten große Aufgaben. Da ist viel gemeinsam zu tun. Es werden Fragen Arbeitsmarkt und Beschäftigung zu lösen sein. Da wird es um Schule und Bildung gehen. Da geht es um Sprache. Sprache und Bildung ist der Schlüssel zu fast allem. Da geht es auch um Wohnraum und, und, und. Das heißt, wir werden in der Steiermark wie bisher gut einen gemeinsamen Weg bestreiten. Ob die FPÖ auf diesem Weg bereit ist dabei zu sein, ist alleine ihre Entscheidung? Wir haben bewiesen, dass der steirische Weg funktionieren kann. Wir haben eine Quote von rund 93 Prozent. Wir haben bisher kein Massenquartier. Wir haben keinen Container. Wir haben kein Zelt. Das ist nicht einfach. Das ist nicht da. Wir haben ein Massenquartier am Semmering. Das ist aber ein Bundesquartier, wie Sie sehr genau wissen und nichts was die Steiermark unterstützt. Wir werden alles tun, dass dieser Weg fortgesetzt werden kann. Wir haben ein Bündel an Maßnahmen jetzt ergriffen. Wir haben einen Koordinator, der ist es aber nicht alleine. Ich bin sehr dankbar, dass der Herr Hofrat Kalcher diese Aufgabe übernimmt. Er hat in der Abteilung ein tolles Team. Wir haben aufgestockt. Wir haben eine Hotline eingerichtet. Hunderte von Anfragen schon, die zu uns kommen jeden Tag. Menschen, die Quartiere anbieten. Am Mittwoch wird die Plattform für das Ehrenamt



online gehen. Wir werden dann auch am Mittwoch noch besser als bisher all die wunderbaren Menschen, die bereit sind, ehrenamtlich zu arbeiten, unterstützen. Wir begnügen uns nicht damit. Wir fordern und auch das ist ein Punkt, den Sie zu Recht ansprechen, wir fordern auch auf Bundesebene und auf Ebene der europäischen Union eine bessere Organisation der Situation, natürlich. Das heißt aber nicht, dass wir uns in der Steiermark hinsetzen und nichts tun können. Wir haben eine Fülle von Maßnahmen und wir tun, wir tun da wo wir können und wir zeigen jeden Tag, dass wir fähig sind, dass wir tun und dass wir vor allem mit dem Gefühl diese Menschen willkommen zu heißen, arbeiten. Und das ist etwas das uns auszeichnet in der Steiermark und von diesem Weg werden wir auch nicht abweichen. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Vielleicht noch ein Punkt zum Thema Bilder, die erzeugt werden. Hat mich auch sehr betroffen gemacht und ich neige dazu, diese Dinge auszusprechen. Das Beispiel, das gebracht wurde von dieser Frau; man hätte auch das furchtbare Beispiel von diesem kleinen Jungen nennen können, der verunglückt ist, wie Tausende andere Menschen, die sterben, die auf ihrer Reise sterben, weil sie fliehen, weil sie fliehen müssen. Auch diese Beispiele hätte man nennen können. Es wurde auch suggeriert und in den Raum gestellt, überall dort, wo wir jetzt die Menschen haben, die Asyl suchen, die selbst Angst haben, die selbst auf der Flucht sind, gehen die Polizeieinsätze in die Höhe, das war in etwa so. Wir haben die aktuellen Zahlen aus dem Innenministerium. Es sind von diesen Polizeieinsätzen, die es natürlich gibt, die es in unterschiedlichen Bereichen gegeben hat, sind nicht einmal 4 Prozent dort, wo das Thema rund um Asyl ist. Und von diesen 4 Prozent kommt die Mehrheit aus Deutschland. Das heißt, das ist doch die Wahrheit. Auch diese Wahrheit ist den Menschen zumutbar. Also wer spricht da von Manipulation. Wie gesagt: Ich höre die Botschaft, allein es fehlt mir der Glaube. Aber wir werden schauen, die nächsten Wochen werden wir gemeinsam den Beweis antreten können, ob wir in der Steiermark zu einem guten, gemeinsamen konstruktiven Weg kommen werden. Wir werden nicht davon abgehen, die Regierung wird alles tun, damit diese Menschen gut untergebracht werden und sie wird auch alles tun, damit die Steirerinnen und Steirer, das ist dann selbstverständlich, aber auch darüber gerne, gut und bestmöglich gemeinsam mit allen, die neu zu uns kommen, in die Zukunft geführt werden. Das Thema des Dialoges mit den Gemeinden ist mir ein besonderes Anliegen, wie Sie sich vorstellen können. Und seit dem ich im Amt bin, hat es keine einzige Verhandlung gegeben, keine einzige Situation, wo wir nicht die Bürgermeister, ganz automatisch und sofort eingeladen haben, wenn es um das konkrete Verhandeln über ein Quartier geht. Ich werde auf die Unterpremstättensituation noch im Detail kommen. Das

Beispiel Aigen ist genannt worden. Ja, aber selbstverständlich wird da mit dem Bürgermeister verhandelt. Ich glaube, und das wissen wir alle gemeinsam, das Land, wenn das sozusagen von oben herab entscheidet, das wird nicht funktionieren und das würden wir auch nicht tun, weil die Menschen und der Bürgermeister vor Ort unsere Sprachrohre sind. Ich habe nachweislich schon mehrfach, wenn Interessenten bei uns angeklopft haben, im Sinne von Quartier, ja, aber bei jedem einzelnen Gespräch ist der Bürgermeister dabei. Das ist logisch, selbstverständlich, darüber sollte man gar nicht reden müssen. Das ist ein Grundprinzip. Wie gesagt, ich rede nicht über die Menschen, sondern ich rede mit den Menschen. Das ist eine Haltung, die ich vertrete und für die ich stehe. Und selbstverständlich werden die Bürgermeister einbezogen in die Gespräche, aber dann, wenn es soweit ist. Ich bin nämlich auch nicht diejenige, die über Dinge redet, die noch überhaupt nicht ausgereift sind. Wissen Sie, wozu das wieder führt? Das führt zu Angst, das führt zu Panik, das führt zu Hunderttausend Gerüchten und das ist absolut der falsche Weg. Ehrliche, offene, transparente Kommunikation mit den richtigen Informationen zum richtigen Zeitpunkt, (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) ein Thema, wo wir uns vielleicht finden werden. Eine weitere Maßnahme auch da möglicherweise ein Punkt, der noch gemeinsam zu diskutieren sein wird, ja, wir setzen uns für die Senkung der Mindeststandards bei den Quartieren ein. Das ist ein Gebot der Stunde. Und wenn ich da höre, wir müssen das pragmatischer werden, dann haben Sie ganz einfach Recht. Es geht nicht mehr, wenn wir diskutieren, dass ein Quartier nicht angenommen wurde, weil der Bus nicht oft genug vorbeifährt etc. Diese Zeiten sind vorbei. Wir werden da in der Steiermark einen flexibleren Weg einschlagen und wir haben auch schon angefordert, auf Bundesebene, wir haben im Oktober die nächste Konferenz, auch da wurde von der Steiermark und von anderen Bundesländern schon angemeldet, dass wir dieses Thema zu einem Thema machen wollen. Das heißt, es gibt manche Dinge, wo wir jetzt rascher, flexibler reagieren müssen. Das werden wir auch tun. Wie gesagt, wir haben unser Ohr bei den Leuten, wir reden mit ihnen und wir wissen, wo der Schuh drückt. Wir wissen auch, dass da in den nächsten Wochen und Monaten noch einiges zu tun ist. Wir werden uns weiterhin auf europäischer Ebene für eine gerechtere Verteilung einsetzen – selbstverständlich, das ist keine Ausrede oder nicht weil wir nichts tun wollen. Wir tun, wir wollen, aber wir wissen, dass auch andere Player hier etwas beitragen müssen. Ich würde Sie gerne einladen, das heute Gehörte mit mir gemeinsam in die Tat umzusetzen, das Gemeinsame, das Sie angesprochen haben, in den Vordergrund zu stellen. Ich würde Sie gerne einladen, diesen Weg vor Ort auch zu gehen, in dem die Menschen vor Ort in den Gemeinden richtig informiert werden, gut

informiert werden, indem gemeinsam diese große Aufgabe bewältigt wird. Ich würde auch noch gerne so einschließen und das ist für mich so, für die Sozialdemokratie in der Steiermark und für mich als Soziallandesrätin, egal, wer immer auch Hilfe braucht, egal woher diese Menschen kommen, egal aus welchem Grund sie diese Hilfe brauchen, wir werden uns immer für jene Menschen einsetzen, die Hilfe brauchen – immer und jederzeit. Auch das ist ein Grundsatz, wo es darum geht, Position zu beziehen und Haltung zu zeigen. Es geht um nicht mehr in der heutigen Diskussion aber auch um nicht weniger. Und unter diesem Mantel bitte ich die vorliegenden Antworten auch von mir zur Kenntnis zu nehmen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Ich darf nun auf ihre Dringliche Anfrage auf die darin gestellten Fragen antworten und darf ausführen, dass parallel, wie vorgeschlagen wurde, zu den Fragen 9 bis 12 teilweise eine Tischvorlage Ihnen übermittelt wird, was das Ganze vielleicht ja ein bisschen praktikabler gestaltet.

Zu Frage 1: Mit Stichtag 4.9.2015 befinden sich 6.593 Personen in Grundversorgung in der Steiermark, 6.299 in Versorgung durch das Land Steiermark und zusätzlich 294 Personen durch den Bund.

Frage 2: Die Steiermark erfüllt mit 4. September 2015 die Quote zu 92,64 %.

Frage 3: Die Quote von 92,64 % bedeutet ein Minus von 524 Asylwerbern.

Frage 4: Mit Stichtag 4.9.2015 befinden sich 978 Frauen, 3.636 Männer und 1.685 Kinder in Grundversorgung durch das Land Steiermark.

Frage 5: Mit Stichtag 4.9.2015 befinden sich 330 unbegleitete minderjährige Fremde in Grundversorgung durch das Land Steiermark.

Frage 6: Auf folgende Nationalitäten teilen sich die in der Grundversorgung durch das Land Steiermark befindlichen AsylwerberInnen auf: Afghanistan, Ägypten, Albanien, Algerien, Angola, Armenien, Aserbaidshan, Äthiopien, Bangladesch, Belarus, Benin, Bosnien und Herzegowina, China, Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste) – es ist alphabetisch geordnet, Sie merken es - Eritrea, Gabun, Gambia, Georgien, Ghana, Guinea, Indien, Irak, Iran, Jemen, Jordanien, Kamerun, Kasachstan, Kirgisistan, Kongo, Kosovo, Kroatien, Kuwait, Libanon, Liberia, Libyen, Mali, Marokko, Mazedonien, Moldawien – und verzeihen Sie mir, wenn ich jetzt nicht immer die korrekte staatliche Bezeichnung nenne - Mongolei, Myanmar, Nepal, Nigeria, Pakistan, Republik Kongo, Ruanda, Russische Föderation, Senegal, Serbien, Sierra

Leone, Somalia, Sri Lanka, Südafrika, Sudan, Südsudan, Syrien, Tadschikistan, Thailand, Togo, Tschad, Tunesien, Türkei, Uganda, Ukraine, Usbekistan, sowie staatenlose Personen.

Zur Frage 7: Die Verteilung der AsylwerberInnen in steirischer Grundversorgung basiert auf dem Stichtag 4.9.2015. Ich nenne nun nachfolgend jeweils den Namen des Bezirks und die Anzahl der in diesem Bezirk untergebrachten Asylsuchenden: Bruck-Mürzzuschlag: 602, Deutschlandsberg: 191, Graz: 1.589, Graz-Umgebung: 735, Hartberg-Fürstenfeld: 677, Leibnitz: 623, Leoben: 171, Liezen: 192, Murau: 156, Murtal: 509, Südoststeiermark: 215, Voitsberg: 355, Weiz: 284.

Frage 8: Mit Stichtag 4.9.2015 sind 5.621 Personen in organisierten Quartieren und 678 Personen in individuellen Unterkünften untergebracht.

Die Fragen 9, 10, 11 sollten Sie jetzt als Tischvorlage erhalten haben. Gut, dann komme ich jetzt zur Frage 12. Die Frage 12 ist ein Teil als Tischvorlage, nämlich die Finanztabelle, den Rest darf ich jetzt referieren.

Zuerkennung von Leistungen aus der Grundversorgung: Die angegebenen Beträge wurden aufgrund der Bestimmungen des Steiermärkischen Betreuungsgesetzes gewährt. Die Kostenhöchstsätze für diese Leistungen sind in der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde, das sind AsylwerberInnen, Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen und faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen, in Österreich geregelt. Die angeführten Beträge, die Sie vor sich haben, basieren auf dem Stichtag 1.9.2015 und stellen die Gesamtkosten der Grundversorgung in der Steiermark dar. Weil wir auch da bei der Wahrheit bleiben sollten und die genannten Zahlen sind Gesamtkosten, wovon wir 60 % vom Bund rückerstattet bekommen. Das heißt, der Anteil des Landes beträgt maximal 10,4 Millionen Euro. Warum sage ich maximal? Dieser Anteil kann sich noch reduzieren, da je nach Verfahrensdauer auch mehr seitens des Bundes erhalten wird.

Soziales Management für Fremde und Asylwerber: Das Soziale Management für Fremde und Asylwerber und AsylwerberInnen wird von den Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Referats Flüchtlingswesen der Abteilung 11 abgedeckt und ist mit keinen gesonderten Kosten verbunden. Ich möchte mich an dieser Stelle auch sehr herzlich bei den MitarbeiterInnen in der Verwaltung bedanken und ich weiß, dass derzeit – und schon seit längerem – die Arbeit nicht leicht ist und ich finde, sie wird ganz großartig erledigt. Ich möchte nicht Probleme kleinreden, die wir haben und ich bitte darum im Einzelfall die auch immer uns zu nennen.

Aber ich bedanke mich, ich weiß, dass da jeden Tag ganz Großartiges geleistet wird in der Verwaltung des Landes Steiermark (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*)

Quartiermanagement - Unterkünfte in der gesamten Steiermark: In der Steiermark werden Aufsichts- und Kontrollmaßnahmen der Grundversorgungsstelle in organisierten und auch individuellen Unterkünften durchgeführt. Dies erfolgt ebenfalls durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Referates Flüchtlingsangelegenheiten der Abteilung 11. Gemeinsame fremdenpolizeiliche Kontrollen mit Grundversorgungsrelevanz durch Organe der Exekutive, des Bundesministeriums für Inneres und Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Grundversorgung sowie durch alleinige Kontrollen der Exekutive.

Das Krisenmanagement wird von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Referates Flüchtlingsangelegenheiten der Abteilung 11 abgedeckt und ist mit keinen gesonderten Kosten verbunden.

Allgemeine Angelegenheiten: Sämtliche allgemeine Angelegenheiten des Bereichs Flüchtlingswesen werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Referates Flüchtlingsangelegenheiten der Abteilung 11 abgedeckt und sind mit keinen gesonderten Kosten verbunden, zum Flüchtlingskoordinator kommen wir später.

Zur Frage 13: Nein.

Zur Frage 14: Siehe Frage 13.

Zur Frage 15: Die Flüchtlingskosten werden nicht mittels Sonderfinanzierung aus dem Budget ausgegliedert sondern im Rahmen des Globalbudgets Soziales berücksichtigt.

Zur Frage 16: Seitens des potenziellen Quartiergebers liegt dem Ressort nur eine Interessensbekundung vor, im Raum Unterpremstätten eine Unterkunft zu schaffen. Detaillierte Unterlagen liegen dem Land noch nicht vor, weshalb auch noch keine Verhandlungen aufgenommen werden konnten.

Zur Frage 17: Aus den in Antwort zu Frage 16 genannten Gründen wurde auch der Bürgermeister von Unterpremstätten noch nicht kontaktiert. Das ist das Beispiel, das ich vorher genannt habe: Ich pflege über die Dinge dann zu reden, wenn sie verhandlungsreif sind und nicht Gerüchte in die Welt zu setzen, wie sie auch schon zu vernehmen waren. Das liegt mir fern. Ich möchte die Menschen nicht verunsichern, sondern zum richtigen Zeitpunkt mit den richtigen Informationen versorgen. Das ist Aufgabe der Politik aus meiner Sicht.

Frage 18: Siehe Antwort auf die Frage 17.

Frage 19: Da dem Land Steiermark noch kein konkretes Angebot für ein Quartier vorliegt, können zu dieser Frage keine Angaben gemacht werden.

Frage 20: Das Land Steiermark ist generell bestrebt, jede Gemeinde, in der ein Asylwerber beherbergt wird, bestmöglich zu informieren und unterstützen. Wir haben da ein sehr umfangreiches Informationspaket, wo wir mit NGO's zusammenarbeiten, wo der neue Flüchtlingskoordinator und wo die Abteilung selbst, neben uns in der Politik, natürlich jederzeit zur Verfügung steht.

Zur Frage 21: Ansprechpersonen für Gemeinden, die Unterstützung suchen, sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Referates für Flüchtlingsangelegenheiten der Abteilung 11 des Landes Steiermark sowie der Flüchtlingskoordinator des Landes.

Frage 22: Da dem Land Steiermark noch kein konkretes Angebot für ein Quartier vorliegt, können zu dieser Frage keine weiterführenden Angaben gemacht werden.

Frage 23: Nein.

Frage 24: Siehe Antwort auf Frage 23.

Frage 25: Gespräche fanden mit der Volkshilfe, dem Arbeiter-Samariterbund und der Wirtschaftskammer, vertreten über die Lehrstätten GmbH, statt.

Frage 26: Wie auch schon in der Anfrage korrekt bezeichnet, geht es um Verhandlungen, die Modalitäten werden noch geprüft. Alle genannten GesprächspartnerInnen haben jedoch das Interesse und die Bereitschaft bekundet, Unterkünfte betreiben zu wollen und das Land bestmöglich zu unterstützen. Und dafür sind wir all jenen, die schon mit uns arbeiten und all jenen, die jetzt neu dazukommen werden, sehr dankbar.

Frage 27: Aufgabe der Steiermark ist es, entsprechend der Artikel 15a Grundversorgungsvereinbarung definierten Quote 14,29 % aller in Österreich registrierten Asylwerber und Asylwerberinnen zu versorgen. Die sich daraus ergebende absolute Zahl ist abhängig von der Gesamtzahl sich in Österreich befindlicher Asylwerber und Asylwerberinnen. Davon wiederum abhängig ist es, wie viele Unterkünfte benötigt werden.

Frage 28: Grundsätzlich sind mögliche Quartiere von entsprechenden Angeboten abhängig, wenngleich eine – und das ist ein Punkt, der besonders wichtig ist – auf eine regionale und soziale Ausgewogenheit angestrebt wird, regional verteilt über die gesamte Steiermark, sozial ausgewogen, immer in Relation zu den Einwohnern und keine Massenquartiere, keine Zelte, keine Container. Wir können es nicht oft genügend wiederholen.

Zur Frage 29: Siehe Antwort auf Frage 27.

Zur Frage 30: Ungeachtet der Errichtungskosten werden vom Land die für die Unterbringung vereinbarten Tagsätze gemäß der Vereinbarung Art 15a bezahlt. Derzeit sind das 12 Euro pro Person und Tag für Unterbringung auf Selbstversorgerbasis.

Frage 31: Das ist eine Frage neben dem, was man tun kann, immer wieder der Apell von uns an alle Gemeinden, Bürgermeister - auch da wurde vom Landeshauptmann schon einiges ausgeführt, wir starten jetzt eine Maßnahme, wie wir stärker vor Ort, stärker noch über die Bezirkshauptmannschaften diese Frage klären werden – immer wieder der Apell von uns an die Gemeinden, uns tatkräftig zu unterstützen. Es machen auch sehr, sehr viele. Auch da gilt es Dank zu sagen. Und sollten Gemeinden weitere Unterstützung brauchen – Koordinierung, Unterstützung, Hilfe – steht das Land Steiermark, die Abteilung, der Flüchtlingskoordinator, ich selbst, jederzeit gerne zur Verfügung.

Frage 32: Siehe Antwort auf Frage 31.

Frage 33: Die politische Verantwortung aller Angelegenheiten des Asylwesens liegt in meinem Ressort.

Frage 34: Kleiner Einschub – da ersuche ich um Kenntnisnahme, dass die Fragen 34 bis 37 eigentlich in den Zuständigkeitsbereich des Personallandesrates fallen, Landesrat Drexler. Ich bin gerne bereit, diese Fragen auf Basis einer Stellungnahme der zuständigen Abteilung zu beantworten.

Der Flüchtlingskoordinator erhält einen Fixbezug über 3.000 Euro brutto pro Monat. Der Flüchtlingskoordinator wird keine unmittelbaren MitarbeiterInnen haben. Die Zusammenarbeit erfolgt im Rahmen des Referates für Flüchtlingsangelegenheiten der Abteilung 11. In der Abteilung 11 ist ihm ein freies Dienstzimmer zugewiesen.

Frage 35: Ja.

Frage 36: Das Vertragsverhältnis mit dem Flüchtlingskoordinator basiert auf einem Dienstvertrag nach § 4 Abs. 2a und § 1 Abs. 2 des Steiermärkischen Landes-Dienst- und Besoldungsrechts.

Zur Frage 37: Für Dienstreisen steht dem Flüchtlingskoordinator im Bedarfsfall ein Dienstkraftfahrzeug aus dem Pool des Landes Steiermark zur Verfügung. Darüber hinausgehende Aufwendungen im Rahmen von Dienstreisen sind mit dem vereinbarten Entgelt abgegolten.

Zur Frage 38: Kernfrage - Aufgabe des Flüchtlingskoordinators wird aus vielen Dingen bestehen. Im Wesentlichen aus zwei Säulen, das eine ist, Lösungen für Quartiere zu finden im Einvernehmen mit den Bürgermeistern, den Gemeinden und der Bevölkerung. Ich ergänze es immer wieder, damit es da keine Missverständnisse gibt - erste wesentliche Aufgabe. Zweite wesentlich Aufgabe - zentrale Anlaufstelle für die vielen, unglaublich vielen, großartigen ehrenamtlichen Menschen, da das Hilfsangebot noch besser zu koordinieren.

Frage 39: Die Kompetenzen des Koordinators sind jahrzehntelange Erfahrung in der Vernetzung von Trägerorganisationen, Ehrenamtlichen und Gemeinden. Auch das ist heute schon gefallen: Ein Mann, der genau weiß, was zu tun ist und auch die beteiligten Player sehr gut kennt.

Frage 40: Eine Vorbemerkung, wenn Sie mir erlauben, die Zahlen. Auch da immer wieder, ja man möge endlich Zahlen nennen, bis wohin sozusagen wird die Situation gehen. Auch das ist heute schon gefallen. Wir reden hier nicht von Produkten, wir reden hier nicht vom Material, wir reden hier nicht von Waren, wir reden hier von Menschen. Und da ist manches nicht so planbar, wie wahrscheinlich ein jeder das gerne von uns hätte. Ich verstehe auch, dass da Fragen entstehen. Manche Situationen müssen rasch, flexibel und gut gelöst werden und deshalb beziehe ich mich jetzt auf die Schätzungen des Bundesministeriums für Inneres, wobei diese Zahlen sowohl nach oben, als auch nach unten sich verändern können. Derzeit geht das BMI auf Basis von internationalen Experten von einer Gesamtzahl von bis zu 80.000 asylwerbenden Menschen in Österreich aus. Derzeit liegen wir bekannter Maßen bei rd. 50.000 Menschen in Österreich. Wenn wir von diesen 80.000 ausgehen, würde das für die Steiermark eine Gesamtzahl von bis zu 11.500 Asylwerbern bedeuten, wie gesagt, variabel nach oben oder nach unten. Das ist das, mit dem wir leben müssen und wo wir jeden Tag einfach schauen müssen, dass wir die Situation gut bewältigen.

Zur Frage 41: Gemäß Antwort auf Frage 40 würde die Steiermark im Höchstfall vom max. 11.500 rund 4.900 Plätze zusätzlich benötigen.

Das waren die nun mir gestellten 41 Fragen. Ich möchte gerne schließen mit dem: Ich freue mich heute noch auf eine gute Diskussion. Ich bin offen für kritische Anmerkungen. Was nicht geschehen sollte – und das ist ein Apell von mir – dass das, was in den vergangenen Tagen und Wochen war, zu versuchen, die Menschen gegeneinander auszuspielen, zu versuchen, politisches Kleingeld zu wechseln über dieses Thema, dafür sind die Steirerinnen und Steirer und alle, die zu uns kommen, viel zu kostbar. Das sind Menschen, die unsere Hilfe brauchen und deshalb zeigen wir in den nächsten Tagen und Wochen, dass wir es gemeinsam gut lösen können diese großen Herausforderung unserer Zeit. Und ich bin sicher, wenn wir das tun, dann werden wir es auch schaffen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ, ÖVP und den Grünen – 11.59 Uhr)*



**Präsidentin Dr. Vollath:** Danke Frau Landesrätin für die Beantwortung der Anfrage. Damit kommen wir zur

**3. Dringlichen Anfrage. Sie wurde am 01. September 2015 um 14.39 Uhr von Abgeordneten der FPÖ an Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler eingebracht, betreffend „Auswirkungen des Flüchtlingsstroms auf das steirische Gesundheitswesen“.**

Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Hannes Amesbauer das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise wieder darauf, dass für die Begründung, sowie das Verlesen der Anfrage eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

**LTAbg. Amesbauer, BA - FPÖ (12.00 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, meine sehr geehrten Herrn Damen und Herren Abgeordnete! Ja, wenn man den bisherigen Beantwortungen von Landeshauptmann Schützenhöfer und Landesrätin Kampus zugehört hat, dann entsteht in mir schon der Eindruck, dass Ihnen die Tragweite und die Dramatik der derzeitigen Flüchtlingsströme und die damit verbundenen Problematiken für Europa und für Österreich nicht in vollem Umfang bewusst ist, meine sehr geehrten Damen und Herren. Sie ignorieren Verträge wie die Dublin-Abkommen, Sie leben eine Willkommenskultur, in dem Sie den Menschen aus aller Herren Länder signalisieren: „Bei uns ist jeder willkommen und zu uns nach Österreich kann jeder einwandern!“ So, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird es auf Dauer nicht gehen. *(Beifall bei der FPÖ)* Aber ich denke, die ganzen Problemstellungen, und ja, auch Gefahren für den sozialen Zusammenhalt in diesem Land, werden wir in der Wechselrede nach der Beantwortung dieser Dringlichen noch eingehend diskutieren können und diskutieren werden, sehr geehrte Damen und Herren. Wenn wir von Problemstellungen mit dem Flüchtlingswesen in Österreich, in der Steiermark sprechen, müssen wir uns natürlich auch der Gesundheitspolitik widmen und Sie wissen ja: Die Betreuung und Grundversorgung von Asylwerbern wird in Österreich durch die Grundversorgungsvereinbarung geregelt. Die wichtigsten Punkte darin lauten wie folgt: „Die Durchführung einer medizinischen Untersuchung im Bedarfsfall bei der Erstaufnahme nach den Vorgaben der gesundheitsbehördlichen Aufsicht. Die Sicherung der Krankenversorgung im Sinne des ASVG durch Bezahlung der Krankenversicherungsbeiträge. Die Gewährung allenfalls der darüber hinausgehenden notwendigen, durch die Krankenversicherung nicht abgedeckten Leistungen nach Einzelfallprüfung und Maßnahmen

für pflegebedürftige Personen.“, sehr geehrte Damen und Herren. Und das Bundesverfassungsgesetz über die Unterbringung und Aufteilung von Hilfs- und schutzbedürftigen Fremden würde die Anzahl – das haben wir auch mehrmals schon gehört und die Zahlen sind ja bekannt – der sich in der Steiermark befindlichen Asylwerber auf über 18.000 anschwellen lassen, wenn diese Regelung in Kraft tritt. Und alle infolge zusätzlich anfallenden Krankenversicherungszahlungen und Maßnahmen für pflegebedürftige Flüchtlinge müssen zu 40 % vom Land Steiermark finanziert werden und es ist mehr als fraglich, ob diese Ausgaben vom aktuellen Budget des Landes Steiermark, so wie es jetzt da steht, gedeckt werden kann. Also das ist mehr als fraglich und das wird sich höchstwahrscheinlich nicht ausgehen, da braucht man kein Prophet sein, wenn man die aktuellen Entwicklungen verfolgt. Der Gemeindebundpräsident stimmt mir nicht ganz zu. Und sehr geehrte Damen und Herren, es besteht dringender Handlungsbedarf, den Leistungskatalog der Grundversorgung zu reformieren. So sollten Asylwerber nicht von Anfang an Anspruch auf eine volle Krankenversorgung im Sinne des ASVG erhalten, sondern die medizinische Versorgung zunächst auf Grundleistungen beschränkt werden. Das ist jetzt auch keine Erfindung der Freiheitlichen Partei und schon gar keine populistische Forderung, so wie Sie uns das immer vorwerfen, das wird in anderen EU-Ländern, z. B. auch in der Bundesrepublik Deutschland bereits so gemacht und da ist es auch im Asylbewerber-Leistungsgesetz, heißt es in Deutschland, dementsprechend vorgesehen, meine Damen und Herren. Ähnliche Einschränkungen der medizinischen Leistungen für Asylwerber gibt es auch in anderen EU-Staaten und sollten auch in Österreich eingeführt werden. Und ich stelle gleich eingangs hier klar und fest, dass selbstverständlich jene Menschen, die sich bei uns befinden, medizinisch zu versorgen sind, das steht ja außer Frage. Aber wir müssen uns schon überlegen, ob der Zugang zum vollen Leistungsspektrum in der medizinischen Betreuung nicht ein weiterer Grund für viele ist, genau nach Österreich einzuwandern, weil Sie reden immer von Quoten, Sie reden immer von einer besseren Verteilung innerhalb der EU. Nur das Problem in der Praxis ist ja, dass die Asylwerber genau in drei Länder strömen und das sind Österreich, Deutschland und Schweden. Also die wenigsten Asylwerber suchen um Asyl an in Rumänien, Bulgarien oder Polen und das sind EU-Länder, da brauchst du nicht nicken, Lambert. Wenn man von einer gerechten Verteilung redet, wird das auch dabei sein und wir haben eben diese sozial hohen Standards Gott sei Dank in Österreich. Aber diese Standards sind natürlich eine Einladung für die Menschen, in großen Massen zu uns zu strömen und da sieht man auch, dass in den genannten anderen EU-Ländern so gut wie keine Asylansuchen

gestellt werden. Und auch der volle Zugang zum Gesundheitssystem in diesem Spektrum, der über die notwendige medizinische Grundversorgung hinausgeht, ist ein weiterer Baustein in unserer Willkommenskultur: „Kommt alle zu uns, bei uns bekommt ihr ein All-Inklusive-Paket“, das kann es nicht sein, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)*

Und Herr Landesrat Drexler, ganz konkret, die große Anzahl an Asylwerbern, die sich im Lande befindet und die große Anzahl, die erwartet wird und vor allem, die auf die Steiermark nach eben dem Bundesverfassungsgesetz noch zukommen wird, wird das steirische Gesundheitswesen auch vor strukturelle Probleme stellen. Wenn ich mir die Spitalslandschaft ansehe, haben wir erlebt in der letzten Landtagsperiode, den strukturellen Kahlschlag im Gesundheitsbereich, im Spitalsbereich. Wenn ich alleine meinen Bezirk Bruck-Mürzzuschlag hernehme, da hatten wir die Schließung der Chirurgie am Landeskrankenhaus Mürzzuschlag, obwohl vor der Wahl uns anders versprochen wurde, obwohl vor der Wahl ÖVP-Abgeordnete noch gegen diese Schließungspläne demonstriert haben, die Schließung der Geburtsstation und die komplette Demontage des Landeskrankenhauses in Mariazell. Also das ist nur ein Beispiel aus einem Bezirk, wie es aussieht. Was haben wir aber jetzt für eine Situation mit den zusätzlich mehr als 18.000 Asylwerbern, die in die Steiermark aufgenommen werden sollen? Es ist einerseits eine Belastung für die Bevölkerung in den Spitälern selbst, was mit einer längeren Wartezeit einhergeht, wenn man sich die Überfüllung von manchen Ambulanzen ansieht. Das ist auch wieder keine Erfindung vom Amesbauer oder von der Freiheitlichen Partei. Ich darf zitieren aus einem Artikel vom 04.08.2015, wo eine Patientin in der Kleinen Zeitung davon spricht, dass - Zitat: „Die Ambulanz am LKH Mürzzuschlag ist völlig überfüllt, dass man als Einheimische stundenlang warten muss“, Zitat Ende. Auch bei praktischen Ärzten hören wir verstärkt, dass der Andrang spürbar zugenommen hat, meine Damen und Herren. Zudem stellt sich die Frage, wie die auf die ganze Steiermark verteilten Flüchtlinge zu den Krankenhäusern bzw. zu den Hausärzten transportiert werden sollen. Das ist einerseits eine logistische Frage, das ist andererseits aber auch eine finanzielle Frage. Also auch hier werden die Kosten steigen. Das gesamte Asylwesen ist finanziell ein Fass ohne Boden in der Steiermark, meine sehr geehrten Damen und Herren, und dagegen verwehren wir uns aufs Schärfste, da müssen Lösungen her. *(Beifall bei der FPÖ)*

Ich werde jetzt auf noch einen Punkt zu sprechen kommen, der auch einen wichtigen Bestandteil der Dringlichen Anfrage an Sie, Herr Landesrat, zum Thema hat und zwar ist das die Gefahr eingeschleppter Krankheiten durch Asylwerber. Vor einigen Tagen, als die FPÖ Steiermark – namentlich Klubobmann Kunasek und Landesparteiobmann Kurzmann – unsere

Kampagne zum Asylwesen, zum Asylchaos in der Steiermark vorgestellt haben, wurde das Thema bereits angesprochen. Es dauerte nicht lange, dass medial von einem Blödsinn gesprochen wurde, dass auch zuständige Stellen im Land scheinbar dieses Thema verneint haben. Heute in der Kleinen Zeitung haben wir gelesen, dass sehr wohl gesagt wurde und eingestanden wurde, dass es diese Gefahr der eingeschleppten Krankheiten gibt. Also das ist keineswegs ein Blödsinn und das ist ein Thema, das wir im Landtag hier als verantwortliche Politiker auch im Interesse der steirischen Bevölkerung zu behandeln haben, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)*

In einem Schreiben vom 03.08. dieses Jahres informierte das Bundesministerium für Gesundheit über Schistosoma – das ist eine Wurmkrankheit, eine Infektionen in Südkorsika und Läuserückfallfieber in den Niederlanden. Dieses Schreiben des Bundesministeriums für Gesundheit an die Landessanitätsdirektion, an den Landessanitätsdirektor, liegt uns vor. Das wurde mittlerweile auch bestätigt, da stelle ich, Herr Landesrat, aber auch an Sie die Frage: Wenn es so ein Schreiben gibt, wo vor Krankheiten, die in Österreich und in Europa eigentlich als ausgerottet gelten und hier nicht üblich sind, die eingeschleppt werden, wieso die Bevölkerung nicht sofort von den zuständigen Stellen des Landes informiert wird über solche Schreiben und solche Gefahren? Also das ist ja in Wahrheit ein Skandal, dass Sie das verschweigen und erst auf Druck der Opposition - in dem Fall der Freiheitlichen Partei - der Öffentlichkeit bekannt machen. Also das würde ich mir in der Zukunft erwarten, wenn es solche Schreiben gibt mit eindeutigen Warnungen vor eingeschleppten Krankheiten, dass die Bevölkerung auch umfangreich darüber informiert wird. Das ist ja das Mindeste, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Und in diesem Schreiben ist zu lesen, dass bereits am 07. Mai 2014 das französische Gesundheitsministerium entsprechende Fälle mit der wahrscheinlichen Infektionsquelle in Südkorsika gemeldet hat. Und per 25.03.2015 wurden insgesamt 110 derartiger Fälle gemeldet, wobei 62 % der Fälle zwischen 2011 und 2013 im Süden Korsikas eine Exposition hatten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Weiters ist diesem Schreiben des Gesundheitsministeriums an den Landessanitätsdirektor zu entnehmen, dass das holländische Gesundheitsministerium zwei Läuserückfallfieber-Fälle bei Asylsuchenden aus Eritrea meldete. Das Läuserückfallfieber wird durch Körperläuse übertragen, die Erkrankung ist endemisch in Äthiopien, Sudan und Somalia. Der Läusebefall, meine sehr geehrten Damen und Herren, der eben die Übertragung begünstigt und zur Ursache hat, hängt mit niedrigem sozialökonomischen Status, Überbelegung und schlechter Körperhygiene zusammen. Das Auftreten von Rückfallfieber bei Asylsuchenden aus Eritrea

kommt nicht unerwartet – das schreibt das Gesundheitsministerium, das kommt nicht unerwartet - also man hat scheinbar damit gerechnet, nur die steirische und die österreichische Bevölkerung wurde nicht darüber informiert. Weitere importierte Fälle können in der EU bei anderen Migranten vorkommen, vor allem wenn diese mit Migranten aus endemischen Gebieten zusammen reisen.

Wie einem weiteren Schreiben des Bundesministeriums für Gesundheit vom 05.08.2015, ebenfalls an die Landessanitätsdirektion, das uns ebenfalls vorliegt, zu entnehmen ist, wurden 2015 von drei EU-Ländern – namentlich Dänemark, Schweden und Deutschland - bereits acht Fälle von Hautdiphtherie bei Flüchtlingen gemeldet, in Spanien verstarb ein Kind an Diphtherie. Österreich verzeichnete 2014 erstmals seit 20 Jahren wieder einen Fall von Hautdiphtherie und einen Fall von Wunddiphtherieverzeichnet.

Bevor ich zur Verlesung der Fragen komme, sehr geehrte Damen und Herren, ist schon eines auch anzumerken: Die Schreiben des Bundesministeriums für Gesundheit belegen eindeutig, dass die aktuellen Entwicklungen auch die Gefahr der Einschleppung von in Europa eigentlich längst ausgestorbenen Krankheiten mit sich bringen. Und zusätzlich zu den Problemen, die wir rund um Asylwerberheime haben, rund um Großquartiere und Massenquartiere, dies es ja laut der Landesrätin in der Steiermark angeblich nicht gibt und Frau Landesrätin, es gibt mehr Großquartiere, als jenes in Spittal am Semmering, (*LTA* *Mag. Pichler-Jessenko*: „*Wo noch? Wo?*“) ... wo, in Steinhaus, Neuberg, meine Heimatgemeinde, 175 Asylsuchende derzeit bei einer Bevölkerung im Ortsteil von 600. Also wenn das kein Massenquartier ist, na dann. (*Beifall bei der FPÖ*) Frau Kollegin, es gibt zahlreiche Gemeinden, Sie haben die Zahlen vor sich, sie wissen auch, dass in diesen Zahlen, die wir als Tischvorlage bekommen haben, jene Zahlen, die durch den Bund betreut werden und untergebracht werden, nicht enthalten sind. Aber wir werden das, wie bereits angekündigt, in der Wechselrede noch ausführlich diskutieren, sehr geehrte Frau Kollegin Pichler-Jessenko.

Also abschließend, bevor ich die Fragen verlese, kann zusammengefasst werden, dass zusätzlich zu den sicherheitstechnischen Problemen, die Asylmassenquartiere, die es gibt, ohnehin schon in sich bergen, das wissen wir auch aus Anfragebeantwortungen aus dem Innenministerium, dass gerade im Umfeld von Asylquartieren mit einer erhöhten Sicherheitsbedrohung zu rechnen ist, dass es gerade dort auch zu vermehrten Polizeieinsätzen kommt und das ist je keine Erfindung von uns, das sind die Fakten. Und zusätzlich zu diesen Problemen kommen auch Probleme im Gesundheitsbereich dazu, infrastrukturelle, finanzielle

---

Probleme, aber auch das Risiko des Ausbruches von potentiellen Epidemien, sehr geehrten Damen und Herren. Und Herr Landesrat Drexler, ich hoffe es und ich erwarte mir wirklich – ich habe mich bemüht, jetzt diese Anfrage sachlich vorzutragen - wir wollen gemeinsam zu einer Lösung kommen. Wir müssen uns den Problemstellungen stellen und die offensiv angehen und es ist unsere Aufgabe als Abgeordnete, weil sonst macht es ja keiner, außer den Abgeordneten der Freiheitlichen Partei, für Klarheit zu sorgen, ob es Gefahren gibt mit ansteckenden Krankheiten, ob es Probleme gibt im Bereich der Infrastruktur, der strukturellen Versorgung, der finanziellen Frage. Und das ist unsere Aufgabe als Abgeordnete, für Klarheit zu sorgen, diese Antworten den Steirern zu liefern, weil die Politik der Regierung kommt ja selbst nicht auf die Idee, das von sich aus zu machen. Wäre eigentlich die Aufgabe einer verantwortungsbewussten Regierung, von sich aus mit Informationen rechtzeitig an die Bevölkerung zu gehen, aber dafür sind ja wir Freiheitliche da, wir werden weiterhin den Steirern im Wort bleiben und weiterhin hier eine ordentliche Politik sicherstellen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)*

Sehr geehrter Herr Landesrat, ich komme nun zu den Fragen.

1. Welche Kosten sind dem Land Steiermark im Jahr 2015 bisher – im Vergleich zum Vorjahr – durch Krankenversicherungszahlungen für Asylwerber erwachsen?
2. Welche Kosten sind dem Land Steiermark in den Jahren 2010 bis 2013 durch Krankenversicherungszahlungen für Asylwerber erwachsen?
3. Welche Kosten sind dem Land Steiermark im Jahr 2015 bisher – im Vergleich zum Vorjahr – durch die Gewährung darüber hinausgehender notwendiger, durch die Krankenversicherung nicht abgedeckter Leistungen für Asylwerber erwachsen?
4. Welche Kosten sind dem Land Steiermark in den Jahren 2010 bis 2013 durch die Gewährung darüber hinausgehender notwendiger, durch die Krankenversicherung nicht abgedeckter Leistungen für Asylwerber erwachsen?
5. Welche Kosten sind dem Land Steiermark im Jahr 2015 bisher – im Vergleich zum Vorjahr – durch Maßnahmen für pflegebedürftige Asylwerber erwachsen?
6. Welche Kosten sind dem Land Steiermark in den Jahren 2010 bis 2013 durch Maßnahmen für pflegebedürftige Asylwerber erwachsen?
7. Sind die beschriebenen Kosten durch das aktuelle Budget gedeckt oder müssen neue Schulden aufgenommen werden?
8. Werden im nächsten Budget entsprechende Rücklagen gebildet werden?

9. Gibt es Überlegungen seitens der Landesregierung, die Bundesregierung zu ersuchen, den Umfang der derzeit von der Grundversorgung für Flüchtlinge gedeckten medizinischen Versorgungsleistungen auf medizinische Grundleistungen zu beschränken, wie es bereits in anderen EU-Ländern der Fall ist?
10. Falls nein, warum nicht?
11. Welche Maßnahmen werden bzw. wurden bereits ergriffen, um die steirischen Krankenanstalten von der ambulanten Behandlung zusätzlicher Asylwerber zu entlasten?
12. Welche Maßnahmen werden bzw. wurden bereits ergriffen, um das Personal der steirischen Krankenanstalten in dieser Thematik zu unterstützen?
13. Wurden seitens des Personals der steirischen Krankenanstalten Fälle gemeldet, wonach es vermehrt zu Behandlungsproblemen infolge von Verständigungsproblemen gekommen ist?
14. Welche zusätzlichen Kosten werden dem Land Steiermark durch die Verteilung von bis zu 18.000 Asylwerber auf die gesamte Steiermark infolge der erschwerten strukturellen medizinischen Versorgung, z. B. durch zusätzliche Krankentransporte von Asylwerbern zu praktischen Ärzten, erwachsen?
15. Wurden im Jahr 2015 in der Steiermark bereits Fälle von „tropischen Krankheiten“ unter Asylwerbern gemeldet?
16. Wenn ja, wann und welche?
17. Wurden in den vergangenen 10 Jahren in der Steiermark bereits Fälle von „tropischen Krankheiten“ unter Asylwerbern gemeldet?
18. Wenn ja, wann und welche?
19. Welche Präventionsmaßnahmen werden bzw. wurden bereits getroffen, um den Gefahren von potentiellen Epidemien – vor allem in Asyl-Massenquartieren – vorzubeugen?

Sehr geehrter Herr Landesrat, selbstverständlich wünscht sich kein Mensch, dass es in Österreich, in der Steiermark, in Europa zum Ausbruch eingeschleppter Epidemien kommt, aber es ist unsere Aufgabe, für Klarheit zu sorgen. Wir würden uns wünschen, dass es diesbezüglich keine Probleme gibt. Ich bin auf Ihre Antwort diesbezüglich sehr gespannt und bin auch sehr gespannt, welche Maßnahmen Sie setzen werden, um die strukturellen Probleme durch die vermehrte Aufnahme von Asylwerbern in der Steiermark, die in Krankenhäusern, im Bereich der praktischen Ärzte, im Bereich der gesamten Gesundheits- und Pflegeversorgung auftreten werden, wie Sie diesen Problemen begegnen werden. Ich bin gespannt auf Ihre Antwort. *(Beifall bei der FPÖ – 12.20 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Ich erteile Landesrat Drexler für die Beantwortung der Anfrage das Wort.

**Landesrat Mag. Drexler - ÖVP (12.20 Uhr):** Sehr geschätzte Frau Präsidentin, Kollegin und Kollege auf der Regierungsbank, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, geschätztes Publikum vor Ort und im Internet!

Erlauben Sie mir, bevor ich auf die Beantwortung der an mich gestellten Fragen komme, auch einige grundsätzliche Anmerkungen zum ganzen Themenkomplex, der uns in den letzten Wochen und Monaten und wohl auch in der unmittelbaren Zukunft intensiv beschäftigen wird, nämlich die Flüchtlingsströme, die aus den Krisengebieten des Nahen Ostens nach Europa kommen, oder auch aus dem Norden Afrikas, und wie wir als Europäer damit umgehen wollen. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, mir ist es ein besonders Anliegen, zu allererst darauf einzugehen, dass ich mich absolut dazu bekenne, dass es eine europäische Verantwortung gibt und es eine europäische Aufgabe ist, diese Herausforderung anzunehmen. Hier kann man auch nicht schweigend zur Kenntnis nehmen, wenn einzelne Mitglieder des Europäischen Hauses sich vor dieser Verantwortung entziehen wollen. Ich denke, es ist heute in einem Leitartikel in der Süddeutschen Zeitung sehr gut zum Ausdruck gebracht worden, wenn es dort heißt: „Jetzt muss sich zeigen, was die europäischen Grundrechte wirklich wert sind. Jetzt muss sich zeigen, was es wirklich auf sich hat mit dem Motto vom Raum des Rechts, der Sicherheit und der Freiheit. Jetzt muss sich zeigen, ob all das mehr ist, als ein Wasserfall von Phrasen. Jetzt muss sich zeigen, ob die Konventionen, die man unterschrieben hat, mehr sind als ein paar Fetzen Papier. Wenn europäische Kernländer wie Ungarn oder Polen Menschen in höchster Not nicht aufnehmen, weil sie den falschen Glauben haben, dann ist das Hochverrat an den Werten, derentwegen die Europäische Union gegründet wurde. Es kann und darf nicht sein, dass Teile Europas hinter den westfälischen Frieden zurückfallen. Europa lebt nicht nur vom Euro, es lebt von seinen Werten, von der Glaubens- und Gewissensfreiheit, der Freiheit der Person, der Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz und der Freizügigkeit. Europa lebt davon, dass es die Menschenwürde schützt, wenn ihm diese Werte nichts mehr wert sind, ist Europa das Überleben nicht wert.“ Ich halte diese Zeilen im Leitartikel von Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung von heute für sehr zutreffend und finde es auch für besonders passend, ein Medium heute zu zitieren, dass in München erscheint. Weil man darf bei allem, was wir an Herausforderungen etwa am Wochenende bewerkstelligt haben - absolut weniger chaotisch, als von manchen behauptet



wird - nicht vergessen, dass die größte Last derzeit auf den Schultern der Bundesrepublik Deutschland lastet und dass es dem mutigen Engagement der Bundeskanzlerin und anderer zu danken ist, dass es zu dieser spontanen – im Übrigen nicht Dublin-konformen oder im Geiste von Dublin oder sonst irgendetwas Abgehaltenen – Bewegung gekommen ist. Und ich denke daher, das ist das Erste, woran man heute erinnern sollte. Das Zweite, wenn wir von europäischer Verantwortung sprechen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann möchte ich meine ganz persönlichen Meinung auch Ausdruck verleihen, dass wir die europäische Verantwortung nicht nur an der Bewerkstelligung der unmittelbaren Herausforderung an unseren Grenzen, oder in Messehallen, Pfarrhöfen und Schulturnhallen bemessen müssen. Nein, europäische Verantwortung hätte früher beginnen müssen und wenn wir von einem europäischen Versagen sprechen wollen, dann fängt es auch früher an, wenn es um mangelndes außenpolitisches Engagement, um mangelnde außenpolitische Einigkeit – und ich sage gleich dazu, damit mich niemand falsch versteht – militärische Interventionen eingeschlossen. Weil es gibt nun einmal auch Gruppen und Gruppierungen, die man nicht durch gutes Zureden überzeugen wird können, wenn wir an die Barbaren des sogenannten Islamischen Staates denken. Das geht mit Zureden nicht und dazu gibt es in Europa eine ganz besonders bemerkenswerte Geschichte, auch hier haben wir es schon erlebt, dass einfach Gruppen in Staaten, die sich gänzlich dem Grundkonsens einer aufgeklärten Moderne entziehen, nicht nur durch gutes Reden Einhalt geboten werden kann. Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt eine größere europäische Verantwortung, an die wir auch in einer solchen Stunde erinnern sollten. Es geht um außenpolitische Verantwortung und es geht um Einigkeit darum, wenn in unmittelbarem Vorhof Europas, etwa in Syrien, jahrelang tatenlos einem Bürgerkrieg oder noch Schlimmerem zugesehen wird. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf man bei aller Schwierigkeit unserer aktuellen Herausforderungen meines Erachtens nicht vergessen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Ich habe bei der Begründung der 1. Dringlichen Anfrage durchaus verstanden, dass Klubobmann Kunasek sehr darum bemüht war, einen sachten und sachlichen Ton in die Debatte zu tragen. Aber ich möchte schon darauf hinweisen – vielleicht war das auch einer aktuellen Lage bei den Kommentatoren und möglicherweise gewissen Veränderungen im Meinungsklima geschuldet – aber ich möchte schon darauf hinweisen, dass ich Kollegen Kunasek eine Frage zurückgeben möchte, die dann vielleicht auch in der Debatte beantwortet werden kann. Das war der Hinweis auf den Verstand, den ich absolut unterstreiche, und Landeshauptmann Schützenhöfer hat bereits darauf hingewiesen, dass es jedenfalls Verstand

---

braucht, um politische Herausforderungen zu bewältigen, aber er hat es auch ergänzt um Herz und Verstand. Was ich aber nicht ganz verstanden habe, und da bitte ich wirklich um Aufklärung, was der Zusammenhang der Menschenkette, die vor der Landtagssitzung in der Herrengasse stattgefunden hat, mit der Fragestellung von Mangel und Vorhandensein von Verstand zu tun hat. Da würde ich wirklich gelegentlich um Aufklärung bitten, weil sonst wäre möglicherweise das Bemühen um die sachliche Debatte schon um eine Facette bereinigt worden.

Das Zweite, was ich Ihnen sagen möchte: Wissen Sie, es ist halt auch immer so bemerkenswert, da versucht man hier im Landtag – sogar der Kollege Amesbauer hat fast zustimmungsheischend gegen Ende hin gesagt: „Ja habe ich nicht einen sachlichen Beitrag gebracht?“, (*Heiterkeit unter den Abgeordneten*) – ja, das ist das eine und dann sehe ich aber auf der anderen Seite, so sich Ihre Nationalratsabgeordnete Frau Dr. Winter so im Internet verbreitet. Und jetzt muss ich Ihnen das vorlesen ohne dass ich ihr zu viel Aufmerksamkeit bei der Gelegenheit geben möchte. Aber ich denke, es passt hier in den Gesamtzusammenhang– Marxisten und Jesuiten weghören bitte – und es zeigt ein wenig die Dialektik, mit der sie uns bei diesem Themenfeld konfrontiert. Weil Frau Winter schreibt gestern: „Schwarze Wolken über Österreich und Europa“, fünf, sechs Rufzeichen, „und die Gutmenschen rufen immer noch: ‚Kommt, ach kommt doch alle nach Österreich!‘ Das geht so nicht, das ist eine Destabilisierung Österreichs und Europas. Ich gebe zu: Ich habe Angst um Österreich. Ich liebe meine Heimat und kämpfe auch“, kämpfe groß geschrieben, „für sie mit allen rechtsstaatlichen Mitteln. 10.000 Asylanten sind seit gestern nach Österreich gekommen. Ich bin heute um 7.35 Uhr an der Grazer Messehalle vorbeigefahren, die ja mittlerweile zum Auffanglager umfunktioniert worden ist. Überall Polizei und unzählige Busse mit Asylanten. Ich dachte, es ist der Krieg ausgebrochen. Gänsehaut und ein ganz mulmiges Gefühl kommt hoch und im Radio läuft gerade eine Einspielung von Armin Wolf: ‚Ja können wir nicht Züge nach Ungarn schicken, damit wir alle Asylanten abholen können?‘ Ich bin nicht gläubig, aber als ich an die Zukunft der österreichischen Kinder dachte, sind mir die Worte eingefallen: Gott schütze Österreich bitte!“ Und wissen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, da kommt dann schon einiges zusammen. Einerseits ihr wehrhaftes Christentum, aber auf der anderen Seite finde ich es bemerkenswert, wenn man einerseits hier hergeht und sagt: „Was ist da für ein Chaos, was ist da los?“, wenn die Landesregierung es dann zustande bringt, diese plötzliche Migrationsbewegung einschließlich dieser Infrastruktur in der Messehalle gut zu organisieren und wir dann hier von Auffanglagern hören, wenn wir

davon hören, dass das 10.000 Asylanten sind, die alle da scheinbar nach Österreich gekommen sind. Und wissen Sie, Herr Kollege Amesbauer, wenn Sie dann schon um die Zustimmung zu ihrer sachlichen Wortmeldung heischen, muss ich Ihnen eines sagen: Das ist genau das, was Sie mit der Kritik an der Willkommenskultur meinen, weil wenn Sie einfach so sagen: „Jeder ist willkommen, jeder kann einwandern“, dann ist das genau diese Vermengung von Begrifflichkeiten, (*LTA*bg. Amesbauer, BA: „Das sage nicht ich, das sagt die Bundesregierung!“) die uns in dieser Debatte schadet. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, da können Sie im Landtag hundert Mal „Kreide fressen“, ich appelliere an Sie, dass Sie auch draußen gleich sachlich an die Debatte gehen, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*)

Daher noch ein, zwei grundsätzliche Anmerkungen: Es wird niemand Vernünftigen geben, Herr Amesbauer, der sagt: „Jeder kann in Österreich einwandern!“, geht sich ja technisch nicht aus. Wir sind jetzt sechs, sieben Milliarden Menschen, wir haben acht Millionen, kann ja nicht jeder bei uns einwandern. Um das geht es ja nicht, aber Sie suggerieren in diesen Debatten immer, obwohl es eigentlich jetzt hier um Flüchtlinge geht, tun Sie gleich alles, was sonst an Migrationspolitik und Migrationsströmen da ist, mit hineinmischen, vermengen und aus dieser Gemengelage kommt natürlich ein diffuses Unwohlsein bei vielen. Also daher bin ich für Präzession in der Debatte.

Zweite grundsätzliche Anmerkung: Man hat der Begründung zur 1. Dringlichen Anfrage entnommen, dass Sie gegen dieses Durchgriffsrecht sind und dafür allerhand verfassungsrechtliche Argumente bringen. Jetzt sage ich Ihnen aber schon, gleichzeitig wollen Sie aber, dass man europaweit möglichst gut verteilt. Ja, was wollen Sie? Sie wollen ein europäisches Durchgriffsrecht für die Esten, die Polen, die Ungarn, oder was weiß ich wen auch immer möglicherweise, aber für eine faire Aufteilung in Österreich, da verschließen Sie sich der Ultima Ratio und der Landeshauptmann hat sehr wortreich und präzise darauf geantwortet, dass das ja nur eine Ultima Ratio sein soll. Aber mir geht es dabei einfach darum, auf den strukturellen Widerspruch hinzuweisen, der im Zusammenhang steht mit der Dringlichen Anfrage, die an mich gerichtet ist – ich halte es zumindest für bemerkenswert. Wenn Sie auch in einem Entschließungsantrag und in einer Frage einerseits wollen, dass wir die Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge, für Asylwerber, für Asylanten, für wen auch immer jetzt im Detail, auf ein Mindestmaß und eine Grundversorgung herunterschrauben sollen – wie auch immer das zu entscheiden ist und was das genau sein soll – und auf der anderen Seite davor warnen, dass Flüchtlinge allenfalls Krankheiten nach Österreich

einschleppen könnten, auf die wir aber am Ende nicht draufkommen, wenn wir nur in Ihrer Grundversorgungsmentalität die gar nicht untersuchen, also wissen Sie, bitteschön, wenn Sie auch mit solchen ernstern Dingen sich beschäftigen, dann tun's doch nicht – ich komme dann möglicherweise eh noch bei der Anfragebeantwortung dazu – dann tun Sie hier nicht so flapsig argumentieren. Und im Übrigen haben wir nicht und auch der Landessanitätsdirektor - wenn mich nicht alles täuscht - nicht darauf hingewiesen, dass die Gefahr nicht besteht, sondern der Landessanitätsdirektor hat nur bei einer ersten Befragung erklärt, er kennt das Schreiben nicht. (*LTA*bg. *Amesbauer*, *BA*: „Blödsinn!“) Gut, das Schreiben ist mittlerweile da. Ja schauen Sie, tun Sie sich nicht immer mit Kleinigkeiten beschäftigen, das Schreiben ist da. Ich darf Ihnen aber zu dem Anschreiben sagen, und wir werden dann eh noch in der Anfragebeantwortung dazukommen: Wissen Sie, dass sich das französische Gesundheitsministerium mit Schistosomiasis-Fällen in Korsika beschäftigt, liegt in der Natur der Sache, weil Korsika - auch wenn das nicht allen Korsen passt - Teil der französischen Republik ist. In dem Schreiben wird im Übrigen sogar darauf hingewiesen, dass alle Betroffenen niemals in Afrika waren und dass in einem Fluss dort in Korsika halt irgendwo diese Dinge sind. In diesem Teil des Schreibens des Gesundheitsministeriums wird mit keinem Sterbenswörtchen – aber ich lese es mir gerne dann noch einmal nach – von irgendwelchen Asylwerbern gesprochen. Wohl aber beim zweiten Teil des Schreibens, wo darauf hingewiesen wird, dass dieses Läuse Rückfallfieber - louse-borne relapsing fever, englisch – tatsächlich, dass hier das holländische Gesundheitsministerium zwei Fälle gemeldet hat, wo offensichtlich über Migranten das nach Holland gekommen ist. Aber schauen Sie, drei Fälle und ich kann auch jetzt schon sagen, meine Mitteilung zu diesem Thema: Die gesundheitliche Situation der Asylwerber in der Steiermark ist völlig unauffällig. Es hat auch gestern Untersuchungen gegeben hier in der Messehalle, 100 Personen sind untersucht worden. Eine Geschichte hat jemand am Auge gehabt, wo man eine Versorgung an der Augenklinik vorgenommen hat, ansonsten hat es vor allem Blasen an den Füßen gegeben und Verstauchungen, wie mitgeteilt wird. Und insgesamt kann festgestellt werden, dass die gesundheitliche Situation weitgehend unauffällig ist, aber auch das als grundsätzliche Anmerkung. Gut, es ließe sich noch einiges anmerken im Zusammenhang insbesondere mit dem entschiedenen Auftreten gegen wirtschaftlich begründete oder wirtschaftlich motivierte Migration seitens des Kollegen Kunasek, denn das muss man auseinanderhalten, ist ja völlig klar. Kein Staat auf der Welt wird bloße Migration unreguliert dulden und das ist eben auch der Unterschied zwischen Asylsuchenden und einem bloßen – das ist dann festzustellen, ob da

ein Unterschied ist, aber natürlich ist wirtschaftlich motivierte Migration etwas anderes als Flucht vor Krieg, Vertreibung und Tod. Aber originell finde ich Ihr so intensives Eintreten gegen wirtschaftlich motivierte Migration schon, weil wenn man den historischen Kontext her spannt und sich in Erinnerung ruft, was einzelne Vereinigungen, wo sich viele Ihrer Mitglieder und Sympathisanten tummeln, für Namen haben und was dort hochgehalten wird, dann darf ich Sie schon daran erinnern, dass für die ruppigsten Formen der wirtschaftlich motivierten Migration Hoffnung auf ein besseres Leben im ersten Jahrtausend etwa Wandalen, Goten, Alemannen, Cherusker, Gepiden, Haula und ähnliche Gruppen gestanden sind. Insofern halte ich das zumindest für einen bemerkenswerten Zusammenhang.

Aber nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, zur konkreten Beantwortung der Fragen, die an mich gerichtet sind mit einer weiteren kleinen Vorausbemerkung. Kollege Amesbauer hat unter anderem auf die Anfragebegründung hingewiesen und gemeint anhand seines Beispiels, glaube ich - Müzzschlag, wie üblich - dass sich hier die Versorgung so dramatisch verschlechtert hat. Es heißt ja auch im Begründungstext für die Dringliche Anfrage: „Durch die Strukturreformen der letzten Jahre ist der intramurale Bereich für die massenhafte Versorgung ambulanter Patienten nicht mehr ausgestattet.“ Das wird mir nichts, dir nichts in der Anfragebegründung der Freiheitlichen dargelegt. Und das muss ich, sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ, doch entschieden zurückweisen. (*LTA*bg. Amesbauer, BA: „Ja, ja!“) Entschieden zurückweisen, und verbunden im Übrigen mit dem Dank bei allen Beschäftigten, die tagtäglich diese Ambulanzen in den steirischen Spitälern aufrecht erhalten – und im Übrigen ungeachtet der Tatsache, ob gerade der Müzzschlager, der Kärntner, der Grazer, oder von mir aus der Syrer in diese Ambulanz kommt – herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Bereich. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Ich darf Ihnen aber sagen, warum Ihre Aussage in Ihrer Begründung nicht stimmt, weil Sie schreiben: „Doch gerade durch die Strukturreform der letzten Jahre ist der intramurale Bereich für die massenhafte Versorgung ambulanter Patienten nicht ausreichend!“ 2010, also bevor die von Ihnen in Kritik gezogenen strukturellen Maßnahmen stattgefunden haben, hat die Steiermärkische Krankenanstalten Gesellschaft in den Ambulanzen der steirischen Landeskrankenhäuser 926.610 Menschen behandelt – 2010. 2014, also nach dem diese von Ihrer Seite kritisierten strukturellen Veränderungen stattgefunden haben, die uns nach Ihrer Anfragebeantwortung nicht mehr in die Lage versetzen, massenhaft Patientinnen und Patienten in den Ambulanzen zu versorgen, waren es 944.794. Das ist schnell gerechnet um 18.000 mehr als 2010 und da lasse ich es mir nicht gefallen, dass unser Versorgungssystem so

en passant mir nichts, dir nichts in so einer Anfragebegründung hier in Misskredit gezogen wird. Diese Ambulanzen haben viele Probleme, aber es ist falsch und unrichtig, dazustellen, dass wir einen massenhaften Ansturm von Patientinnen und Patienten nicht gewachsen sind, wenn wir seinerzeit 926.000, jetzt 944.000 bewältigt haben, dann, meine sehr verehrten Damen und auch Herr Kollege Amesbauer, ist festzustellen: Die Ambulanzen funktionieren, die KAGes funktioniert. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und übrigens darf ich Ihnen auch mitteilen: Die Versorgung von Flüchtlingen in den Ambulanzen der steirischen Krankenanstalten ist mit Sicherheit eines der kleinsten Probleme, die wir derzeit im steirischen Krankenanstaltensystem haben und dass für die nachhaltige Absicherung einer qualitativvollen und flächendeckenden Versorgung auch nicht die größte Rolle spielt. Das sind ganz andere Faktoren, vom Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz über viele andere, Ärztemarkt und die dortigen Mangelerscheinungen u.dgl. mehr und sicher nicht das.

Ich komme zu den konkreten Fragen, weil ich Sie nicht auf die Folter spannen will und darf Ihnen vorweg sagen: Zu den Fragen 1 bis 6 ist festzustellen, dass es sich hier um die Ressortzuständigkeit von Landesrätin Mag. Doris Kampus handelt. Sie täten jetzt wahrscheinlich von Chaos sprechen, ich sage nur sachlich, das ist eine andere Zuständigkeit und darf darauf hinweisen, dass Sie aber die Auskünfte von mir bekommen, selbstverständlich nach Rücksprache in der Abteilung 11, Soziales, die dafür zuständig ist.

Es ist darauf hinzuweisen, dass sich die abgefragten Kosten des Gesundheitswesens auf alle Personen in der steirischen Grundversorgung beziehen. Das sind zwar grundsätzlich und zum allergrößten Anteil AsylwerberInnen, allerdings bleiben Asylberechtigte nach der Anerkennung noch bis zu vier Monaten auch in der Grundversorgung, genauso wie Personen mit subsidiärem Schutz. Diese sind somit in dieser Kostenberechnung enthalten, was aber wahrscheinlich für sie eh von Vorteil ist.

Zu Frage 1: Welche Kosten sind dem Land Steiermark im Jahr 2015 bisher – im Vergleich zum Vorjahr – durch Krankenversicherungszahlungen für Asylwerber erwachsen?

Im Jahr 2014 sind Kosten in der Höhe von 2.798.377,51 Euro, im Jahr 2015 sind bislang 3.034.302,32 Euro an Krankenversicherungsbeiträgen angefallen. Diese Zahlen sind der Gesamtaufwand, von dem mindestens 60 % vom Bund refundiert werden. Sollte ein Asylverfahren länger als ein Jahr dauern, übernimmt der Bund 100 % der Krankenversicherungszahlungen, daher ergibt sich eine Refundierung durch den Bund von durchschnittlich 70 %.

Zu Frage 2: An Krankenversicherungsbeiträgen wurden bezahlt: 2010 1.793.572,56 Euro, 2011 1.834.098,73 Euro, 2012 2.092.969,17 Euro, 2013 2.469.541,39 Euro. Auch hier – logisch, weil es sich ja überlappt mit der Antwort zu Frage 1 - handelt es sich um die vom Land Steiermark vorfinanzierten 100 % der Kosten, von denen der Bundesanteil in der Höhe von 60 %, durchschnittlich aber – wie oben beschrieben – 70 %, abzuziehen ist.

Zu Frage 3: Über die im Punkt 2 genannten Kosten sind unter der Bezeichnung „medizinische Leistung“ im Jahr 2014 Kosten in der Höhe von 7.850,58 Euro und im Jahr 2015 Kosten in der Höhe von 17.526,29 Euro angefallen. Auch hier handelt es sich um die vom Land Steiermark vorfinanzierten 100 % der Kosten, von denen der Bundesanteil -jedenfalls 60 %, wie bereits beschrieben, regelmäßig 70 % - abzuziehen ist.

Zu 4: Unter der Bezeichnung „medizinische Leistung“ werden Kosten verbucht, die unbedingt erforderlich, jedoch von der gesetzlichen Krankenversicherung nicht bezahlt werden. Diesbezügliche Ausgaben waren 2010 7.318,41 Euro, 2011 8.563,01 Euro, 2012 43.425,05 Euro, 2013 17.031,80 Euro. Auch hier gilt es wieder festzustellen, dass die 100 % der Kosten dargestellt werden, von denen 60 bzw. 70 % refundiert werden.

Zu 5: Für pflegebedürftige Asylwerberinnen und Asylwerber wurden im Jahr 2014 Kosten in der Höhe von 278.681,33 Euro und im Jahr 2015 Kosten in der Höhe von 179.454,51 Euro verbucht. Auch hier handelt es sich um die vom Land Steiermark vorfinanzierten 100 % der Kosten, von denen – wie bereits ausgeführt - der Bundesanteil abzuziehen ist, weil er refundiert wird.

Zu 6: Folgende Ausgaben für pflegebedürftige Asylwerberinnen und Asylwerber wurden verbucht: 2010 192.550,44 Euro, 2011 105.979,66 Euro, 2012 86.570,78 Euro, 2013 164.673,02 Euro. Im Übrigen gilt das zur Refundierung Gesagte.

Zu 7: Nach Rücksprache mit Landesrätin Mag. Doris Kampus darf ich Ihnen mitteilen, dass im Rahmen des Budgetierungsprozesses wird es zu Nachbedeckungen kommen müssen.

Zu 8 kann ich Ihnen auch nach Rücksprache mit Landesrätin Mag. Doris Kampus berichten, werden im Budgetierungsprozess 2016 die erforderlichen Mittel berücksichtigt werden.

Zu 9 kann ich Ihnen sagen: Derzeit gibt es keine Überlegungen seitens der Steiermärkischen Landesregierung, die Bundesregierung zu ersuchen, den Umfang der medizinischen Versorgungsleistungen zu beschränken.

Zu 10: Alle Patientinnen und Patienten werden in den steirischen Landeskrankenhäusern gleich behandelt, das ist gut so und soll so bleiben. Hier wäre ein Applaus angebracht in den verschiedenen Klubs. *(Heiterkeit unter den Abgeordneten - Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Zu 11: Gemäß dem gesetzlichen Versorgungsauftrag öffentlicher Spitäler in Österreich hat jede und jeder Hilfesuchende ein Anrecht auf medizinische Versorgung.

Zu 12: Nicht erst in der aktuellen Situation, sondern – wie bereits ausgeführt – auch schon anlässlich anderer internationaler Krisen, haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewiesen, dass sie in unseren Landesspitälern exzellente Leistungen erbringen konnten und auch die Vorkehrungen für allfällige Herausforderungen getroffen werden. In diesem Zusammenhang ist der Schutz der Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor ansteckenden Krankheiten besonders erwähnenswert. Hier ist die Abteilung für Krankenhaushygiene tätig und unterstützt mit Informationen und Empfehlungen. Wo notwendig, werden selbstverständlich auch besondere Schutzvorkehrungen getroffen.

Für die Kommunikation mit fremdsprachigen Patientinnen und Patienten und die teilweise notwendige Beziehung von Dolmetschern wurde ein verbindliches Vorgehen festgelegt: Im Intranet können Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die aktuellen Bedarf haben, binnen weniger Minuten alle relevanten Informationen finden. Dazu gehören selbstverständlich auch Dolmetsch-Listen im LKH Universitätsklinikum Graz und anderen Landeskrankenhäusern. Beispielhaft wird an allen Kliniken des LKH Universitätsklinikums Graz durchschnittlich fünf Mal täglich ein Dolmetscher angefordert. Möglich ist telefonische Unterstützung oder direktes Dolmetschen. Zum Teil gibt es auch MitarbeiterInnen, die dolmetschen und sprachkundige Personen von außerhalb des Klinikums, die sich zur Verfügung stellen. Weitere Problemlösungsansätze wie z. B. Videodolmetschdienste werden laufend und bedarfsabhängig von der KAGes geprüft. Weiters werden fremdsprachige Broschüren, die den MitarbeiterInnen im Intranet zur Verfügung stehen, angeboten. Zum Beispiel steht der Anamnesebogen in 15 Sprachen mit deutscher Übersetzung - weil sonst kann es auch gefährlich werden, wenn einer in einer Sprache ausfüllt, aber es kann keiner etwas damit anfangen – also mit deutscher Übersetzung zur Verfügung. Zudem werden Hilfestellungen im Intranet wie beispielsweise „Interkulturelle Kompetenz“ angeboten und auch diverse Aus- und Weiterbildungen.

Zu 13: Da es sich bei unseren Krankenanstalten um Einrichtungen öffentlichen Rechts handelt, ist zwischen offiziellen Meldungen, welche Handlungen auslösen müssen und informeller Kommunikation zu unterscheiden. Hinter dieser Formel verbirgt sich, dass wir keine offiziellen Nachrichten bekommen haben, aber selbstverständlich wird es immer wieder über einzelne Behandlungsfälle Gespräche, Geschichten, Mitteilungen u.dgl. geben. Ich habe ja in einem anderen Zusammenhang schon einmal gesagt, dass das Landeskrankenhaus und



Universitätsklinikum Graz u.a. auch einer der größten Gerüchte-Indikatoren des Landes Steiermark ist.

Zu 14: Alle Leistungen, die nicht von der gesetzlichen Krankenversicherung bezahlt werden, werden durch die Abteilung 11, Soziales, abgedeckt. Insofern wurde diese Frage bereits beantwortet. Alle weiteren, durch die gesetzliche Krankenversicherung gedeckten Leistungen müssen allerdings ebendort abgefragt werden. Daher kann diese Frage seriöser Weise vom Land Steiermark alleine nicht umfassend beantwortet werden. Also heißt, bei der Sozialversicherung, weil wir ja nicht über die Daten der Sozialversicherung verfügen.

Zu 15: Derartige Erkrankungsfälle, wie vom Kollegen Amesbauer auch zuvor beschrieben, unter Asylwerbern wurden im laufenden Jahr der steirischen Sanitätsdirektion nicht bekannt. Von Seiten des Bundesministeriums für Gesundheit sind zwei Schreiben (zitiert, 3. August 2015 und 5. August 2015) an die Landessanitätsdirektionen ergangen. Angesichts der Seltenheit der in der Frage erwähnten Erkrankungen sind diese Briefe nach Auskunft der Landessanitätsdirektion so verstanden worden, quasi als Erinnerung, damit auch bei Flüchtlingen an diese Erkrankungen gedacht wird. Sie erinnern sich, was ich zu Frankreich gesagt habe.

16 hat sich somit erübrigt.

Zu 17: Der Landessanitätsdirektion sind keine der genannten Erkrankungsfälle bei Asylwerbern bekannt geworden. Allerdings ist festzuhalten, dass es sich bei Schistosomiasis um eine nicht meldepflichtige Erkrankung handelt. Eine Infektion von Mensch zu Mensch ist aber glücklicherweise ausgeschlossen. Das ist nämlich eine Wurmkrankheit, die in warmen Binnengewässern mit Schnecken als „Zwischenwirt“ verbreitet wird. In Europa kam es im Sommer 2015 zu mehreren diagnostizierten Fällen eines importierten Läuserückfallfiebers bei Flüchtlingen aus Eritrea – hat es gegeben, bei uns nicht – und tatsächlich wurde 2014 in Tirol bei einem aus Afrika stammenden Immigranten Diphterie diagnostiziert. Diagnose und Behandlung konnten erfolgen. Man muss ja insgesamt festhalten: Diese außerordentlich seltenen Erkrankungen sind natürlich auch den Verhältnissen in den Herkunftsländern geschuldet und lassen sich regelmäßig hierzulande relativ problemlos behandeln

Zu 19: Ein gesundheitliches Problem geschwächter Menschen, nicht nur bei Migrantinnen und Migranten und nicht nur in Massenquartieren, ist die Tuberkulose. Hier gibt es immer wieder Untersuchungen. In den vergangenen drei Jahren erfolgten insgesamt 14.564 Lungenröntgenreihenuntersuchungen; die Anzahl an untersuchten Migrantinnen und Migranten und das Ergebnis zeigt folgende Tabelle: Also 14.564, alle Menschen zusammen,

davon 2012 - 658 Migrantinnen und Migranten, 1 TBC-Fall, 2013 - 765 Migrantinnen und Migranten 1 TBC-Fall, 2014 - 781 Migrantinnen und Migranten 2 TBC-Fälle.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit habe ich, glaube ich, alle Ihre Fragen beantwortet und sehe der entsprechenden Debatte entgegen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.53 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Danke Herr Landesrat für die Beantwortung. Ich eröffne nunmehr die gemeinsame Wechselrede zu diesen drei Dringlichen Anfragen und weise auf § 68 Abs. 5 unserer Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder, sowie HauptrednerInnen nicht länger als 20 Minuten und Debattenredner und –rednerinnen nicht länger als 10 Minuten sprechen dürfen. Als Erster Hauptredner liegt mir vor Klubobmann Kunasek. Ich bitte ihn zum Rednerpult.

**LTAbg. Kunasek - FPÖ (12.54 Uhr):** Ja, herzlichen Dank Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich sage jetzt ganz offen, nach der Runde der Beantwortungen ist zum einen festzustellen, dass bei der einen oder anderen Beantwortung mehr Fragen aufgeworfen wurden, als beantwortet wurden. Auf der anderen Seite aber auch interessante Detailinformationen zur erfahren waren. Aber meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zunächst auf die Beantwortung von Landeshauptmann Schützenhöfer eingehen, wo es ja durchaus - nicht nur für mich, sondern auch für andere – Widersprüchlichkeiten gegeben hat, wo ich ganz offen sage, da bitte ich vielleicht auch noch einmal um Aufklärung. Auf der einen Seite, meine sehr geehrten Damen und Herren, spricht man richtigerweise von der Sicherung von Außengrenzen als notwendige Maßnahme. Ich möchte daran erinnern, dass es auch so vorgesehen ist, dass natürlich auch die Europäische Union ihre Außengrenzen entsprechend sichert, es aber leider bis dato, wie man sehen muss, auch in Griechenland als Beispiel, Bodrum, Kos, bis dato nicht möglich ist. Und auf der anderen Seite will man aber keine neuen Zäune oder Mauern aufziehen. Ja meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen uns doch auch endlich einmal eingestehen, dass, wenn wir die durch die Europäische Union, nämlich wir, ihr, selbst auferlegten Regeln einhalten wollen, natürlich auch eine Grenzsicherung sicherzustellen ist, auch wenn es dem einen oder anderen nicht passt. Und ich sage auch ganz offen, und wir haben diese gleiche Diskussion mehrmals schon im Parlament geführt, auch jetzt immer wieder geführt, da ist es natürlich auch notwendig – und da gebe ich

dem Landeshauptmann Recht – auch solidarisch mit anderen Ländern zu sein, sie dabei zu unterstützen, aber ganz klar auch zu sagen: Ein Europa ohne Grenzen führt nur dazu, dass wir die jetzige Massenzu- und –einwanderung nach Europa nicht verhindern werden, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Was auch bemerkenswert ist, dass immer wieder von der Differenzierung gesprochen wird. Differenzierung - auch jetzt wieder vom Landesrat Drexler, auch vom Landeshauptmann, nicht wohl gemerkt von der Landesrätin Kampus – nämlich Differenzierung zwischen den Verfolgten, die lt. Genfer Konvention logischerweise und klarerweise Schutz und Hilfe brauchen und jenen, die als Wirtschaftsflüchtlinge auch abgelehnt werden, rechtsstaatlich abgelehnt werden, zwar dort und da heute in der Diskussion zwar aufgebracht worden ist, aber nicht näher definiert wurde. Auch nicht definiert wurde, wie wir mit den rd. 70 %, die abgewiesen werden, in Zukunft auch weiter vorgehen wollen, wo wir heute wissen, dass im Bereich der Abschiebungen massivste Probleme auch da sind. Abschiebungen sind nicht nur sehr teuer, sondern natürlich oftmals auch verunmöglicht werden, weil natürlich auch hier Anweisungen gegeben werden von Vereinen, NGO's, wie man sich bei Abschiebungen zu verhalten hat. Auch hier hätte ich mir – heute hier – erwartet, dass man ganz klar diese Differenzierung trifft und vielleicht auch nach Lösungen sucht, wie man diese Differenzierung – und im Rechtsstaat sind es Verfahren – so rasch wie möglich entsprechend sicherstellt. Was auch bemerkenswert ist, und wie gesagt, das war ja eigentlich der große Inhalt der ersten Dringlichen Anfrage, dass das Durchgriffsrecht, und das haben wir heute schwarz auf weiß vom Landeshauptmann zur Kenntnis genommen wird, als, immer wieder gefallen, Ultimo Ratio auch sozusagen eingesetzt werden kann. Und Herr Landeshauptmann, dass es bis dato noch nicht eingesetzt wurde hat einen ganz einfachen Grund: Es gibt dieses Gesetz ja noch nicht und es bleibt noch immer auch die Hoffnung – jetzt noch einmal auch an unsere Bundesräte, die heute hier sind, auch an die Abgeordneten zum Nationalrat – dass man jetzt im September, wo dieses Gesetz auch in den Ausschüssen verhandelt wird, wo man jetzt auch dann die Beschlussfassung im Parlament Ende September treffen möchte, dann vielleicht auch noch ein Umdenken herbeiführt. Ich würde mir auch wünschen, dass wir uns seitens des Landtages durchringen können, zu diesem Gesetz eine entsprechende Stellungnahme abzugeben, um damit auch unseren Vertretern im Nationalrat einen Arbeitsauftrag mitzugeben und das Gleiche für unsere Vertreter im Bundesrat, die in letzter Konsequenz auch die Interessen der Länder entsprechend vertreten müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)*

---

Zur Anfragebeantwortung der Frau Landesrätin Kampus: Ich sage danke, dass Sie uns diese Zahlen liefern, die uns jetzt auch ... ja, Zahlen, Daten, Fakten, die man braucht, auch entsprechend, um politische Arbeit zu machen. Aber was mich schon verwundert ist, dass Sie nicht bereit sind – dass Sie nicht bereit sind – den Begriff, oder den Vorwurf der Hetze, den Sie ja in einer Pressekonferenz letzte Woche auch dem dritten Präsidenten Kurzmann vorgeworfen haben, zurückzunehmen und auch nicht bereit sind, hier eine entsprechende Entschuldigung auch irgendwo sicherzustellen. Im Gegenteil, sich heute noch einmal über den Umstand und die Tatsache zu beschweren, dass Landesrat Kurzmann, ehemaliger Landesrat Kurzmann, heute Landtagspräsident und Abgeordneter dieses Hauses ist, aber selbstverständlich auch ein Landesparteiobermann einer politischen Bewegung ist, der fast 27 % der Wähler auch zu vertreten hat und deshalb sich sicherlich nicht, Frau Landesrat, den Mund von Ihnen verbieten lassen wird und sicherlich nicht den Mund von diesem Landtag verbieten lassen wird, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)*

Und einen Vorwurf müssen Sie sich schon gefallen lassen, Frau Landesrat: Sie sprechen heute davon, dass Sie dann informieren, nämlich wenn es im Bereich der Gemeinde um Informationspflicht geht, dass Sie dann informieren, wenn es konkret wird. Ja, wer definiert denn, wann es konkret wird? Ist es konkret, wenn es Verhandlungen gibt? Ist es konkret, wenn einquartiert wird? Oder wann ist es konkret? Ich bleibe dabei, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu empfehlen, sobald es Überlegungen gibt in einer Gemeinde, mit den Betroffenen gemeinsam nach Lösungen zu suchen und nicht abzuwarten, bis irgendwo eine Halle gefunden wird dann dort die Vereine, die Trägerorganisationen, oder wer auch immer dort beurteilt, bereits aus- und einmarschieren, Beamte der Landesregierung dort waren und man sich dann wundert, dass die Bevölkerung verunsichert ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Information schaut anders aus. Und ich bedaure es sehr, dass es hier kein Umdenken Ihrerseits gibt. *(Beifall bei der FPÖ)* Ich befürchte deshalb auch, dass es hier zu keiner Trendumkehr in der Politik, insgesamt der Landesregierung, geben wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend noch zum Landesrat Drexler, der in gewohnt rhetorisch gewandter Art und Weise - das muss man ihm ja zugestehen - diese Anfrage beantwortet hat. Trotzdem lassen wir bitteschön nicht zu, nämlich dass unsere Begründung der Dringlichen Anfrage als flapsig dargestellt wird, oder oftmals flapsig dargestellt wird, aber sich der Landessanitätsdirektor sehr wohl auch zu einer flapsigen, nämlich, ja flapsigen Bemerkung hinreißen lässt, über die Medien auszurichten, dass: „... das Schreiben, ein Blödsinn, das gibt es doch alles gar nicht“ als solches abgetan wird. Meine sehr

geehrten Damen und Herren, auch der Herr Landessanitätsdirektor hat sich an die Fakten zu halten. Und es verwundert mich sehr, wenn man bei einer Pressekonferenz das Schreiben in die Kamera hält, dass dann der Herr Landessanitätsdirektor behaupten kann, er kenne das nicht. Also entweder hat er das nicht gelesen, ist das schon nicht in Ordnung, und wenn er es gelesen hat und es als „Blödsinn“ bezeichnet, ist es auch nicht besser, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und hier uns Flapsigkeit vorzuwerfen ist schon ein bisschen auch sarkastisch. *(Beifall bei der FPÖ)* Herr Landesrat, abschließend – abschließend – sage ich nur, weil Sie ja auch immer wieder historische Vergleiche ziehen und wir haben heute schon ganz zu Beginn der Debatte auch über die historischen Entwicklungen in Österreich, was Thema Asylzuwanderung usw. betrifft, ja gesprochen, aber eines muss uns schon klar sein: Wir leben heute im Jahr 2015 und wir leben in einer Situation, wo es Antworten braucht. Wo es Antworten braucht, wo ich jetzt vernommen habe gerade im Internet, dass der Herr Außenminister schon ein bisschen weiter ist – nämlich der ÖVP-Außenminister in diesem Fall, nämlich Sebastian Kurz – als Sie es hier sind, nämlich der ganz offen sagt: „Wir brauchen konsequente Sicherung der Außengrenze“, der offen sagt *(LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko: „Hat der Herr Landeshauptmann genau gesagt!“)*, „wir brauchen Hilfe auch in den betroffenen Ländern, damit auch dort bereits Asylanträge sichergestellt werden können“, und nicht das, was wir hier heute diskutieren, nämlich eine durchgehende Symptombekämpfung stattfindet, sehr geehrte Damen und Herren. *(LTAbg. Karl Lackner: „Haben wir heute alles schon gehört!“)* Das ist Symptombekämpfung, die wir heute hier diskutieren und keine Lösung.

Deswegen werde ich jetzt einen Antrag einbringen, meine sehr geehrten Damen und Herren, um hier auch Lösungen vorzuschlagen. Nämlich Betreff: Sofortmaßnahmen zur Bewältigung des Flüchtlingsstromes.

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. an die Bundesregierung heranzutreten und nachfolgende Punkte einzufordern:
  - Zeitliche Straffung des Asylverfahrens in erster Instanz auf maximal drei Monate bei verpflichtendem Aufenthalt in einer Betreuungsstelle;
  - Einführung eines absoluten Neuerungsverbot, so dass Asylverfahren nicht über Jahre in die Länge gezogen werden können;
  - Keine Verfahrenseröffnung bei Asylanträgen von Personen aus sicheren Herkunftsstaaten;

- Sofortige Verfahrenseinstellung beim Versuch des Erschleichens der Asyleigenschaft, bei Täuschung der Behörden über die Identität des Antragstellers und bei selbstverschuldeter Nichtvorlage von Reise- oder Ausweisdokumenten des Asylwerbers;
  - Einstellung des Asylverfahrens bei straffällig gewordenen Asylwerbern und konsequente Abschiebung bei rechtskräftiger Verurteilung;
  - Keine Mindestsicherung und Familienbeihilfe für Asylanten mit positivem Aufenthaltstitel;
  - Einführung von Grenzkontrollen;
  - Keine Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber, denn eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis hätte vor allem bei minderqualifizierten Berufsgruppen einen Verdrängungswettbewerb ungeahnten Ausmaßes zur Folge;
  - Verstaatlichung der Flüchtlingsbetreuung;
2. im Wirkungsbereich des Landes Steiermark nachfolgende Punkte umzusetzen:
- Obligatorische Zustimmung des Gemeinderates vor der Errichtung von organisierten Unterkünften;
  - Informationspflicht des Landes gegenüber der Gemeinde bei Unterbringung von Asylwerbern in individuellen Unterkünften;
  - Sicherstellung einer ausgewogenen Verteilung von Asylwerbern innerhalb der Steiermark;
  - Reduzierung der Leistungen aus der Grundversorgung;
  - Keine Gewährung von Grundversorgungsleistungen für Personen aus sicheren Drittstaaten und EU-Mitgliedsländern;
  - Verstaatlichung der Flüchtlingsbetreuung durch Schaffung einer ausgelagerten Gesellschaft des Landes Steiermark, die ausschließlich für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge verantwortlich zeichnet;
  - Keine Errichtung von Flüchtlingsquartieren im Umkreis von Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen sowie in Wohngebieten.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, ich bitte Sie, diesen Antrag einmal wirklich auch in der Begründung zu lesen und auch über die einzelnen Punkte nachzudenken. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit diesen ersten Maßnahmen, die zugegebener Weise zum Großteil auch Symptombekämpfungsmaßnahmen sind, weil wir hier nicht die Kompetenz haben, ein Weltproblem zu lösen, sicherlich dazu beitragen werden, um in der Steiermark das Chaos einigermaßen in den Griff zu bekommen. *(Beifall bei der FPÖ - 13.05 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Als Nächster auf der Rednerliste ist der Abgeordnete Kurzmann. Ich bitte ihn zum Pult.

**LTAbg. Dr. Kurzmann - FPÖ (13.06 Uhr):** Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Asylpolitik Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland hat trotz des gültigen Dublin-Verfahrens und des Schengener Abkommens zu den bekannten chaotischen Zuständen geführt, die uns die Fernsehbilder täglich am Abend in die Wohnzimmer gebracht haben. Wenn Bundeskanzler Werner Faymann in der gestrigen ZIB1 wörtlich einräumt: „Man muss sich in Zukunft bei der Grenzsicherung“, und ich zitiere ihn: „wieder an die Gesetze halten“, meine Damen und Herren, dann gibt er unumwunden Gesetzesbruch durch die rot-schwarze Bundesregierung zu. Und wenn die ORF-Journalistin Thurnher gestern am Abend mit einer Runde über die Frage diskutiert hat: „Reagiert die Europäische Union beim Asylthema planlos, ratlos, machtlos?“, dann ist die Antwort hier auch eindeutig. Nein, meine Damen und Herren, und Sie kennen mich, ich bin kein Verteidiger dieser Europäischen Union. Nicht die Europäische Union hat in erster Linie in der Asyl- und Flüchtlingsfrage versagt, versagt hat in der Bundesrepublik Deutschland das Duo Merkel/Gabriel und in Österreich Faymann und Mitterlehner. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine Sympathie und die Sympathie vieler tausender Österreicher gehört dagegen eindeutig Viktor Orbán, der die Politik des Rechtsbruches durch Berlin und Wien nicht mitgemacht hat. Und glücklicher Weise wird er dabei von Polen, von der Slowakei, von Tschechien und auch den baltischen Staaten unterstützt, die sich mit Rücksicht auf die schwierige Wirtschaftslage ihrer Staaten keine Zuwanderung sich aufoktroieren lassen, wie das bestimmte Herrschaften sich in Brüssel vorstellen. Und Herr Landeshauptmann, eine Frage, weil ich glaube, Sie nicht richtig verstanden zu haben: Mir ist vorgekommen, dass Sie Viktor Orbán als einen Despoten

bezeichnet haben. Also eine unglaubliche Entgleisung für einen Landeshauptmann. Viktor Orbán ist demokratisch gewählter Ministerpräsident in Ungarn und er ist auch der Führer einer Bruderpartei von Ihnen, nämlich der Fidesz, die uns größten Respekt abnötigt. Wenn man sich anschaut, was im Duden als Despot angeführt wird, dann ist das ein Gewaltherrscher, ein tyrannischer Mensch. Ich finde, das können Sie hoffentlich nicht wirklich ernst gemeint haben. *(Beifall bei der FPÖ)*

Meine Damen und Herren, wir steirischen Freiheitlichen haben die Fremdenpolitik und die Asylpolitik im Wahlkampf klar angesprochen. Für uns war immer klar: Konventionsflüchtlinge ja, wenn es sich dabei wirklich um Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention handelt, d.h. wenn festgestellt ist nach einem offiziellen Verfahren, dass es sich dabei um Konventionsflüchtlinge handelt. Wir haben als Freiheitlich aber auch immer klar gesagt: Massenzuwanderung unter dem Deckmantel der Asylpolitik, das akzeptieren wir nicht und das ist die Hauptfrage in dieser ganzen Asyldebatte, die zum Teil auch verlogen geführt wird. Die steirischen Wähler, meine Damen und Herren, haben diese unsere klare Politik mitgetragen. Die Freiheitliche Partei war die einzige Partei, die bei den vergangenen Landtagswahlen nennenswert dazugewonnen hat, wir wurden gestärkt. Wir leiten von diesem Vertrauensvorschuss, den uns zigtausend Wähler erstmals in diesem Land gegeben haben, unsere besondere Verantwortung für die Flüchtlingspolitik ab und setzen das, was wir den Menschen im Wahlkampf versprochen haben, nämlich sie nicht zu ignorieren, nicht über sie drüberzufahren, mit der heutigen Sitzung auch konsequent fort. *(Beifall bei der FPÖ)* In Zeiten einer Rekordarbeitslosigkeit – und Mario Kunasek hat das bereits eindrücklich dargelegt – in Zeiten einer Massenarbeitslosigkeit hat die österreichische Politik sich in erster Linie um die österreichischen Arbeitslosen zu kümmern und sich nicht um die Arbeitslosen der gesamten Welt Gedanken zu machen. *(Beifall bei der FPÖ)* In Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise ... *(LTabg. Schwarz: „Wir sind ja nicht beim FPÖ-Parteitag! Fünf Jahre nichts weitergebracht und jetzt stellt er sich da her ... unglaublich!“)* ... kommen Sie raus, melden Sie sich zu Wort und dann können wir drüber diskutieren. In Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise, meine Damen und Herren, *(LTabg. Schwarz: Unverständliche Zwischenrufe)* in der die heimische Wirtschaft schrumpft und nicht wächst – auch ein Ergebnis Ihrer Politik – braucht das Land keine Massen von unqualifizierten Arbeitslosen, die uns in weiterer Folge dann bloß auf der Tasche liegen. In Zeiten dramatisch steigender Ausländerkriminalität – und ich lass mich da von meiner Meinung nicht abbringen, *(Durcheinanderrufen der Abgeordneten von SPÖ, ÖVP und Grüne)* sondern ich sage das



genauso offen, wie Ihre Vertreter, hat die steirische Bevölkerung und hat die österreichische Bevölkerung Vorrang, die Sicherheit unserer Bevölkerung Vorrang vor allen anderen Überlegungen. *(Beifall bei der FPÖ)* Die Aufrüstung der Polizei, nämlich sowohl personell als auch materiell, ist ein Gebot der Stunde. Dafür stehen wir Freiheitlichen in der Steiermark als soziale Heimatpartei und dafür sind wir auch gewählt worden. Nehmen Sie das zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ)* Die Faktenlage, meine Damen und Herren, ist klar und unbestreitbar. Im heurigen Jahr ist in Österreich die Zahl der Asylanträge geradezu explodiert. Es hat 28.311 Anträge gegeben, das ist ein Plus von 213 % gegenüber dem Vorjahr. Die Grundversorgung der Asylwerber kostete dem steirischen Steuerzahler 27,1 Millionen Euro, Tendenz deutlich steigend. Und meine Damen und Herren, kommen Sie uns beim nächsten Budget nicht mit weiteren Einsparungsvorschlägen für die eigene Bevölkerung, wenn Sie in der Fremdenpolitik genug Geld vorfinden, um es auszugeben. *(Beifall bei der FPÖ)* In den steirischen Asylheimen wurden in den vergangenen Jahren zwischen 2012 und 2014 über 200 Polizeieinsätze durchgeführt. Im vergangenen Jahr hat die österreichische Polizei allein 1.016 Asylwerber als Tatverdächtige ausgeforscht. Soviel zu dieser multikulturellen Bereicherung. Das Asylantenheime häufig Suchtgiftzentren sind, meine Damen und Herren, geht aus den Berichten des Bundesinnenministeriums eindeutig hervor, darüber brauchen wir gar nicht zu diskutieren.

Und nun noch einige Anmerkungen zur Pressekonferenz von der Frau Landesrat Kampus vor einer Woche. Frau Kampus, Ihr Vorwurf, ich stünde an der Spitze einer Hetzkampagne der FPÖ, ist eine unglaublich infame Unterstellung, die ich ganz deutlich zurückweise und die offensichtlich nur dazu dient, um von Ihrem eigenen Versagen, von ihrer eigenen politischen Unfähigkeit abzulenken. *(Beifall bei der FPÖ)* Wo waren Sie in den vergangenen Wochen, wo sich Hans Niessl, aber auch Wilfried Haslauer sehr deutlich zu Wort gemeldet haben? Da waren Sie auf Tauchstation und Sie haben Ihre Sprache erst wiedergefunden, als die Medien über diese Freiheitliche Initiative, nämlich die Initiative zu dieser Sondersitzung, berichtet haben.

In der Demokratie gibt es ein ehernes Gesetz, das heißt: Der Wähler hat immer Recht. Und der steirische Wähler hat am 31. Mai nicht Ihre Partei gestärkt, sondern uns Freiheitliche. Auch den Umstand, dass Ihr früherer Chef, Franz Voves, sich mit seinem Vorwurf gegenüber der Freiheitlichen Partei, wir seien Hetzer und Rattenfänger - selbst politisch versenkt hat und den Landeshauptmannposten in der Steiermark verspielt hat, scheint Ihnen noch nicht gedämmert zu sein.

Meine Damen und Herren, was ich demokratiepolitisch allerdings für bedenklich halte ist, dass Sie als sozialistisches Regierungsmitglied, Frau Kampus, mir als Abgeordneten dieses Hauses das Recht auf freie Meinungsäußerung absprechen wollen. (*LTabg. Schwarz: „Ich erwarte mir von einem Präsidenten, dass er den Parteinamen richtig ausspricht!“*) Das hat überhaupt noch niemand geschafft, meine Damen und Herren. Es ist so absurd wie lächerlich, dass Sie mir als den gewählten Landesparteiobmann der Freiheitlichen Partei vorwerfen, eine Initiative meiner Partei zu unterstützen. Erinnern Sie sich vielleicht an Ihre erste Lateinstunde – hoffentlich haben Sie es gelernt – „si tacuisses“ wäre auch da der richtige Ratschlag gewesen. (*Beifall bei der FPÖ*)

So, jetzt wieder zurück zum Wesentlichen, meine Damen und Herren. Ich bringe den Entschließungsantrag meiner Fraktion ein.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für die Einführung temporärer Grenzkontrollen einzusetzen.

Das hat gestern schon Herr Faymann angekündigt, aber wir wissen ja, wie das mit den Versprechen der Regierungschefs oder des Regierungschefs in den letzten Jahren so gelaufen ist. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der FPÖ - 13.15 Uhr*)

**Präsidentin Dr. Vollath:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Schönleitner.

**LTabg. Schönleitner - Grüne (13.16 Uhr):** Danke, Frau Präsidentin! Frau Landesrätin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Kollege Kurzmann, der Angriff jetzt auf die Soziallandesrätin war aus meiner Sicht nicht passend, denn sie hat aus meiner Sicht auf nichts anderes erinnert - das kann man in so einem Haus schon auch tun - das halt das Präsidentenkollegium dieses Hauses eine besondere Verantwortung hat, Herr Kollege Kurzmann, wenn es darum geht eine politische Debatte zu führen. (*LTabg. Amesbauer, BA: „Maulkorb hat er keinen, oder?“*) Einen Maulkorb, Herr Kollege Amesbauer, hat niemand einem erteilt, aber es ist schon die Frage, wenn ich jetzt den Dritten Präsidenten des Landtages hier in seiner Emotion gesehen habe und in seinem Auftritt, ob dies angesichts der Ereignisse, die das letzte Wochenende gebracht hat, wo es wirklich um essentielle menschenrechtliche Dinge gegangen ist, angebracht ist. Dass man

sich vielleicht von einem Präsidenten, und so würde ich die Frau Landesrätin interpretieren, ein etwas umgänglicheres Vorgehen erwartet als das von einem Klubobmann ist oder vom Kollegen Amesbauer, von dem wir das ja gewohnt sind, das ist legitim. (*Heiterkeit unter den Abgeordneten*) Aber niemand, niemand – und das ist schon wieder eure Opferrolle, in die ihr halt ganz schnell hineingeht – hat irgendwie gesagt, ihr könntet da eure Anfragen nicht stellen, nicht eure Fragen stellen oder es gäbe keine freie Meinungsäußerung. (*Präsident Dr. Kurzmann: „Das ist in einer Demokratie selbstverständlich.“*) Das hat ja niemand gesagt. Ihr müsst euch aber schon in einer gewissen Weise bewusst sein – und ich glaube, das war Kollege Amesbauer oder war es Klubobmann Kunasek, der von der Tragweite gesprochen hat. (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Das war ich, ja.“*) Du warst das – von der Tragweite. Ich habe den Eindruck, wenn ich euch heute hier zugehört habe, der FPÖ, dass euch die Tragweite der letzten Tage nicht bewusst gewesen ist. Denn wenn sich der Klubobmann der FPÖ hier heraußen herstellt und z. B. sagt, es sei schon wieder – wie es schon immer und so oft war bei der FPÖ – irgendein Bild gefälscht worden, das medial transportiert worden war, dass ja alles falsch wäre und es würde das alles nicht geben, so macht ihr genau das Gleiche, was ihr die letzten Jahre immer wieder gemacht habt, nämlich der Bevölkerung mitzuteilen man wird angeschwindelt, da werden dramatische Bilder gezeigt, es würde den Menschen schlecht gehen. (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Das ist unglaublich.“*) Ich glaube – du kannst dich noch einmal melden, Kollege Amesbauer. Die Dinge, die wir in den letzten Wochen in Österreich gesehen und erlebt haben, wir kennen die Sache mit den LKW in Parndorf auf der Autobahn, 71 Tote; wir kennen die Bilder aus dem Mittelmeer, die Frau Soziallandesrätin hat das Bild mit dem Kind erwähnt, dann wird niemand bestreiten, dass diese Bilder echt sind, dass die Situation für die Menschen, die zu uns kommen und unsere Hilfe brauchen, dramatisch ist. Jeder, der die Bilder vom Westbahnhof gesehen hat, wie die österreichische Bevölkerung hier auch wirklich geholfen hat, weiß, es ist unangebracht, Kollege Amesbauer, einen solchen Landtag, wenn man auch etwas thematisieren will, nicht auch dazu zu nutzen, dass jede politische Kraft – und das wäre glaube ich wichtig gewesen an diesem Tag – hier doch auch die massive Hilfe der Bevölkerung anerkennt, die gegeben wurde. Ich glaube, das war wirklich ein schönes Zeichen, das Österreich hier gegeben hat, das auch die Steiermark gegeben hat, das viele private Personen gegeben haben, die eben einmal eine ganz andere Stimmung in diesem Land hat aufkommen lassen, als das oft der Fall war. Es ist euch über Monate und Jahre mit eurer Hetzkampagne, mit euren Angstargumenten gelungen, Fuß zu fassen. Ich glaube, die letzten Tage, und das war das Schöne über alle Parteigrenzen hinweg,

haben uns eines gezeigt, dass Österreich in der Lage ist zu helfen, dass wir in der Lage sind solidarisch zu sein und dass bei uns jeder, der verfolgt ist, der um sein Leben kämpft, natürlich Zuflucht bekommt. Da könnt ihr nicht mit. Ich glaube, es wäre an diesem Tag ein Zeichen, ein Mindestmaß an politischem Gefühl gewesen – ihr redet ja immer so viel ihr habt mehr Gespür und Gefühl für die Politik –, es wäre doch ein Zeichen der FPÖ gewesen, nämlich einerseits das Leid der Menschen in wenigen Sätzen anzusprechen und zweitens der österreichischen Bevölkerung und den vielen Menschen in der Zivilgesellschaft, die geholfen haben, hier auch Anerkennung auszusprechen. Nicht einmal das war möglich und ich glaube, das zeigt auch welche Politik die FPÖ hier weiterverfolgt.

Wenn man sich die Problematik ansieht, so ist es ja nicht so, das muss man auch selbstkritisch sagen – ich glaube, das hat der Herr Gesundheitslandesrat in seiner Rede auch sehr treffend gesagt, dass alles in Ordnung wäre. Das wird niemand sagen. Ich glaube, das europäische Versagen in den letzten Wochen, in den letzten Monaten, das war fatal. Ich glaube, es war auch peinlich. Wenn wir jetzt sehen – ich glaube gestern war die Meldungen wieder, dass man offenbar nicht einmal in der Lage ist einen Flüchtlingsgipfel zu veranstalten, um diese Situation anzuschauen. Da sieht man, dass Europa – und ich bin absolut europäisch eingestellt – bei dieser Frage, das ist auch schon bei anderen Fragen sichtbar gewesen, aber bei dieser Frage letztendlich sehr kläglich über Monate, wahrscheinlich schon über längere Zeit, scheitert. Denn, wenn man sich die Daten und die Aussagen des UNHCR angesehen hat, dann haben wir ja gewusst, es wird irgendwann was kommen, es wird was passieren, wir müssen darauf vorbereitet sein. Das ist letztendlich europäisch nicht gelungen. Wenn in einer so zentralen Frage eine europäische Wertegemeinschaft es nicht schafft früh genug sich darauf einzustellen die Länder vorzubereiten, sei es durch welche Maßnahmen und Regelungen auch immer hier ein sicheres Herkommen für Menschen möglich zu machen ... – denn das ist ja auch so: Ihr redet von sicheren Grenzen. Ja, wenn ich herinnen bin, dann ist es sowieso klar; zumachen ist euer Stil, Stacheldraht und das wäre Sicherheit. Aber, Kollege Amesbauer, ich sage dir, das ist keine Sicherheit. Grenzen abschotten, die Grenzen zuzumachen, das ist in der weltpolitischen Situation, in der wir sind, keine Lösung mehr. Wenn wir den sozialen Frieden für unsere Bevölkerung auch wollen, für unsere Menschen, auch für unsere Wirtschaft – das muss man dazusagen, dann wird es wohl notwendig sein, dass wir gebührende Regelungen, angepasste Regelungen und einen Umgang mit dieser Problematik schaffen. Was bei uns sicher ist, weil die Grenzen zu sind, ist für jene Menschen, die zu Tausenden bei dieser Flucht schon „draufgegangen“ sind, die ums Leben gekommen sind, keine Sicherheit. Es ist genau

das Gegenteil. Ich bin schon sehr vorsichtig. Ich verstehe schon, dass der Herr Bundeskanzler jetzt sagt: „Das kann nicht so weitergehen“, aber ich bin schon vorsichtig, wenn er gestern bei einem Interview gesagt hat: „Jetzt müssen wir dann wieder zum Normalzustand übergehen.“ Ich sage auch ganz klar: Der Normalzustand, den er vielleicht gemeint hat, wenn es das ist, was wir die letzten Wochen gehabt haben, dass nämlich Menschen nicht hergekommen sind, dass sie unter teilweise schlimmen Bedingungen in Ungarn, die sie vorgefunden haben, hier diese Zufluchtsmöglichkeit in Österreich nicht mehr haben, dann ist das nicht das, was ich will. Darum wird es jetzt wahrscheinlich Schnellmaßnahmen brauchen und es wird auch, auch wenn jetzt von diesen 14.000 bis 15.000, die Richtung Deutschland quasi durchgezogen sind, weil dort das Ziel ihrer Flucht ist, erforderlich sein, dass wir in den nächsten Wochen eines tun, und das wünsche ich mir auch von der steirischen Politik, es wurde ja viel getan in den letzten Monaten, es ist viel besser geworden. Ich darf einmal daran erinnern, es ist wieder gesagt worden: „Die Gemeinden werden nicht eingebunden.“ Ich habe es gerade bei mir in meinem engeren Umgebungsbereich erlebt, wie das mit dem Stift Admont war. Ein Kooperationsprojekt mit der Diakonie, wo schon sehr lange versucht wurde, auch mit Personen aus der Region hier wirklich ein Projekt auf die Beine zu stellen, das glaube ich ein Vorzeigeprojekt werden könnte – und das funktioniert auch. Also diese Stimmung, die ihr immer wieder gebt, dass das immer so furchtbar wäre, so dramatisch und alle Gemeinden werden nur überfahren, das ist nicht richtig. Eines müssen wir halt auch sagen, wenn ihr sagt, und das sagt ihr: „Die Verteilung funktioniert nicht“, ja dann braucht es Maßnahmen und die Durchgriffsgeschichte mit der Gesetzgebung jetzt, der neuen, die kommen soll, die war halt eine Folge davon. Wenn wir es nicht schaffen, und wir haben es offenbar nicht geschafft, darum ist es auch zu Konzentrationen gekommen – auch wir haben sie immer wieder kritisiert, wie es im Mürztal der Fall war, weil das für jene, die unsere Hilfe brauchen, ganz schlecht ist und auch für die Menschen vor Ort natürlich kein optimaler Zustand. Ja, da wird es Mechanismen brauchen. Da möchte ich schon einmal von der FPÖ wissen: Was ist denn dann euer Ansatz? Ihr sagt immer nur „Grenzen zu, dichtmachen, das wäre es dann“. Das wird nicht funktionieren, das wird unseren Frieden in Europa in keiner Weise natürlich sichern. Es ist ein europäisches Problem. Wir haben 28 Mitgliedsstaaten, derzeit ist es so, ich glaube, dass drei Staaten – das sind Schweden, die Bundesrepublik Deutschland und Österreich – einen sehr hohen Anteil dieser Flüchtlinge aufnehmen, das ist Faktum. Ich glaube es muss Ziel sein, möglichst rasch die europäische Politik dorthin zu bringen, hier wirklich gemeinsam zu agieren und auch – und ich sage das ganz bewusst – einen legalen

---

Zugang für Menschen zu schaffen, die unsere Hilfe brauchen. Es kann nicht sein, dass man außen wieder dicht macht und wir letztendlich sagen: „Ja, da ist jetzt Europa und alles andere wird zugemacht“. Das wird uns am Ende diese Sicherheit, von der ihr immer sprecht, ganz sicher nicht bringen, weil dann wird das Problem weiter explodieren.

Wenn ich es richtig gehört habe, hat der Klubobmann der FPÖ, Kunasek, gesagt, er rechnet mit 18.000 Flüchtlingen in der Steiermark – das war seine Rechnung. Wir haben jetzt in etwa bei diesem 14%-Anteil in der Steiermark 6.000/7.000, die in der Grundversorgung drinnen sind. Das ist die Zahl, die wir haben – das wäre das Dreifache. Ich sage dir, Kollege Amesbauer, würden wir gut vorbereitet sein und würden wir uns alle gemeinsam bemühen, dann könnten wir auf so eine Zahl, wenn sie am Ende auch nicht kommt, in der Steiermark durchaus gelassen hinsehen. Das würde uns gelingen. Wenn eines nicht passiert, dass nämlich der soziale Konflikt von der FPÖ – in dem Fall wieder von euch – angeheizt wird und halt in jeder Gemeinde eine Debatte geführt wird, ob das denn überhaupt noch geht, und es geht ja so weit, das hat mich schon auch gestört, diese Geschichte mit der Gesundheit und den Krankheiten hier zu bringen. Ich sage euch ganz ehrlich, das ist letztklassig. Da kommen Menschen zu uns, dann stellt ihr euch daraus (*LTA*bg. *Ambesbauer, BA: Unverständlicher Zwischenruf*) – ich glaube, das ist euch gar nicht bewusst geworden, wie ihr die Anfrage eingebracht habt: „Was heißt denn das für Kinder?“. Kinder, ich nehme ganz bewusst Kinder her, wenn du sagst, es soll eine eingeschränkte medizinische Versorgung geben. Ja, ist das denn nicht dramatisch, wenn in einem Landtag wie dem Steirischen sich eine Partei herstellt und sagt: „Dann machen wir Unterschiede. Das sind unsere Kinder, das sind die anderen Kinder.“ Diese Einschränkungen sind doch völlig sinnlos. Ich meine, es ist doch das Mindeste, was man einem Menschen zugestehen muss – speziell auch Kindern und speziell auch kranken Menschen, dass es medizinische Versorgung gibt. Ja, habt ihr nicht gesehen, wie die Menschen in den letzten Tagen geholfen haben? Die sind in den letzten Tagen am Bahnhof gestanden. Die haben Materialien hingebacht, sie haben sie mit Essen versorgt. Es gibt in der Steiermark tolle Initiativen. Mein Bürgermeister, oben in Admont, hat mir erzählt, er bekommt Anrufe, es wollen auch private Menschen Flüchtlinge einquartieren. Also die Hilfsbereitschaft ist ja letztendlich groß, die ist ja vorhanden. Darum ist es ein bisschen schwierig, wenn angesichts der Ereignisse der letzten Tage sich die FPÖ hier herstellt und aus meiner Sicht wirklich sehr unsensibel die alten Argumente noch einmal auf den Tisch legt.

Aber ich bin über eines sehr froh, bevor ich zur Einbringung unseres Entschließungsantrages komme, das geht auch in Richtung des Landeshauptmannes, dass heute so etwas spürbar war

---

hier herinnen, wie ein Konsens, der unter den Parteien herrscht, der vorhanden ist, das gemeinsame Wollen – mit Ausnahme der FPÖ, da habe ich es auch nicht erwartet – (*LTabg. Amesbauer, BA: Unverständlicher Zwischenruf*) aber dass es doch so etwas gibt, dass man endlich hoffentlich gemeinsam erkennt, dass Integrationspolitik, dass Menschenrechtspolitik etwas ist, auf das man vorbereitet sein muss. Das müssen wir ganz einfach gemeinsam angehen. Man muss schon auch dazusagen, wenn man die Debatte ehrlich führt, es war nicht immer so, auch hier herinnen im Landtag, dass die Parteien geschlossen im Menschenrechtsbereich so gemeinsam die Linie gehalten haben. Wir haben vor nicht allzu langer Zeit hier herinnen leider eine Debatte gehabt über die Integrationsunwilligkeitskommission. Ich glaube, dass wir uns an der Sache der Charta des Zusammenlebens festhalten sollten, das war grundsätzlich eine sehr gute Sache. Ich glaube, das müssen wir ausbauen und weiter entwickeln. Das war heute Anlass, und ich glaube das könnte doch auch ein Wendepunkt sein, hier wirklich – fernab der FPÖ, weil das gibt es keine Hoffnungen, dass sich da was ändert; so etwas da ist wie ein Schulterschluss – auch in der Steiermark offensiv an die Sache heranzugehen, mit offensiver Information an die Sache heranzugehen und mit der steirischen Bevölkerung, die so viel Hilfsbereitschaft in den letzten Tagen an den Tag gelegt hat, hier die Herausforderung der Flüchtlingsproblematik wirklich optimal im Sinne jener, die unsere Hilfe brauchen, aber auch im Sinne der Menschen, die hier bei uns wohnen, zu gestalten.

Ich darf daher den Grünen Entschließungsantrag einbringen. Es sind Punkte bei diesem Entschließungsantrag drauf, die schon teilweise in den Gängen sind, die teilweise auch schon angedacht sind. Aber es ist eben ein Vorschlag der Grünen um hier Punkte – es sind sieben Punkte – anzusprechen, wo wir, glaube ich, auch vorsorgen müssen, auch finanziell. Es geht z. B. um die NPOs, bessere finanzielle Ausstattung für die gemeinnützigen Organisationen wie Caritas, Diakonie – wir haben ganz viele Initiativen in der Steiermark, die hier hervorragend tätig sind -, um die Arbeitsbedingungen für sie auch zu verbessern.

Ich darf den Antrag der Grünen einbringen.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert

1. die Schulsozialarbeit in der Steiermark auszubauen, sodass ein verstärkter Einsatz an den steirischen Pflichtschulen möglich ist, um die Kinder beim Schuleinstieg zu unterstützen;
2. ausreichend Mittel für eine intensive Sprachförderung für AsylwerberInnen und Konventionsflüchtlinge vorzusehen, um die Integration in der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt voranzutreiben;
3. das professionelle Dolmetsch-Angebot an den Bedarf anzupassen und so sicherzustellen, dass es beispielsweise zu Schulbeginn gute Voraussetzungen für Elterngespräche gibt;
4. die aktive Einbindung der Kinder- und Jugendhilfe bei der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, aber auch von minderjährigen Personen im Familienverband, wenn notwendig, sicherzustellen;
5. das Angebot der psychologischen Betreuung an den Bedarf anzupassen und NPOs und humanitäre Einrichtungen mit ausreichenden Mitteln auszustatten;
6. die bürokratischen Wege für Personen, die Wohnraum für einzelne AsylwerberInnen zur Verfügung stellen wollen, zu erleichtern;
7. nach dem Vorbild der Bundesländer Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg eine Novelle des Steiermärkischen Baugesetzes im Landtag einzubringen, damit vorübergehende Betreuungseinrichtungen für die Unterbringung von Flüchtlingen unter erleichterten bau- und raumordnungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden können, um die Erfüllung der Unterbringungsquote voranzutreiben.

Ich würde mich sehr freuen, wenn der Landtag diesem Grünen Vorstoß für einen Schulerschluss in dieser Sache, ein Signal nach außen, diesem Grünen Antrag zustimmen würde. Ich glaube, es ist das Signal von den Parteien hier im Haus gekommen, dass es hier Zustimmung geben wird und ich freue mich sehr, dass wir offenbar hier doch einen Weg gehen, der fernab der Linie ist, die die FPÖ leider einmal mehr hier bewiesen hat – die dem Land nicht zuträglich ist, die Menschenrechte nicht ernst nimmt und die letztendlich nicht einmal (*LTabg. Kunasek: Unverständlicher Zwischenruf*) davor zurückschreckt. Kollege Kunasek, die nicht davor zurückschreckt es auszulassen darüber zu reden, dass in den letzten Monaten viele, viele Menschen ums Leben gekommen sind beim Versuch in ein sicheres Land zu kommen. Von dem hast du überhaupt nicht geredet und das ist schon eine sehr, sehr schwache Aussage der FPÖ. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei den Grünen – 13.32 Uhr*)



**Präsidentin Dr. Vollath:** Als nächstes zu Wort gemeldet, Klubobfrau Klimt-Weithaler.

**LTAbg. Klimt-Weithaler - KPÖ (13.33 Uhr):** Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende hier im Auditorium und via Livestream!

Ich darf nun auch für die KPÖ unsere Positionen zu den einzelnen Anträgen Ihnen sagen, aber natürlich auch allgemein unsere Position zu diesem Thema darlegen. Wir debattieren nun doch schon seit einigen Stunden und ich sage jetzt einmal: Endlich! Endlich debattieren wir zu diesem Thema. Denn wenn man in den letzten Tagen und Wochen Zeitung gelesen hat, in den sozialen Medien sich befunden hat oder ferngesehen hat, dann konnte man sich dieses Themas ohnehin nicht entziehen. Die FPÖ nennt es „Asylchaos“, man könnte aber schlicht und einfach auch von „Menschen, die auf der Flucht sind“ sprechen und die sind deswegen auf der Flucht, weil sie um ihr Leben fürchten. Ganz einfach. Viele von ihnen schaffen es auch gar nicht bis zu uns hierher. Sie kennen die Bilder oder haben die Meldungen auch im Kopf, wahrscheinlich, von den vielen Ertrunkenen; Sie kennen die Meldungen und Berichterstattungen über die in Autos erstickten Männer, Frauen, Kinder. Das sind alles Menschen, die ihr Heimatland verlassen müssen, weil Krieg herrscht. Krieg, das bedeutet, das wissen wir Gott sei Dank nur aus Erzählungen und auch Berichterstattungen, aber Krieg bedeutet immer Gewalt; Krieg bedeutet Hunger; Krieg bedeutet Not, Elend; Krieg bedeutet, dass man Menschen verloren hat, die man geliebt hat; Krieg bedeutet, dass man kein Dach mehr über dem Kopf hat. Das alles bedeutet Krieg und davor flüchten diese Menschen. Alle, die hier anwesend sind und ich eingeschlossen, haben das Glück, dass wir in einem Land zu einer Zeit geboren sind, wo wir das nicht miterleben mussten. Hoffentlich müssen das auch unsere Kinder, unsere Enkelkinder und alle Nachgeborenen niemals miterleben, was diese Menschen, die jetzt auf der Flucht sind und zu uns kommen oder bei uns durchreisen, miterleben müssen. Dieses Glück haben diese Menschen nämlich nicht. Jemand, der seine Heimat verlässt, verlässt diese nie ohne Grund. Jemand, der seine Heimat verlässt und dabei sein Leben riskiert, der hat praktisch nichts mehr zu verlieren, außer genau dieses Leben. Ich weiß nicht, ob Sie zufällig dieses Interview gesehen haben von einem syrischen Flüchtling, der nach dieser Tragödie, wo diese 71 Menschen in diesem Schlepper-LKW erstickt sind, auf die Frage, warum er sich das denn antut, warum er dieses Risiko eigentlich eingeht, geantwortet hat: „In Syrien wären meine Überlebenschancen bei einem Prozent gelegen. Eine Flucht hat die Chance auf 50 % erhöht.“ Das bedeutet, dass dieser junge Mann und

wahrscheinlich alle anderen auch, durchaus einkalkulieren auf der Flucht, zu sterben. Das sage ich Ihnen jetzt deswegen hier, weil ich davon überzeugt bin, dass niemand ein solches Risiko eingeht, wenn er es dort, wo er wegflüchtet, besser hätte. Selbstverständlich steht für die KPÖ außer Frage, dass diesen Menschen, die jetzt zu uns kommen, und auch jenen, die noch kommen werden, geholfen werden muss. Weil, was wäre denn die Alternative? Die Alternative wäre, dass man sie ihrem Schicksal überlässt und dieses Schicksal würde eben in sehr, sehr vielen Fällen den sicheren Tod bedeuten. Wir unterscheiden auch nicht zwischen guten und bösen Flüchtlingen, das möchte ich hier auch einmal festhalten. Die Menschen, die zu uns kommen, die brauchen Schutz und Hilfe; und es kommen sehr viele. Da gebe ich Ihnen Recht, es kommen sehr viele, und sehr viele werden auch bleiben, weil sie einen positiven Bescheid erhalten werden, weil sie eben Kriegsflüchtlinge sind und d. h. sie werden länger bleiben. Das ist eine Situation, mit der müssen sich die Gemeinden auseinandersetzen, damit muss sich das Land auseinandersetzen, der Bund und die EU. Jetzt haben Sie als FPÖ-Fraktion diesen Sonderlandtag einberufen und verwenden in zwei von drei Dringlichen Anfragen diesen Begriff „Asylchaos“ und haben das auch schon zu Beginn der Debatte mit Ihren Taferln untermalt. Die Frage, die ich mir zuerst gestellt habe, wie ich das gelesen habe, war: Ist das gerechtfertigt? Ich das gerechtfertigt, zum Thema „Flüchtende Menschen“ einen Sonderlandtag einzuberufen, und ist es gerechtfertigt von „Asylchaos“ zu sprechen? Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist gerechtfertigt einen Sonderlandtag dazu abzuhalten. Aber die Frage, die ich mir dann gestellt habe: „Wäre es nicht besser gewesen, dass die politisch Verantwortlichen diesen Sonderlandtag einberufen hätten?“ Ich spreche Sie ganz konkret an, Herr Landeshauptmann Schützenhöfer, auch Ihr Stellvertreter, auch die zuständige Soziallandesrätin. Ich hätte mir gewünscht, dass von Ihrer Seite her ein Sonderlandtag einberufen wird, wo (*Beifall bei der KPÖ*) Sie sich hinstellen und sagen – von mir aus hätte es auch kein Sonderlandtag sein können, es hätte ein Gipfeltreffen, eine Enquete, eine Informationsveranstaltung, was auch immer sein können. Ich hätte mir gewünscht, es wäre von Ihrer Seite gekommen, damit wir hier debattieren können, denn man kann die Probleme nicht totschweigen, das sehe ich auch so. Aber so haben Sie sozusagen den Ball der FPÖ gelassen, die kann sich jetzt wieder herstellen und sagen: „Wir sind die Einzigen, die dieses Thema ...“. Das stimmt nicht. Das wissen Sie ganz genauso gut, das wissen auch Sie – natürlich ist es nicht so, dass Sie die Einzigen sind, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen. Wie gesagt, angesichts der vielen, vielen Menschen, die nach Europa strömen, durch Österreich durchreisen oder hier bleiben wollen, ist es notwendig und

ist es gerechtfertigt, dass man sich damit auseinandersetzt und es ist notwendig, dass sich der Bund, dass sich das Land und die Gemeinden Konzepte überlegen und diese vor allem auch transparent machen. Die Bevölkerung muss sehr wohl informiert werden, damit eben Ängste abgebaut werden können und damit all jene, die helfen wollen – das sind zum Glück sehr, sehr viele Menschen, die jetzt da sind und unterstützen, dass die auch eingebunden werden können. Ich meine, nicht jede Frage, die heute von der FPÖ gestellt wurde, wird uns in der Sache weiterbringen, das ist auch klar. Aber man hat bis jetzt – und da zähle ich mich dazu, ich bin eine Abgeordnete dieses Hauses – von Seiten der Landesregierung noch nicht wirklich viel gehört, was sie gedenkt zu diesem Thema zu tun, außer dass es eben einen Flüchtlingskoordinator gibt und jetzt verstehen Sie mich bitte nicht falsch, ich glaube auch, dass das gut ist und von mir aus auch notwendig ist, aber das war mir bis jetzt auch zu wenig, und hätten wir diese Debatte heute nicht, würden wir sehr viele Informationen bis dato noch nicht haben. (*Landesrätin Mag. Kampus: Unverständlicher Zwischenruf*) Sie haben gesagt, man darf konstruktive Kritik gerne anbringen – das mache ich an dieser Stelle.

Ja, wenn man zu diesem Begriff „Chaos“ noch etwas dazu sagen will, dann muss man schon hergehen und sagen, dass das immer so leicht, gerade von den Freiheitlichen, in den Raum geworfen wird. „Dort ist ein Chaos“ und „da ist ein Chaos“ und überhaupt „die ganze Welt ist ein Chaos“. Es ist ein hartes Wort, wenn ich das verwende. Ich sage Ihnen, das was in Traiskirchen jetzt passiert und was die Bundespolitik dort gemacht hat, nämlich eines: völlig versagen, das bezeichne ich auch als Chaos. (*Beifall bei der KPÖ*) Oder auch in Kärnten, wo die herrschende Politik versagt hat, denn gerade dort zu Zeiten eines FPÖ-Landeshauptmannes, wenn Sie sich erinnern, wurde das Land derartig ruiniert, dass noch Jahre später niemand weiß, wie das dort weitergehen soll. Auch das ist ein Chaos, das bezeichne ich auch so – durchaus, ja –, aber nicht die Menschen, die sich zu uns flüchten; nicht die unbegleiteten Minderjährigen; nicht die Männer und Frauen, die krank sind, die erschöpft sind, die traumatisiert sind. Die machen kein Chaos, sondern letztendlich verursachen die diese unzumutbaren Zustände, die ebenso tun als ginge sie das nichts an oder viel zu spät reagiert haben, nämlich die politisch Verantwortlichen. Oder wie man soll man das sonst nennen außer „unzumutbare Zustände“, wenn ich sehe, dass in Traiskirchen Menschen am Boden schlafen müssen, in der Hitze, im Regen. Das geht so nicht. Das geht so wirklich nicht. Wenn Sie, Herr Landeshauptmann Schützenhöfer sagen, dass Sie auch für eine menschenwürdige Versorgung sind, dann glaube ich Ihnen das durchaus – hundertprozentig glaube ich Ihnen das. Aber dann muss man schon auch einmal kritisch anmerken, es war die

---

ÖVP, die Traiskirchen privatisiert hat. Dort gibt es jetzt einen Verein, die betreiben das dort und offensichtlich geht dort sehr vieles „in die Hose“, weil die anscheinend mehr an ihrem Profit orientiert sind als an den Menschen, die sie dort zu versorgen haben. Das ist auch eine Kritik, die hier noch niemand angebracht hat, die ich jetzt wirklich auch ganz klar in Ihre Richtung aussprechen möchte.

Wenn man jetzt diese Dringlichen Anfragen hernimmt und anschaut und so in einem durchliest, dann gewinnt man den Eindruck, dass sie auf folgenden Überlegungen basieren: Erstens, sagt die FPÖ, es flüchten viel zu viele Menschen. Zweitens, sagt die FPÖ, die kosten viel zu viel; und Drittens, sagt die FPÖ, die schleppen Krankheiten ein, die werden die österreichische Bevölkerung dahinraffen. (*LTabg. Amesbauer, BA: „Das hat niemand gesagt. Wir haben gefragt. Das war eine sachliche Anfrage.“*) Wenn Sie mir ordentlich zugehört hätten, Herr Kollege Amesbauer, dann hätten Sie auch gehört, dass ich gesagt habe: „Wenn man die drei Anfragen hintereinander liest, gewinnt man den Eindruck“, ich habe diesen Eindruck gewonnen. Wissen Sie, was mich veranlasst hat, dass ich mich bestätigt gefühlt habe? Ich habe mir im Internet Ihre Petition angeschaut, diese „Asylchaos stoppen“-Petition, und genau mit den drei Überlegungen, die ich jetzt hier angestellt habe – da haben Sie schon Recht: die meine Interpretation sind, begründen Sie aber auch Ihre Petition. Genau mit diesen Überlegungen untermalen Sie diese Petition. Aber ich werde auf die Petition später noch eingehen. Herr Klubobmann Kunasek, Sie haben da sehr wortreich begründet. Ihre Dringlichen Anfragen seien Ihnen unbenommen, aber ich habe Ihnen sehr gut zugehört und wirklich, viele Lösungsansätze habe ich nicht herausgehört, außer z. B. dass Sie sagen: „Wir brauchen mehr Polizei“. (*LTabg. Kunasek: Unverständlicher Zwischenruf*) Ja, ich bin auch gegen die Schließung der Gendarmerieposten gewesen und bin auch dafür, dass wir die Polizei brauchen. Glauben Sie ernsthaft, dass, wenn wir jetzt die Polizeistationen/Gendarmerieposten in der Steiermark wieder aufsperrten, dann das Asylproblem oder das Flüchtlingsproblem gelöst wird. (*LTabg. Kunasek: „Sie müssen zuhören, das sind 60.“*) Ich habe sehr gut zugehört. Sie haben gesagt: „Im Rahmen dieser Debatte muss man auch darüber nachdenken, ob man nicht ...“, ja, und ich frage Sie: Glauben Sie wirklich dass das etwas hilft? (*LTabg. Kunasek: „Es geht um Sicherheit.“*)

Da sind wir schon beim nächsten Punkt, darauf komme ich auch noch sehr gerne zu sprechen. Denn, was Sie bei all diesen Überlegungen überhaupt nicht erwähnt haben, das haben Sie im Übrigen mit der Bundesregierung und auch mit den Vertretern und Vertreterinnen hier in der Steiermärkischen Landesregierung gemeint. Niemand hat von Ihnen bis jetzt angesprochen,

was denn eigentlich auch die Ursachen sind, warum die Menschen weggehen. Ein syrischer Dreizehnjähriger hat es in einem Interview in einem Satz zusammengefasst und hat gesagt: „Beendet den Krieg, dann wollen wir nämlich gar nicht nach Europa.“ Ich sage Ihnen das auch. Auch Oskar Lafontaine hat das meiner Meinung nach in einem Satz wunderbar zusammengefasst, indem er gesagt hat: „Wer das Flüchtlingselend beenden will, der muss aufhören Kriege zu führen und Waffen zu liefern.“ Kriege, meine sehr geehrten Damen und Herren, die passieren nicht, die werden geführt – das wissen wir alle – und da geht es meistens um politischen Einfluss, da geht es um Rohstoffe und da geht es natürlich auch darum, da brauchen wir nicht so zu tun, als würden wir das noch nie gehört haben, dass die Waffenindustrie damit sehr gut verdient, wenn Kriege geführt werden. Das hat noch niemand von Ihnen angesprochen und ich glaube auch zu wissen warum. Denn diese Politik, die sehr gut auch für die Waffenindustrie ist, so, wie sie derzeit geführt wird, die hat auch mit Europa zu tun, die hat mit den USA etwas zu tun. Das ist ja auch nicht etwas, das vom Himmel fällt. *(LTabg. Schwarz: „Russland war noch nicht dran; das hast du noch nicht erwähnt.“)* Es gibt sehr, sehr große – dazu komme ich schon, ich komme im Detail noch darauf. Ich wusste, lieber Hannes, dass ich dich damit natürlich hinter dem Ofen hervorlocke. Ich habe recherchiert, größter Profiteur kriegerischer Auseinandersetzungen wie in Syrien oder im Irak ist die Waffenindustrie, das kann man belegen. Eine gemeinsame Recherche der Frankfurter Rundschau z. B. oder des Fernsehsenders NDR hat ergeben, dass die islamistischen Al-Nusra-Milizen in 2014 im Irak mit den in den 1970-er Jahren in Deutschland produzierten Panzerabwehrraketen gegen die Kurden und Kurdinnen gekämpft haben. Oder auch der Islamische Staat kämpft mit Raketen, die Deutschland an Syrien geliefert hat und auch Gewehre aus der österreichischen Steyr-Mannlicher-GmbH tauchen laut Recherchen des Nachrichtenmagazins Profil regelmäßig im irakisch-syrischen Kriegsgebiet auf. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, ob uns das jetzt passt oder nicht, es ist so, dass weltweit immer mehr Menschen aus ihrer Heimat flüchten müssen und das ist Ausdruck einer verfehlten Politik und ist eine neo-liberale Politik, das wissen wir auch, die von Konzernen und Banken diktiert wird. Da spielt ihr alle mit – da wird ja überall mitgestimmt. Der Ihnen oder den meisten von Ihnen bekannte Autor Jean Ziegler nennt das u. a. in einem seiner neuen Bücher „kannibalistische Weltordnung“ – das ist ein starkes Stück, er nennt es so. Er sagt: „Die Profiteure und Drahtzieher dieser - wie er sie nennt -kannibalistischen Weltordnung haben Namen und Adressen, die sitzen in erster Linie in den USA und in Europa und die sitzen auf Regierungsbänken, die sind in den Vorstandsetagen multinationaler Konzerne, die

---

sitzen in der Weltbank und im Internationalen Währungsfonds und an den Börsen und in den Geheimdiensten“ und, jawohl, so ist es, da hat er hundertprozentig Recht. Aber darüber verliert niemand hier herinnen ein Wort. Warum nicht? Weil Sie diese Politik letztendlich mittragen und weil diese Politik auch dazu geführt hat, dass sozialstaatliche Errungenschaften zerstört worden sind; dass es Kapitulation gegeben hat vor Banken und Konzernen – viele Privatisierungen, Traiskirchen bestes Beispiel dafür. Letztendlich haben Sie mit dieser Politik alle dazu beigetragen, dass es einem Großteil der Bevölkerung schlechter geht als in vielen, vielen Jahren davor und das ist ja dann auch der Boden, auf dem das dann fruchtet, was die FPÖ jetzt macht. Denn es werden Zukunftssorgen größer von den Menschen, es werden Ängste geschürt und wir wissen alle, dass das wiederum dazu führt, dass Rassismus und Hetze ganz, ganz offen von vielen ausgelebt werden. Das halte ich für ganz, ganz fürchterlich, diese Entwicklung. Aber noch einmal: Nicht die flüchtenden Menschen, die nach Österreich kommen, haben das verursacht oder Österreich in diese Lage gebracht, sondern ein System, das die Reichen reicher und die Armen ärmer macht – und die Armen werden sehr gut von gewissen Kräften untereinander ausgespielt. Ich finde, es ist notwendig darüber zu reden und das aufzuzeigen und vor allem auch, dass dieser Satz „dass wir die Fluchtursachen und nicht die Flüchtlinge bekämpfen müssen“ keine hohle Phrase bleibt. Denn da kann man wirklich etwas tun, wenn das der politische Wille ist. Ich bin auch der Meinung, dass es nicht sein kann, dass manche Staaten jetzt innerhalb der EU sagen: „Nein, wir nehmen keine Flüchtlinge auf“. Aber wir wissen auch, dass diese verantwortlichen EU-Konstruktionen wie Schengen, Dublin ohnehin nicht hilfreich oder, noch besser gesagt, völlig ungeeignet sind. Das sehen wir ja jetzt. Dass man jetzt in Österreich hergeht und sagt, man braucht dieses temporäre Durchgriffsrecht, das sehe ich auch so. Denn was ist denn bis jetzt passiert? Wer hat sich denn freiwillig dafür von den Gemeinden oder den Regionen her gemeldet und gesagt: „Wir haben Ideen, wir wollen da was tun“? In dem Fall sehe ich das jetzt als temporäres Recht durchaus als notwendig an. Aber, was man auch berücksichtigen muss, wenn man das sozusagen den Gemeinden aufoktroiert, ist, wie viele Menschen, Flüchtlinge leben denn schon in diesen Gemeinden? Das muss man natürlich berücksichtigen bei dieser Aufteilung und - und das halte ich noch für das viel, viel Wesentlichere - man kann die Gemeinden jetzt nicht mit dem alleine lassen und sagen: „Ihr habt jetzt diese oder jene Prozentzahl und jetzt tut brav aufnehmen.“ Die brauchen natürlich Ressourcen, damit sie Rahmenbedingungen für die Menschen schaffen können, die dann dort in den Gemeinden aufgenommen werden. Dann kommt natürlich auch dazu, ich habe es vorhin schon erwähnt, viele werden bleiben. Das

heißt man muss sich auch längerfristige Rahmenbedingungen überlegen. Wenn ich in der Steiermark hergehe und die Kleinschulen alle zusperre, werde ich vielleicht irgendwann einmal draufkommen: „Na, Moment, jetzt würden wir es aber wieder brauchen.“ Das Gleiche ist bei den Krankenhäusern und ähnliches. Also die Gemeinden kann man mit diesem Beschluss natürlich nicht alleine lassen, die brauchen Rahmenbedingungen, die brauchen Hilfestellungen und vor allem – und da gebe ich der FPÖ Recht, das ist ja auch einer dieser Punkte bei der Petition und kommt auch in Ihren Anträgen vor – die Geschäftemacherei mit Not und Elend von Menschen, die muss unterbunden werden, und zwar in jedem Fall. *(Beifall bei der KPÖ)* Das gilt für die Waffenindustrie, das gilt für Schlepper und das gilt auch für Quartiertreiber, denen es nicht um die Menschen, sondern um die Profite geht. Es gibt eine Reihe von Vorschlägen von Experten und Expertinnen – ich kann da jetzt zeitlich nicht mehr genau darauf eingehen –, wo es darum geht „novellieren wir das Asylgesetz, verkürzen wir die Verfahren, lassen wir die Antragstellungen in Botschaften machen“ also bis hin zu einer sicheren Einreise. Das muss man sich alles anschauen und da bin ich sehr dafür, dass man da Hilfe leistet.

Jetzt noch ganz kurz, im Übrigen hat die FPÖ, die jetzt hergeht und sagt auf dieser Petition: „Wir brauchen rasche Asylverfahren“, noch im Jänner dieses Jahres, am 20. Jänner nämlich, da hat dieselbe Fraktion gegen einen Antrag von uns gestimmt, im Übrigen auch die SPÖ und ÖVP, worin wir raschere Asylverfahren gefordert haben. Sie fordern auch wieder – ich bin sofort fertig, Frau Präsidentin –, dass Asylquartiere nicht in der Nähe von Schulen und Kindergärten stattfinden sollen. Ich habe es letztes Mal schon aufgezählt, wie viele rechtskräftig verurteilte FPÖ-Politiker und Politikerinnen es gibt, da müsste man – auch der Logik folgend – auch die Parteizentralen von FPÖ-Parteiheimen nicht in der Nähe von Schulen und Kindergärten machen. Also wie gesagt, das kommt für uns alles nicht in Frage.

Wir werden eine punktuelle Abstimmung beantragen. *(Präsidentin Dr. Vollath: „Die Redezeit ist zu Ende, bitte.“)* Ja. Wir wollen zum Entschließungsantrag 193/2 eine punktuelle Abstimmung beantragen. Danke schön. *(13.53 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Danke für die Disziplin. Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Triller.

**LTAbg. Triller, BA – FPÖ (13.54 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Regierungsmitglieder, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zusehende!

Fakt ist, lieber Kollege Schönleitner, dass hunderttausende Menschen vorwiegend aus dem Nahen Osten, Afrika und vom Balkan die Grenzen Europas durchstürmen. Das Ziel ist auch ganz klar: Irgendwie in eines der aufgrund ihrer Sozialsysteme für Asylwerber besonders attraktive Länder zu gelangen. Vornehmlich sind dies Deutschland, Schweden, aber auch Österreich. Schnell umsetzbare und effiziente Lösungsvorschläge seitens der österreichischen Bundesregierung oder gar eine europäische Lösung liegen derzeit in weiter Ferne. Vielmehr scheint sich die Ratlosigkeit des politischen „Establishments“ von Woche zu Woche weiter zu manifestieren. Der Anstieg von Flüchtlingen stellt aus sozialen, sicherheitstechnischen und kulturellen Gründen eine zunehmende Belastung für die heimische Bevölkerung dar. Demnach setzen diese Entwicklungen auch das Land Steiermark finanziell sehr unter Druck. Die zwischen Bund und Ländern vereinbarte Grundversorgungsvereinbarung regelt u. a. die Betreuung und Grundversorgung von Asylwerbern und anderen hilfsbedürftigen Fremden in Österreich. Die entsprechenden Kosten werden zwischen Bund und Ländern im Verhältnis 60:40 aufgeteilt. Erst wenn ein Asylverfahren länger als zwölf Monate dauert, trägt der Bund die Kosten zu 100 %. Daraus resultierend erhält jeder in Österreich registrierte Flüchtling von Anfang an Anspruch auf eine volle Krankenversorgung im Sinne des ASVG. Dies gilt es infolge der explodierenden Anzahl an Asylwerbern zu überdenken. Der Leistungskatalog für Asylwerber, er wurde von Kollege Amesbauer angesprochen, sollte dahingehend dringend reformiert werden, dass die medizinische Versorgung zunächst auf Grundleistungen beschränkt wird und, eines ist auch dazu zu sagen, das ist kein Akt von Unmenschlichkeit, sondern vielmehr im Einklang mit der Gesetzeslage in anderen EU-Ländern wie etwa der Bundesrepublik Deutschland. So bestimmt der § 4 des Deutschen Asylwerberleistungsgesetzes, dass in den ersten 15 Monaten medizinische Versorgungsleistungen bei Asylwerbern nur bei akuter Krankheit bzw. akutem Behandlungsbedarf und schmerzhafter Krankheit erbracht werden. Deshalb ist die steirische Landesregierung angehalten, sich bei der Bundesregierung für ähnliche Einschränkungen einzusetzen, zumal solches in Österreich nur auf Bundesebene beschlossen werden kann. Genau diese umfassende medizinische Versorgung sollte es erst ab positivem Asylbescheid geben. Zweifelsohne kann die Einschränkung der Grundversorgungsleistungen für Asylwerber nur ein erster Schritt in einer Reihe von Reformmaßnahmen sein. Die österreichische Bundesregierung wird nicht müde bei der einheimischen Bevölkerung,

---



angesichts der aktuellen Flüchtlingswelle, Menschlichkeit und Solidarität einzumachen. Im Gegenzug sollte man aber auch die Bundesregierung an die primäre Aufgabe, nämlich die Vertretung der Interessen des österreichischen Volkes, erinnern. *(Beifall bei der FPÖ)*  
Solidarität ist keine Einbahnstraße.

Deshalb wird folgender Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. einen umfassenden Evaluierungsbericht über die Kosten des Asylwesens in Bezug auf das steirische Gesundheitswesen für die Jahre 2012 bis 2015 vorzulegen und
2. sich bei der Bundesregierung für eine Einschränkung der medizinischen Versorgung für Asylwerber auf medizinische Grundversorgungsleistungen einzusetzen und den vollen Umfang an Gesundheitsleistungen erst ab dem Zeitpunkt des Vorliegens eines positiven Asylbescheides zu gewähren.

Meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, tun Sie nicht so, als hätten Sie wirklich schon alles getan. Ich möchte nur ein kleines Zitat sagen: „Es gibt nur zwei Tage im Jahr, an denen man nichts tun kann: gestern und morgen.“ Also ist heute genau der richtige Zeitpunkt, um zu handeln. Bitte um Annahme. *(Beifall bei der FPÖ – 13.59 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Erich Hafner.

**LTAbg. Hafner – FPÖ (13.59 Uhr):** Werte Frau Präsidentin, sehr geehrte Regierungsmitglieder, liebe Kollegen des Landtages Steiermark, liebe Zuhörer im Zuschauerraum und via Livestream!

Es wurde heute schon sehr viel über das gesprochen, was der anschließende Entschließungsantrag sein wird, nämlich die Steiermark spricht sich gegen ein Durchgriffsrecht des Bundes aus. Es wurden auch die Beantwortungen von Herrn Landeshauptmann Schützenhöfer, Landesrat Mag. Drexler und Landesrätin Mag. Kampus bereits eingehend erfüllt, aber da meine ich, da wurde auch sehr viel schön geredet. Unser Klubobmann Mario Kunasek hat in seinen Dringlichkeitsanträgen einiges beschrieben und auch das erläutert und hat die Leute draußen in der realen Welt, des wirklichen Zusammenlebens, angesprochen. Ich glaube, das ist der Sinn, was auch Frau Landesrätin Mag. Kampus gesagt hat, man muss zuerst mit den Leuten reden. Aber ich glaube, da fehlt ein bisschen der Ernst dahinter, liebe Frau Landesrätin, denn ich muss auch sagen, die

Bürgermeister, mit denen man bei verschiedenen Veranstaltungen spricht, die reden einen anderen Text und sprechen mit anderen Worten als der Herr Landeshauptmann und die Frau Landesrätin gesagt haben. Ich glaube, wir haben das Gespür mit den Leuten zu reden und ich glaube, das ist auch Sinn und Zweck dieser Angelegenheit. *(Beifall bei der FPÖ)*

Die Bundesregierung hat es nicht geschafft eine Versorgung aller Asylwerber sicherzustellen. Dass sich die Länder und Gemeinden nicht umfassend solidarisch bei der Unterbringung von Flüchtlingen zeigen ist für die Bundesregierung, allen voran für die Frau Innenministerin, schlicht unverständlich. Gemäß Art. 2 des Bundesverfassungsgesetzes, welches ja am 22. September durch den Nationalrat gehen sollte, worin jede Gemeinde im Bedarfsfall die erforderliche Anzahl von Plätzen für die Unterbringung von Asylwerbern bereit zu halten hat, diese Zahl haben wir heute schon gehört, sollte 1,5 % der Wohnbevölkerung sein. Das würde für die Steiermark in etwa 18.324 Menschen sein. Es ist stark zu bezweifeln, dass die Steiermark in der Lage wäre, diese Herausforderungen zu meistern. Bereits die Unterbringung der jetzt ca. 6.200 hierzulande lebenden Asylwerber verursacht größte Probleme und stellt nach wie vor die Landesregierung vor unlösbare Aufgaben. Die Quote kann laut diesem Gesetz beliebig verändert werden. Diese Regelung ist widersinnig. Wenn sich die Flüchtlingsanzahl in Österreich erhöht, sind die Gemeinden stets verpflichtet mehr Unterkünfte bereitzustellen.

Zum Durchgriffsrecht: Wenn es die Länder bzw. Gemeinden verabsäumen die vorgeschriebene Quote zu erfüllen, kann gem. Art. 3 Abs. 1 der Bundesminister für Inneres die Nutzung und den Umbau von bestehenden Bauwerken, die im Eigentum des Bundes sind oder diesem zur Verfügung stehen, ohne vorheriges Verfahren mit Bescheid vorläufig anordnen, wenn dem überwiegende Interessen der Sicherheit, der Gesundheit und des Umweltschutzes nicht entgegenstehen. Gegen diesen Bescheid ist kein Rechtsmittel zulässig. Letzten Endes stellt sich die Frage, mit welchen öffentlichen Geldern dies finanziert werden soll. Dies wurde heute zum Teil beantwortet. Zweifelsohne handelt es sich bei der Flüchtlingswelle um eine menschliche Tragödie historischen Ausmaßes. Dennoch steht es außer Frage, dass die Steiermark und Österreich nicht allen Flüchtlingen helfen kann. Die Steirer haben bewiesen, das hat unser Herr Landeshauptmann bereits gesagt, dass sie hilfsbereit sind. Gegen das vorherrschende Asylchaos gilt es jedoch entschlossen vorzugehen. Das vorliegende Bundesverfassungsgesetz über die Unterbringung und Aufteilung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden ist zweifelsohne nicht in der Lage die Situation zu verbessern. Es ist dies lediglich der klägliche Versuch der Bundesregierung das föderale

---

Prinzip, das eines der Grundprinzipien der Bundesverfassung ist, auszuhebeln und die Steiermark ihrer Verfügungsgewalt in ihrem eigenen Land zu entledigen. Mit diesem Gesetz würden die Steirer jegliches Mitspracherecht in der Asylpolitik verlieren.

Es ergeht der Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag Steiermark spricht sich entschieden gegen das „Bundesverfassungsgesetz über die Unterbringung und Aufteilung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden“ aus.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um dem Inkrafttreten des „Bundesverfassungsgesetzes über die Unterbringung und Aufteilung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden“ zu verhindern.

Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ – 14.05 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Hannes Schwarz.

**LTabg. Schwarz – SPÖ (14.05 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Also zunächst einmal zum Kollegen Hafner, der hier, glaube ich, vor mir gesprochen hat. Also so dramatisch würde es ich einmal nicht sehen, dass die Steiermark in Zukunft nichts mehr zu reden hat, dass der Steiermark die Verfügungs- und Entscheidungsgewalt entzogen ist. Soweit ich nämlich weiß, sind auch steirische Vertreterinnen und Vertreter im Nationalrat, insofern denke ich, dass in einem föderalen Staat die Entscheidungen dort zu treffen sind, wo sie gesetzgebungsmäßig zu treffen sind. So hat der Landtag Steiermark seine Kompetenzen, so hat der Nationalrat seine Kompetenzen, aber ich glaube, einen dramatischen Staatsnotstand deswegen an die Wand zu malen, das würde meines Erachtens der Situation nicht gerecht werden. Jetzt kann man der Meinung sein, dass dieses Durchgriffsrecht des Bundes sinnvoll ist oder nicht sinnvoll. Ich denke, dass es sinnvoll ist, so wie es der Herr Landeshauptmann auch gesagt hat – ein letztes Mittel ist, dass man versuchen wird all die anderen Mittel auszuschöpfen, aber dass es notwendig ist, im Hintergrund die Möglichkeit zu haben, sollte es wirklich, und das erinnert mich auch ein bisschen an die Gemeindestrukturreform, den einen oder die andere geben, die sich an der Solidarität in unserem Land nicht entsprechend beteiligt, dass es hier die Möglichkeit gibt, auch von Seiten des Bundes, hier Entscheidungen treffen zu können. Ich denke, das ist im Sinne aller, die sich solidarisch beteiligen und das ist im Sinne auch einer entsprechenden Unterbringung der Flüchtlinge, die in Österreich Schutz

suchen. Deswegen bin ich absolut dafür, dass dieses Gesetz so beschlossen wird, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Eine zweite Vorbemerkung zur FPÖ: Also ganz ist mir Ihre Linie nicht klar, weil von konstruktivem Dialog, von konstruktiven Diskussionen zu sprechen, ist das eine, aber dann den Kollegen Kurzmann hinauszuschicken, der eine Wortmeldung hier abgibt, die von Konstruktivität so weit entfernt ist, wie es Kollege Amesbauer an Konstruktivität in der letzten Legislaturperiode gehalten hat, das ist schon ein schönes Stück. Ein starkes Stück, denn der Herr Landesrat hat es ja bereits angesprochen. Also auf eines werden wir nicht hereinfliegen und die Bevölkerung wird auch nicht darauf hereinfliegen, dass Sie hier im Landtag konstruktive, weitschweifende Erklärungen als Klubobmann der FPÖ abgeben und danach Ihr Parteivorsitzender kommt und hier polemisch in die Debatte eingreift und hier Pauschalurteile u. dgl. abgibt. So wird das nicht funktionieren und da ist die FPÖ nicht glaubwürdig, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es kann ja nicht sein, dass Sie sich im Klub ausmachen: „Ja, ich mach heute den Konstruktiven, der Amesbauer ist so halb, der überlegt es sich noch und dann schicken wir den Kurzmann raus und der „wascht“ uns allen eine“. Also so wird das nicht funktionieren, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ)* Und, Herr Kollege Kurzmann, es ist schon ein starkes Stück, was Sie heute da geliefert haben. Wissen Sie warum? Sie sind fünf Jahre da auf der Regierungsbank gesessen – fünf Jahre, wo Sie - jetzt hätte ich bald gesagt „nichts“ - sehr wenig für die Zukunft dieses Landes geleistet haben. *(LTAbg. Amesbauer, BA: „Also, hallo.“)* Fünf Jahre, wo Sie *(Allgemeiner Unmut unter den Abgeordneten der FPÖ.)* in diesem Landtag immer nur aufgetreten sind und gesagt haben: „Ich habe kein Geld, ich habe kein Geld, ich habe kein Geld, deswegen kann ich nichts tun.“ Fünf Jahre hier auf dieser Regierungsbank gesessen zu sein und wenig geredet zu haben und noch weniger getan zu haben und hier herauszugehen und die Soziallandesrätin und die Landesregierung, die sich Tag und Nacht dafür einsetzt, dass Menschen in diesem Land menschenwürdig untergebracht werden können in den letzten Monaten, hier diese Landesregierung ... *(Präsident Dr. Kurzmann – Handzeichen)* Was sind das für Handzeichen? *(Präsident Dr. Kurzmann: „Sie wissen ganz genau, dass ich mir als LT-Abgeordneter nicht das Wort verbieten lasse.“)* Also für das Protokoll: Der Herr Landtagspräsident zeigt mir Handzeichen. Hier herauszugehen und die Landesregierung und die Landesrätin anzugreifen, das ist ein starkes Stück. Diese Landesregierung arbeitet für das Land, das haben Sie in den letzten fünf Jahren nicht getan, Herr Kollege Kurzmann, um Ihnen das gesagt zu haben. *(Beifall bei der SPÖ)* Für einen Präsidenten, von uns allen gewählt, dem

---

nicht einfällt, wie die sozialdemokratische Fraktion in diesem Haus zu bezeichnen ist, nämlich das in einer Art und Weise zu machen, wie wir das alle kennen, nämlich in einer abwertenden Art und Weise, das ist meines Erachtens eines Präsidenten des Landtages Steiermark nicht würdig und das sollten Sie sich überlegen, Herr Präsident. *(Beifall bei der SPÖ)* Sie machen das ganz bewusst.

Das Zweite, das ich ansprechen will, Kollegin Klimt-Weithaler: In weiten Teilen kann ich dir zustimmen. Nur ich bin der Meinung, es geht darum eine europäische Sicherheitspolitik zu betreiben. Ich bin der Meinung, dass diese Krisen in Europa und an den Grenzen Europas nur dann gelöst werden können oder nur gelöst werden können, wenn es eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik gibt und Herr Landesrat Mag. Drexler hat es bereits angesprochen. Europa wird nicht scheitern an Finanzkrisen in Griechenland. Europa wird nicht scheitern an schwierigen wirtschaftlichen Situationen einer Finanzkrise allgemein. Europa wird aber dann scheitern, wenn wir wieder zu dem übergehen, was Europa in Wahrheit vor etlichen Jahrzehnten in den Niedergang geführt hat. Europa wird dann scheitern, wenn es unsolidarisch wird, wenn es nationalistisch wird, wenn es nationalstaatlich wird und wenn es uns nicht gelingt, diese positive Entwicklung, die wir in den letzten Jahrzehnten gehabt haben, nämlich dass wir gemeinsam für Werte stehen in dieser Europäischen Union, dass wir gemeinsam für Zusammenarbeit stehen in dieser Europäischen Union, wenn das der Europäischen Union nicht gelingt und wenn wir diese Solidarität nicht zeigen, wenn wir ins Nationalstaatliche abgleiten, dann wird diese Europäische Union scheitern und das ist eine wichtige Aufgabe, vor der wir stehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass das eben nicht passiert. Deshalb wird es wichtig sein, dass auf europäischer Ebene gehandelt wird, dass es hier zu einer gerechten Quotenaufteilung kommt, dass es dazu kommt, dass man sich auch für Krisen in Europa und außerhalb Europas engagiert, dass wir uns dazu bekennen, dass Europa eine Solidargemeinschaft und eine Wertegemeinschaft ist. Eine Bemerkung zum Kollegen Orban: Europa ist keine Glaubensgemeinschaft. Alle die meinen, Europa ist nur Land für eine gewisse Glaubensrichtung und Europa müsste sozusagen Religionskohäsion oder wie man das nennt, also Europa müsste sich religiös verorten, der hat das Prinzip und der hat die Entwicklung und die Grundwerte der Europäischen Union nicht verstanden und diejenigen, die hier die Menschenrechte nicht entsprechend achten, die den Umgang mit Menschen - das ist ja durchaus in den letzten Wochen und Monaten in Ungarn so passiert - die hier auch die europäische Werteordnung nicht achten, die werden unsere Europäische

Union nicht weiterbringen und die werden die Zukunft Europas nicht in eine gute Richtung führen können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Es gibt kein Chaos. Wir haben das heute den ganzen Tag diskutiert. Ich glaube und bin überzeugt davon, die Mitglieder der Landesregierung haben das auch entsprechend dargelegt. Wir haben gemeinsam in einer großen Kraftanstrengung die besonderen Herausforderungen der letzten Tage dieses Wochenendes gut gemeistert, auf Bundesebene gut gemeistert, auf Landesebene gut gemeistert und wir müssen jetzt einfach die nächsten Schritte, vor allem auf europäischer Ebene, setzen. Das habe ich bereits angesprochen. Das Land Steiermark, die Landesregierung, die Punkte wurden bereits angesprochen – Flüchtlingskoordinator, Plattform, Hotline, gerechte Aufteilung. Nur bei der gerechten Aufteilung muss man schon auch eines sagen: Die FPÖ spricht immer von gerechter Aufteilung, nur gerechte Aufteilung besteht auch darin gerecht aufzuteilen und das bedeutet, dass jede Gemeinde diese Verantwortung auch übernehmen muss und kann. Auch wenn ich jetzt nicht den ersten Tag im Landtag Steiermark sitze, ist es gerade immer die FPÖ, die hier Kritik anbringt, wenn nämlich in verschiedensten Gemeinden in entsprechenden Unterkünften Asylwerber und Asylwerberinnen untergebracht werden sollen. Da muss man sich entscheiden: Will ich eine gerechte Aufteilung oder will ich keine gerechte Aufteilung? Aber wenn ich eine gerechte Aufteilung will, dann ersuche ich Sie und lade Sie dazu ein, gemeinsam mit uns zu versuchen, dass diese gerechte Aufteilung auch funktioniert, und dass nicht dann, wenn irgendwo das Gerücht aufkommt es würden Asylwerber und Asylwerberinnen untergebracht werden, versucht wird Stimmung zu machen. Das bringt nichts, denn dann können wir nicht gerecht aufteilen. In diesem Sinne würde ich mir diesen konstruktiven Weg auch in diesem Zusammenhang wünschen und ich bin überzeugt davon, dass, wenn wir das gemeinsam angehen, wenn wir gemeinsam auch vor Augen haben ... – diese Bild-Diskussion ist ja zumindest geschmacklos, wenn man die Bilder der an die Küsten Europas geschwemmten toten Kinder sieht, wenn man die Bilder der 71 Ersticken in dem Lastwagen sieht, dann weiß man, dass man nicht über Bilder diskutieren muss, sondern dass es hier um Menschen geht, die in der Heimat dem Tode nahe sind und vom Tod bedroht sind. Wer hat das mit den Prozenten gesagt? Ich glaube, Claudia hat das gesagt, die sagen, daheim sind sie sicher tot, sie wagen einfach die Überfahrt. Wenn man dann sagt, dass das Wirtschaftsflüchtlinge seien, dann würde ich sagen, das geht an der Sache vorbei. Also wir brauchen hier klare Regeln auf europäischer Ebene und ich bin überzeugt davon, dass in den letzten Tagen hier etwas in Bewegung geraten ist, dass was zum Besseren in Bewegung geraten ist. Ich möchte auch allen

danken in der Zivilgesellschaft, die sich hier in den Dienst der Sache gestellt haben, auch den Einsatzorganisationen, den MitarbeiterInnen des Landes. Es ist gut und es tut gut, dass Österreich jetzt auch über die internationalen Medien zeigen kann, dass wir ein Ort der Menschlichkeit sind, ein Ort der Mitmenschlichkeit und ein Ort, wo es keine Stacheldrähte u. dgl. gibt. In diesem Sinne ein steirisches Glückauf. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.16 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Ich erteile nun der Frau Abgeordneten Ing. Jungwirth das Wort.

**LTAbg. Ing. Jungwirth – Grüne (14.17 Uhr):** Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Claudia, du hast in Frage gestellt bzw. eigentlich gar nicht in Frage gestellt, sondern betont, dass es diesen Sonderlandtag braucht. Ich möchte nur zu Beginn anmerken, ich sehe das anders. Ich denke, dass ein Sonderlandtag vor allem so, wie er angelegt wurde von der FPÖ in der Situation, die wir momentan haben, eine eklatante Themenverfehlung ist. Wir brauchen etwas vollkommen anderes. Wir brauchen einen Schulterschluss und wir brauchen konstruktive Zusammenarbeit all derjenigen, die das in diesem Land auch möchten. Wenn die FPÖ sich nicht beteiligen möchte, dann kann man das nur so hinnehmen, aber ich finde es sehr, sehr schade, was Sie hier tun. Wir haben nämlich an diesem Wochenende etwas ganz, ganz anderes erlebt. Wir haben erlebt, dass Österreich der Politik, wie Sie sie machen, die rote Karte gezeigt hat. *(LTAbg. Amesbauer, BA: „Was?“)* Wir haben erlebt, dass Österreich ein Bild der Menschlichkeit gezeigt hat, ein Gesicht der Menschlichkeit gezeigt hat und die Welt war wirklich davon beeindruckt, was die Zivilbevölkerung gemeinsam mit den Organisationen, die am Wochenende hier so große Hilfsbereitschaft an den Tag gelegt haben, nämlich zusammen mit den NGO's, mit den ÖBB, mit der Exekutive, mit allen, die hier angepackt haben, geleistet hat. Dieses Österreich hat gleichzeitig deutlich gemacht, dass die Politik des Fremdenhasses und der Hetze, so wie Sie es betreiben, hier bei uns nicht Platz hat und nicht mehrheitsfähig ist. Das haben wir gesehen am Wochenende und Kollege Kunasek und Kollege Kurzmann, wenn Sie davon sprechen, dass hier manipulativ Bilder erzeugt wurden, dann muss ich Ihnen sagen: „Aber ganz genau umgekehrt, wie Sie es dargestellt haben“. Denn manipuliert hat Orban mit diesen Bildern. Er hat die unmenschliche Grausamkeit begangen, Menschen aus Budapest mit dem Versprechen wegzulocken, dass sie außer Landes gebracht werden, hat sie in den Zug gelockt, hat den Zug angehalten und hat sie

dann dort – die verzweifelten Menschen – dort festgesetzt und ihnen angedroht, sie ins Lager zu bringen, um Bilder zu erzeugen, mit denen er die Union unter Druck gesetzt hat. Das ist richtig übel und ich bekomme eine Gänsehaut angesichts solcher Methoden, denn mich erinnert das an eine Zeit, an die ich nicht zurückerinnert werden möchte. Das sind Nazi-Methoden. (LTabg. Amesbauer, BA: „Die ungarische Regierung?“) Die ungarische Regierung hat solche Methoden angewandt, wie ich sie gerade beschrieben haben. Die ungarische Regierung hat hier verzweifelte Menschen benützt, um Bilder zu erzeugen. (LTabg. Kunasek: „Wissen Sie, was Sie da sagen?“ *Unruhe unter den Abgeordneten der FPÖ*) Ja, ich weiß, was ich hier sage. (LTabg. Kunasek: „Frau Präsidentin, das ist ja unglaublich.“) Ich war am Samstag in Wien am Westbahnhof, und zwar um mehrere Stunden dort zu helfen. Ich war persönlich vor Ort und habe mir ein Bild gemacht davon, was dort abgegangen ist. (LTabg. Kunasek: „Das kann man doch nicht sagen.“) Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich kann nicht nachvollziehen, was Sie hier tun. Denn, wenn man das gesehen hat, was da für Menschen ankommen, dann muss man einfach nur mehr zu Hilfsbereitschaft zeigen. Da waren so viele Familien mit Kindern, mit Babies, hochschwängere Frauen – und zwar nicht wenige, ganz, ganz viele sind da gekommen. Es waren alte, gebrechliche Menschen dabei, es waren Verletzte dabei, es waren Menschen auf Krücken, die nur mehr ein Bein hatten. Woher sie das wohl haben, das braucht man wohl nicht erklären. Es waren behinderte Menschen dabei und wunderschön anzuschauen, wie die Menschen sich gegenseitig geholfen haben. Beispielsweise war da ein älterer Mann, der nicht selbstständig gehen konnte. Ich nehme an, dass er normalerweise im Rollstuhl sitzt. Der wurde von zwei jungen Männern getragen. Als ich das gestern meinen Kindern erzählt habe, haben sie gefragt: „Ja, wie hat er es denn überhaupt bis hierher geschafft?“ Ja, er ist eben getragen worden, wo es notwendig war. So halten die Menschen zusammen und das ist echte Solidarität. Es sind wirklich Bilder, die man nicht mehr aus dem Kopf bekommt, die nicht einfach so weggewischt werden können. Gestern, um noch auf das einzugehen, das hier betont wurde, dass manche vor Ort waren, wollte ich auch zur Messe fahren und als ich gerade fertig war mit dem Zusammenpacken von einigen Taschen mit Kinderkleidung und Spielsachen, ist aber glücklicherweise schon die Meldung gekommen, dass der Zug demnächst wieder die Flüchtlinge weiterbringt. Insofern war gestern einmal kein persönlicher Einsatz erforderlich. Aber alles in allem, noch einmal zurück zum Westbahnhof, waren da tausende Menschen am Bahnhof, die trotz aller Erlebnisse und trotz der Verzweiflung, die sie eigentlich in den vergangenen Wochen erlebt haben müssen, friedlich gewartet haben. Friedlich gewartet haben

---



darauf, dass sie weiterreisen können und von Chaos kann man in einem solchen Fall nicht sprechen. Ja, es war ein Gewühl, aber es war kein Chaos, und hunderte HelferInnen und Dolmetscher und BearbeiterInnen von Caritas, Rotem Kreuz und ÖBB waren vor Ort, haben alle zusammen angepackt – und, das muss man auch positiv erwähnen, die Polizei vor Ort war freundlich, war zurückhaltend und war hilfsbereit. So wünscht man sich eine Exekutive, wenn sie im Einsatz ist. Auch bemerkenswert, und das muss man an dieser Stelle auch erwähnen, der ÖBB Chef, Christian Kern. Vor Ort, mitten in diesem Gewühl hat er „gemanaget“ was notwendig war: Lager aufsperrn lassen beispielsweise, wenn Platz gebraucht wird, um wieder Spenden, die gebracht wurden, unterzubringen etc. Er hat das wirklich großartig gemacht und den persönlichen Einsatz, den er gebracht hat, muss man auch hoch anrechnen und das darf nicht unterwähnt bleiben, wenn ein ÖBB-Manager so etwas persönlich in Angriff nimmt und vor Ort einfach handelt und damit zur Organisation des Durcheinanders beiträgt. Mir ist eines aufgefallen, als ich hingekommen bin. Da war so eine Stelle, da gab es ein Pult und oben war ein Plakat „Spenden“ – da wurden Spenden gesammelt – „für Tickets für Flüchtlinge“. Ich habe mir dann schon gedacht, das kommt mir jetzt auch ein bisschen komisch vor, warum müssen die Flüchtlinge in so einer Situation eigentlich für Tickets bezahlen? Wir haben das dann unserem Team weitergegeben und das Grüne Team vor Ort hat den Herrn Kern sofort kontaktiert, woraufhin er veranlasst hat, dass mit der Situation pragmatisch und unbürokratisch umgegangen wird und ein Auge zugedrückt wird bei denjenigen, die keine Tickets haben. Das finde ich auch in Ordnung. Was ist das Wesentlichste in der Situation? Dass die Leute weiterkommen, dass sie durchreisen können, dass sie weiterreisen können. Ich kann Ihnen sagen, ich habe ganz, ganz viele Syrerinnen und Syrer beim Ticketautomaten gesehen, die ihre Tickets ohnehin gelöst haben und auf die paar Personen, die keine Tickets gelöst haben, wird es nicht ankommen. Also im Vordergrund muss einfach der Weitertransport stehen und ich sage noch einmal „danke“ für diese pragmatische Lösung und diesen Zugang. Auch viele andere haben an diesem Wochenende Großartiges geleistet und ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, um davon zu berichten, was z. B. eine Grüne Gemeinderätin in Wien auf Facebook berichtet hat. Sie schreibt: „Wenn eine SMS kommt, dass 150 Flüchtlinge in Parndorf Hilfe brauchen und dann sofort acht Autos losstarten, um ihnen entgegenzukommen; wenn „Frau“ einen Polizeikommandanten anrufen kann und sich kurz danach Probleme mit PolizistInnen und „Refugees“ im Burgenland in Wohlergehen auflösen; wenn zu Mitternacht derselbe Polizeikommandant dann anruft und bittet mit Bussen hunderte Flüchtlinge nach Wien schicken zu dürfen; wenn „Frau“

dann einfach Leute aufwecken kann, und kurze Zeit später ein gesamtes Team alles für die Ankommenden vorbereitet“ usw. usf., sie können sich vorstellen, dann ist etwas Großartiges passiert hier in diesem Land, nämlich dann wurde gemeinsam angepackt und das ist das Wesentlichste in so einer Situation.

Ich finde, angesichts einer solchen Situation muss man einfach sagen, es sind jetzt genug Menschen gestorben, es ist einfach an der Zeit, dass wir alle zusammenarbeiten und anpacken und deswegen finde ich den Sonderlandtag einfach daneben. Stattdessen wäre es wesentlich klüger, Sie bringen Ihre Anmerkungen persönlich bei der Frau Landesrätin an. Ich habe mit ihr einen Termin vereinbart, demnächst findet er statt, um ihr zu sagen, was ich wahrnehme, wo ich Systemfehler sehe und wo etwas zu tun ist. Denn ich halte das im Moment für die wesentlich effizientere Vorgehensweise, als hier so eine Show abzuziehen, wie Sie es hier machen. (*LTAbg. Kunasek: „Die Show ziehen Sie ab, Frau Kollegin.“*) Es ist auch nicht zielführend die Grenzen zu schließen und Zäune zu errichten, denn was das bedeutet, das wissen wir und gerade von Ungarn wundert es mich am allermeisten, denn Ungarn hat eine Vergangenheit hinter dem Zaun erlebt. Das heißt, Ungarn müsste eigentlich wissen, was es bedeutet, wenn man hinter dem Zaun ist. Deshalb verstehe ich das einfach nicht, was dort passiert und dass Sie das unterstützen wollen, das verstehe ich auch nicht. (*Präsident Dr. Kurzmann: „Das ist doch unglaublich.“*) Ich denke, das alles ist auch eine große Chance für die Menschen hier in diesem Land, nämlich eine positive Chance. Diese Welle der Hilfsbereitschaft führt zu Solidarität, nämlich tatsächlich gelebter Solidarität, die führt zu Mitgefühl unter den Menschen, mit den Flüchtlingen, aber auch untereinander wird Mitgefühl wieder stärker erlebt werden, wenn man einmal in so einer Situation so zusammengehalten hat. Das heißt einfach, dass der Zusammenhalt dadurch gestärkt wird und das ist das Wesentliche für mich. Ich bin dankbar für alles, was hier passiert ist an diesem Wochenende. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei den Grünen – 14.27 Uhr*)

**Präsidentin Dr. Vollath:** Als nächstes bitte ich Frau Klubobfrau MMag. Eibinger-Miedl zum Rednerpult.

**LTAbg. MMag. Eibinger-Miedl – ÖVP (14.27 Uhr):** Danke, Frau Präsidentin! Geschätzter Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als wir vor rund viereinhalb Stunden mit dieser Sondersitzung begonnen haben und ich dem Herrn Klubobmann Kunasek gelauscht habe, da war ich noch guter Dinge und habe mir gedacht, es werde eintreten, was er angekündigt hat, nämlich dass es der FPÖ und ihm darum geht, hier für Aufklärung zu sorgen, konstruktive Vorschläge zu machen und dass wir hier sachlich diskutieren können. Leider hat sich das nicht bewahrheitet, in den letzten Stunden durch einige Wortmeldungen auch der Kolleginnen und Kollegen, und das ist aber bei diesem Thema genau der falsche Ansatz und genau der falsche Zugang. Denn, ich glaube, Lambert Schönleitner hat es gesagt, gerade in so einer Situation geht es um Konsens, geht es um Konsens aller verantwortlichen Politikerinnen und Politiker in unserem Land und ich darf die Einladung unseres Landeshauptmannes und seinen Appell wiederholen, dass Sie hier alle konstruktiv beitragen, diese Situation zu lösen, denn wir sprechen heute über Umstände und über Lebenssituationen, die wir, speziell meine Generation, uns nicht hätten vorstellen können, dass wir heute im Jahr 2015 darüber sprechen werden. Wir sprechen davon, dass Hunderte, ja, Tausende zu Fuß über unsere Grenzen kommen, teilweise nur mit einem Plastiksack und das ist all ihr Hab und Gut, das sie haben in der Hand und eben in unser Land kommen, unsere Hilfe benötigen. Das sind Bilder in der Zeitung und im Fernsehen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ, die sind nicht manipuliert. Es ist ein Bild angesprochen worden, aber bitte, bei der Flut von Bildern, die man hier sieht, kann man nicht davon sprechen, dass die Medien bei dieser Berichterstattung durchgehend manipulieren. Das vergangene Wochenende war eine absolute Ausnahmesituation. Wir haben es gerade geschildert bekommen, auch von Sabine Jungwirth und auch von Frau Landesrätin und vom Herrn Landeshauptmann, was sich hier abgespielt hat. Österreich hat hier unbürokratisch und menschlich geholfen – abweichend von der Rechtslage da und dort. Aber in so einer Situation eben unbürokratisch und menschlich und gerade auch die Steiermark hat gezeigt, dass sie für so eine Situation gerüstet ist. Was hier geleistet wurde in der Stadthalle – da war, wenn man sich vor Ort das angeschaut hat, das war kein Chaos, sondern das war geordnete Unterstützung, das war geordnete Hilfe und das funktioniert nur dank des guten Zusammenwirkens auch über Parteigrenzen hinweg, dank Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und Landesrätin Doris Kampus, die hier sehr gut zusammenarbeiten. Aber auch ich möchte im Namen meiner Fraktion allen Helferinnen und Helfern vor Ort, die mitgeholfen haben am vergangenen Wochenende – die NGO's, die Zivilgesellschaft, die Behörden, das Rote Kreuz ganz massiv – all denen möchte ich danken. Österreich und die Steiermark haben gezeigt, dass wir ein großes Herz haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Es hat sich auch gezeigt, dass es eine richtige Entscheidung war, Kurt Kalcher als Flüchtlingskoordinator einzuführen und ich darf schon darauf hinweisen, dass die Steiermark das erste Bundesland war und auch vor der Republik Österreich diese Stelle eingeführt hat. Es war dieses vergangene Wochenende sozusagen eine erste Bewährungsprobe, die hier zu meistern war und sie ist gelungen. Es war die größte Herausforderung, aber es war eben auch so, dass wir in den letzten Wochen und letzten Monaten hier mit steigenden Flüchtlingszahlen zu kämpfen hatten. Eines möchte ich hier klarstellen für meine Fraktion: Die Gewährung von Asyl für Kriegsflüchtlinge, für Menschen, die verfolgt werden, darüber diskutieren wir nicht. Das ist eine rechtliche, völkerrechtliche Verpflichtung (*Beifall bei der ÖVP*) und es ist eine menschliche Verpflichtung. Es ist schon ein schmaler Grat und man muss sehr aufpassen, wie man mit der Sprache umgeht. Ob man einerseits aufzeigt, welche Probleme es gibt, welche Sorgen, welche Ängste auch in der Bevölkerung. Da geht es auch darum, dass wir uns verbessern bei dem Abwickeln dieser großen Herausforderung. Es ist aber, wie gesagt, ein schmaler Grat hin zum Schüren von Ängsten in der Bevölkerung und wenn, wie das heute auch gerade mit der Dringlichen Anfrage an den Gesundheitslandesrat war, die glaube ich, durch die Beantwortung nicht mehr weiter diskutiert werden muss, dann verstehen Sie vielleicht, was ich meine mit diesem schmalen Grat und wie man hier aufpassen muss, und dass wir als Politikerinnen und Politiker hier eine große Verantwortung gegenüber der Bevölkerung unseres Landes haben. Faktum ist, dass die Steiermark diese Flüchtlingskrise bis jetzt sehr gut bewältigt hat. Wir haben es gehört, dass wir keinerlei Container und Zelte bisher gebraucht haben, dass wir auf die Unterbringung in kleinen Quartieren setzen in der Steiermark und das funktioniert nur dank auch der Mitarbeit und Unterstützung unserer Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und der engagierten Bürgerinnen und Bürger und daher auch einmal einen ausdrücklichen Dank an die Verantwortlichen in den Gemeinden, die diese Diskussion vor Ort auch führen, die hier auch geradestehen für die Hilfe der Asylsuchenden. Ich glaube, dass es eine besonders große Aufgabe ist, die unsere Vertreter und Vertreterinnen vor Ort meistern müssen, wo es darum geht, dass wir Brücken bauen zwischen der heimischen Bevölkerung und zwischen den Neuankömmlingen, dass wir eben diese Unsicherheit nehmen und ich freue mich sehr, dass es viele Aktionen mittlerweile gibt, wo engagierte Bürgerinnen und Bürger – ich weiß es aus meiner Fraktion, die ÖVP-Frauen z. B. im Rahmen eines sogenannten Welcome-Dinners – dafür sorgen, dass die Ankömmlinge mit der heimischen Bevölkerung die Möglichkeit haben in einen Austausch zu treten, sich kennenzulernen, zu hören, wie es ihnen ergangen ist und ich glaube, dass Information hier

eines der Grunddinge ist, um hier Ängste und Sorgen auch zu nehmen. Ich würde mir wünschen, dass die Energie und die Kosten, die verwendet werden für Kampagnen zum Thema „Asylchaos“, wie es hier genannt wird, dass diese Kosten und Energien auch von Ihnen genutzt werden, mit Ihren Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern vor Ort, dass wir hier eben zu konstruktiver Herangehensweise kommen und zu einem sachlichen Umgang, und vor allem, dass wir vor Ort die Brücken bauen. Ich denke, man könnte diese Mittel viel, viel besser einsetzen, als Sie das derzeit tun. *(Beifall bei der ÖVP)* Ja, die Politik ist zweifelsohne gefordert und es ist vor allem natürlich eine Herausforderung, wenn mehrere Ebenen hier auch gefordert sind; nämlich die Gemeinden, die Länder und auch der Bund. Und ja, ich gestehe: Manche Lösungen sind auch mir zu langsam. Aber genau da müssen wir ansetzen und schauen, dass wir hier bessere, schnellere, effizientere Lösungen gemeinsam über alle Gesetzgebungsebenen bekommen. Was uns aber keinesfalls hilft sind irgendwelche Schuldzuweisungen, denn wir werden das nur gemeinsam lösen.

Wenn Claudia Klimt-Weithaler Traiskirchen angesprochen hat: Genau das ist so ein Beispiel, wo man gesehen hat, das bisherige System ist an Grenzen gestoßen. Es war nicht ausreichend, dass man Traiskirchen und ein zweites Lager für die Aufnahme bereitstellt, daher ist auch die Innenministerin den Weg gegangen, um in den Bundesländern Verteilerzentren zu errichten, um hier eben für eine Entlastung zu sorgen. Ich denke, diese Aufgabe kann wiederum nur gemeinsam von allen Bundesländern und vom Bund gelöst werden.

Kurz zum Durchgriffsrecht: Das Durchgriffsrecht zielt genau darauf ab, was wir uns hier im Haus immer gewünscht haben. Es zielt darauf ab, dass wir eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen in den Gemeinden und in den Bundesländern haben. In meiner Fraktion haben wir das sehr stark diskutiert und auch die FPÖ hat es immer gebracht, dass man schauen muss, dass man in der Relation zum Wohl der Bevölkerung eine Anzahl von Flüchtlingen hat, die eben dann auch noch eine Integration ermöglicht. Meines Erachtens ist auch genau das der Ansatz auch vom Durchgriffsrecht, weil das Durchgriffsrecht genau diese Voraussetzungen hat. Das Durchgriffsrecht berücksichtigt, wie viele schon in einem Land aufgenommen wurden, es soll auch berücksichtigen, wie viele in einem Bezirk und in einer Gemeinde schon aufgenommen wurden. Also, was wir auf europäischer Ebene einfordern, soll hier auch versucht werden auf Bundesebene zu schaffen und ich glaube, die ÖVP ist bekannt dafür, dass wir zum Föderalismus stehen, dass für uns die Gemeinden und die Länder einen ganz großen Stellenwert haben. Wenn uns hier vorgeworfen wird den Föderalismus auszuhöhlen, dann meine ich nur: Sie haben gehört, dass wir das als absolute Notmaßnahme sehen, dass es

von uns zur Kenntnis genommen wird und seien Sie versichert, wir werden alles tun in der Steiermark, damit wir auch weiterhin so viele Quartiere zur Verfügung stellen können, damit dieses Durchgriffsrecht eben nicht zur Anwendung kommt und ich bekenne mich auch dazu, dass wir darüber nachdenken müssen, wie wir die Kriterien für Quartiere entsprechend teilweise herunterschrauben können, damit eben weniger Quartiere abgewiesen werden und damit wir in Zukunft mehr Quartiere unbürokratisch zur Verfügung stellen können.

Lassen Sie mich am Schluss noch die Haltung der ÖVP insgesamt darstellen. Wir sind eine christlich-soziale Partei und ich habe schon gesagt, dass es für uns eine Selbstverständlichkeit ist, Kriegsflüchtlinge aufzunehmen. Wir unterscheiden aber sehr wohl auch zwischen Kriegsflüchtlingsen und sogenannten Wirtschaftsflüchtlingsen und ich glaube, man hat das im Frühjahr auch gesehen, als ein Ansturm da war von Menschen aus dem Kosovo, wo es keinen Asylgrund gegeben hat. Hier hat die Innenministerin auch entsprechend reagiert, hat Aufklärung auch vor Ort im Kosovo gemacht mit den dort zuständigen Behörden und die Flüchtlingsströme aus dem Kosovo sind mittlerweile merklich zurückgegangen. Also wir bekennen uns sehr wohl dazu hier zu unterscheiden und genau diese Unterscheidung zwischen Asyl und Zuwanderung, die ist ja auch heute in der Debatte wieder leider Gottes unterlassen worden. Wir stehen auch dazu, dass wir sagen, wenn Menschen nach Österreich kommen, dann geht es darum, dass wir Integration fördern – ja –, aber dass wir auch Integration einfordern. Es ist für uns klar, dass man die deutsche Sprache lernen muss; es ist klar, dass es um Bildungsfragen geht und wir bekennen uns klar auch zur Integration durch Leistung. Gleichzeitig ein Punkt, der heute teilweise nur angesprochen wurde, dass wir die Ursachen anschauen, warum so viele Menschen jetzt nach Europa strömen und auch hier bekennen wir uns klar dazu, dass wir die Lebensbedingungen vor Ort verbessern. Da geht es einerseits natürlich darum, diesen Terror zu bekämpfen und den Krieg vor Ort zu bekämpfen. Da geht es aber auch darum, dass man jenen Ländern, die in der unmittelbaren Nachbarschaft von Syrien schon zig-Millionen Menschen aufgenommen haben, dass man hier vor Ort hilft, damit in diesen Auffanglagern – zum Teil sind es sogar Städte, die sich dort entwickelt haben –, damit auch dort entsprechende Lebensbedingungen vorherrschen, sodass die Menschen nicht weiter nach Europa fliehen müssen. *(Beifall bei der ÖVP)* Es ist auch immer wieder von Schutzzonen die Rede gewesen und es gibt auch Ideen, dass man beispielsweise auch Asylanträge direkt vor Ort stellen kann, um eben auch gegen das Schlepperwesen, gegen dieses fürchterliche Schlepperwesen vorgehen kann und dass wir solche Dinge, wie wir es in

den letzten Wochen und Monaten erlebt haben, mit zahlreichen Todesfällen, in Zukunft weniger bis gar nicht mehr erleben müssen.

Klar ist für uns auch, dass die EU-Außengrenzen zu schützen. Was die Grenzen zwischen den Mitgliedsstaaten betrifft, da sind wir auf Seiten der Innenministerin dabei, Schwerpunktaktionen zu machen. Da wird nicht am Grenzposten direkt kontrolliert, sondern da werden verdächtige Fahrzeuge unter die Lupe genommen. Das heißt, es wird nicht für alle kontrolliert, sondern man macht das ganz gezielt und schaut, wo mögliche Schlepper unterwegs sind und wo es hier Missstände gibt. Wie wir insgesamt – da bin ich ganz d'accord mit Klubobmann Schwarz – eine europäische Lösung brauchen und man kann hier die EU, man muss sie sogar kritisieren. Aber ich erlaube mir auch den Hinweis, dass es gute Vorschläge seitens des europäischen Parlaments gibt, seitens der EU-Kommission, die aber dann von den Mitgliedsstaaten eben nicht angenommen wurden, weil die Mitgliedsstaaten ihre eigenen Interessen verfolgen. Damit wird Schluss sein müssen. Wir werden Solidarität von allen anderen 27 Mitgliedsstaaten auf europäischer Ebene einfordern müssen. Wir brauchen hier neue Regelungen in dieser Situation und es ist wahrlich sicher die größte Herausforderung für die Europäische Union seit ihrer Gründung 1945, Aber wenn ich mir anschau, was wir seit damals alles gemeistert haben, was wir aus diesem Trümmerhaufen, der damals da war 1945, was wir aufgebaut haben, welche Errungenschaften, welchen Wohlstand, dann bin ich davon überzeugt, dann ist für mich gewiss, dass wir auch diese Herausforderung gemeinsam schaffen werden. Ich appelliere auch an Sie alle hier im Haus. Helfen Sie uns auf steirischer Ebene, das zu bewältigen und fordern wir gemeinsam eine gute europäische Lösung. *(Beifall bei der ÖVP – 14.43 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Die Abgeordnete Krautwaschl bitte.

**LTabg. Krautwaschl – Grüne (14.43 Uhr):** Ich möchte zu meiner ersten Rede im Landtag die Präsidentin, die Regierungsmitglieder, alle Abgeordneten und die jetzt leider schon wenigen Zuschauer, aber ich hoffe im Internet sind doch noch einige dabei, ganz herzlich begrüßen!

Es ist natürlich zum jetzigen Zeitpunkt der Debatte schon sehr, sehr viel gesagt worden von unterschiedlichen Richtungen, aber als ich damals von dem Sonderlandtag erfahren habe, war für mich klar, dass ich hier heute zum ersten Mal reden werde und reden muss, und zwar aus einer ganz unmittelbaren und sehr tiefen Betroffenheit, die eigentlich schon über Monate in

mir ist, aber die damals nach Parndorf ganz massiv da war. Es ist eine Situation entstanden, wo ganz, ganz lange zugeschaut wurde. Es gab nämlich Tote über Monate, Jahre. Es gab etwas, was ich persönlich immer als sehr scheinheilig empfunden habe, dass man nämlich, wenn das so weit weg ist – wobei das Mittelmeer ist gar nicht so weit weg, viele von uns fahren dorthin auf Urlaub –, wenn das Sterben der Menschen so weit weg ist, dann hat man immer das Gefühl, das geht einen halt irgendwie weniger an. Dabei ist das, was da passiert und was heute auch schon mehrmals angesprochen wurde, nämlich ein Versagen auch auf allen politischen Ebenen, vor allem aber jetzt auch auf der EU-Ebene, dass Dinge hinausgezögert werden, dass es auch jetzt wieder keine Sonderratssitzung gibt, obwohl dieses Thema so drängend ist und nicht von selber besser werden wird. Das ist eklatant und seit Wochen, Monaten – eigentlich Jahren sichtbar. Dann passiert etwas wie in Parndorf, da sterben 71 Menschen – Kinder, Frauen Männer – in einem Lastwagen mitten in Österreich. Das geht dann auf einmal allen sehr nahe, das trifft uns sozusagen unmittelbar ins Herz. Da möchte ich eben auf etwas hinkommen, was für mich ein bisschen so die Verlogenheit in dieser Debatte oft auch darstellt. Es ist nämlich für diese Menschen im Endeffekt relativ egal, wo sie sterben, ja. So schlimm es für uns ist, dass sie es hier bei uns tun. Mein 13-jähriger Sohn, wir haben diskutiert über die ersten politischen Reaktionen, da war natürlich sofort wieder das Schlepperwesen im Fokus und das Schlepperwesen ist zweifelsohne eine der schlimmsten Auswüchse des freien Marktes. Für mich ist es tatsächlich das, was bekämpft werden muss, nämlich dass es einen Markt gibt, der Menschen zu Ware macht, der an ihrer Verzweiflung verdient und dieser Markt muss bekämpft werden. Das ist ganz klar. Aber wie können wir das tun? Wir können es nur damit tun oder zumindest nur ehrlich damit tun, dass wir diesen Menschen andere Möglichkeiten bieten zu uns zu kommen. Wir können natürlich sagen, das Sterben dieser Leute ist uns wurscht, ja – das wäre vielleicht ein Ansatz von manchen, ich weiß es nicht. Meiner ist das nicht. Ich kann nur sagen, diese Menschen, die das in Kauf nehmen, die haben verdient, dass wir uns ihrer annehmen und zwar sie in jeder Weise würdig behandeln, einen Teil ihrer Würde ihnen zurückzugeben, die sie sehr oft verloren haben auf dem Weg zu uns, weil sie alles verkauft haben. Im Endeffekt ihr Leben auf das Spiel setzen, um irgendwo hinzukommen, wo sie vielleicht hoffentlich in Sicherheit sind.

Ja, jetzt zur Wortwahl oder zu dem, was vielleicht noch nicht gesagt wurde, was die Wortwahl betrifft. Ich habe mir die Anträge der FPÖ und auch die Fragen sehr gut durchgelesen. Ja, vieles davon kann man natürlich fragen, ist vielleicht berechtigt. Aber es geht da wirklich um etwas, was meine Vorrednerin auch angesprochen hat, das ist eine



Gratwanderung. Ich habe mir jetzt ein paar Wörter, ein paar Sätze herausgeschrieben, die mich persönlich treffen. Da ist z. B. die Rede, ständig die Rede von „explodierenden Zahlen“, von „Wellen“, von „Strömen“, von „stürmen, Grenzen durchstürmen, Asylindustrie“. Ja, das alles suggeriert etwas, was bei mir auslöst, dass hier Naturgewalten um uns herum hereinbrechen, die uns Angst machen. Wenn Sie dann von Sorgen und Ängsten der Menschen sprechen, dann geht es mir einfach darum zu sagen, diese Sorgen und Ängste muss man sehr wohl ernst nehmen, aber d. h., dass die Menschen, die Sorgen und Ängste haben, nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen und die Sorgen und Ängste derer, die hierher fliehen, die sind so viel und dimensional größer als wir es uns das wahrscheinlich nur irgendwie vorstellen können, dass wir in aller-allererster Linie die Pflicht haben diese Sorgen und Ängste und diese Menschen, die da vor unseren Augen jetzt letztlich auch gestorben sind, ernst zu nehmen. Ich glaube, das hat die österreichische, die steirische Bevölkerung tatsächlich in den letzten Tagen bewiesen, dass sie das kann, dass sie das will und dass sie keine Politik will, die sich anbiedert, sondern eine Politik will, die genauso mutig vorangeht, wie das jetzt die Zivilgesellschaft gezeigt hat. Ich habe mir dazu einfach ein paar Beispiele aus der Steiermark angeschaut. Eines davon, ein sehr bekanntes, ist in Gleisdorf, wo es gelungen ist durch aktives Hingreifen der dortigen Politiker Menschen einzubinden. Die können dort gemeinnützig arbeiten, die können dort nämlich in Abstimmung mit allen Beteiligten und Betroffenen sich integrieren, die können einen wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten. Wenn Sie aber dann sagen, ja, Asylheime nicht in der Nähe von Schulen, Kindereinrichtungen, in der Nähe von Wohnsiedlungen, dann frage ich mich, die Antwort ist eigentlich aus einer Schuldiskussion gekommen: Wo soll das sein? Am Dachstein? Ich kann mich erinnern, das war eine Schuldiskussion vor der Landtagswahl, das hat ein 16-jähriger oder 17-jähriger Jugendlicher gesagt. Das ist das, wie diametral Integration entgegensteht. Das verhindert Integration, damit werden wir nicht weiterkommen. Wir müssen diesen Menschen, die zu uns kommen, weil sie überhaupt keine andere Wahl haben, denen müssen wir eine Chance geben sich zu integrieren, sonst führt sich alles andere Weitere ad absurdum. Ich möchte auf einen Aspekt hinkommen, der mir persönlich extrem wichtig ist, weil er einer der Gründe ist, weshalb ich angefangen habe mich politisch zu engagieren. Das ist der Aspekt der Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Ich war gerade beim Forum Alpbach, da war das ein großes Thema, es ist sehr viel gescheit darüber gesprochen worden. Aber warum ich das jetzt bringe ist deshalb, weil in der Debatte sehr oft – in der Debatte in Österreich und in der Steiermark – Menschen, die auch bei uns Opfer des Systems sind, eines ungerechten Systems,

gegen andere ausgespielt werden, weil versucht wird eine Klasse zu schaffen, der es noch schlechter geht, damit die anderen sich besser fühlen. Das ist genau der falsche Weg. Wir Grünen haben uns in der letzten Periode schon immer dafür ausgesprochen, das Sozialsystem nicht zu unterhöheln und nicht zu unterwandern, Gesundheitsleistungen und Sozialleistungen auf einem Stand zu halten, wo es den Menschen bei uns gut gehen kann. Nur wenn wir das schaffen, wenn wir uns dafür gemeinsam einsetzen, können wir auch verhindern, dass hier Menschen gegeneinander ausgespielt werden und dass davon die Rede ist, dass Menschen, die gerade mit dem Leben davongekommen sind, hier bei uns jemandem was wegnehmen. Ich möchte da noch ganz kurz ein Beispiel bringen, was für mich zahlenmäßig so beeindruckend war. Ich habe gerade nachgeschaut, wie viele Lebensmittel in der Steiermark im Jahr weggeschmissen werden, welcher Wert das ist. Es sind 150 Millionen Euro. Wir leben in einem System, wo wir uns leisten können, Lebensmittel um 150 Millionen Euro allein in der Steiermark wegzuworfen. Zehn Millionen Euro kostet uns die Betreuung von Menschen, die unsere Hilfe brauchen – dringend zum Überleben. Ich glaube, die letzten Tage haben bewiesen, dass die Menschen in der Steiermark daran glauben, dass wir uns leisten können, alle die Hilfe brauchen, aufzunehmen. Dass wir uns natürlich, wie meine Vorgängerin gesagt hat, dafür einsetzen müssen, dass auf allen Ebenen es zu einer gerechteren Verteilung kommt, dass die EU, die Nationalstaaten, die Länder, die Gemeinden alle ihren Beitrag leisten. Das ist einfach mein dringender Appell an alle hier Anwesenden. Ich bin ja noch neu, ich habe auch noch Hoffnung – also wirklich für alle –, dass wir es schaffen wegzukommen erstens von einer Rhetorik der Angst, der Mutlosigkeit und, sagen wir einmal, des Auseinandertriftens zu einer mutigen Haltung, zu einer mutigen Politik, die dem wieder, was die Menschen in diesem Land gezeigt haben, politisch ein Fundament gibt. – Aha, ich sehe, meine Redezeit ist schon aus, ich rede zu langsam.

Ich wollte eigentlich noch einen Entschließungsantrag einbringen, kann ich das noch machen? (Präsidentin Dr. Vollath: „Ja, ich bitte flott.“) Okay.

Im Sinne dessen, was ich vorhin gesagt habe, wir müssen legale Möglichkeiten schaffen, dass Menschen zu uns kommen können, die unsere Hilfe brauchen, haben wir einen Entschließungsantrag betreffend Öffnung der Österreichischen Botschaft in Ungarn für Asylwerberinnen einzubringen.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten und sich für die Öffnung der Österreichischen Botschaft für AsylwerberInnen in Budapest einzusetzen, um die legale Einreise nach Österreich zu ermöglichen.

Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen, der ÖVP und der SPÖ – 14.54 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Lackner.

**Landesrätin Mag. Lackner – SPÖ (14.54 Uhr):** Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Frau Landtagspräsidentin, Frau Landesrätin!

Ich nehme jetzt einen Satz auch der Frau Abgeordneten Krautwaschl, was nämlich die Chance auf Integration, oder die Chancen auf Inklusion betrifft, weil ich den Teil der Ereignisse jetzt nicht aussparen will, der natürlich im Herbst auf uns zukommen wird. Heute in einer Woche geht die Schule wieder los und natürlich spielt das Thema Integration, Flüchtlinge, Migration ganz stark auch in den Schulbereich hinein. Ich möchte einfach ein paar Maßnahmen und Überlegungen vorstellen, weil es natürlich auch zu dieser Sitzung heute passt. Es ist so, dass wir in einer Woche rund 73.000 steirische Schülerinnen und Schüler wieder in den Pflichtschulen haben. Das sind die 6- bis 15-Jährigen, die in die Volksschule, in die Neue Mittelschule und in die Polytechnische Schule gehen werden. Von diesen 73.000 sind etwa 10.500 mit nicht deutscher Muttersprache und davon sind es 2.650, die außerordentliche SchülerInnen sind. Das sind im Wesentlichen Kinder, die nicht ausreichend deutsch sprechen können. Das ist eine Situation, die wir schon vorfinden, die nicht neu ist. Ich darf Ihnen jetzt sagen, dass wir seit Beginn der Ferien bis jetzt etwa 100 Flüchtlingskinder in der Steiermark verzeichnen, die zwischen sechs und 15 Jahre alt sind, also in die Schule gehen werden. Das ist eine Größenordnung, die vorliegt. Hochgerechnet vom Bundesministerium werden für ganz Österreich vielleicht 5.000 Kinder in die Pflichtschule gehen. Wenn man es durchdividiert auf die Bundesländer, sind es etwa 600/800 Kinder in der Steiermark. Ich sage jetzt bei 677 Pflichtschulen, die wir in der Steiermark haben und bei 7.700 Lehrern und Lehrerinnen werden wir diese Herausforderung gut meistern können. Ich sage aber auch dezidiert dazu, dass es natürlich ein erster Schritt ist, dass die deutsche Sprache erlernt werden kann. Sprache ist der Schlüssel für Integration, das ist heute schon mehrfach gefallen. Wir haben die Sprachförderung bereits ausgebaut in den Kindergärten und in den Schulen, in den Volksschulen speziell. Wir haben schon längere Zeit in Graz Sprachkurse. Es werden im

Herbst etwa 100 sein, die für Volksschulkinder an den Grazer Schulen angeboten werden. Das ist etwas, womit wir umgehen können und es werden allenfalls eben Flüchtlingskinder noch dazu kommen. In welchem Ausmaß und wo sie dann genau in die Schule gehen werden, das kann heute noch niemand sagen, damit werden wir auch in den nächste Woche umgehen, um das genau feststellen zu können. Die Systeme, Schule, Schulbehörde, Landesschulrat sind auf das eingerichtet, dass wir das gut beobachten und dann natürlich auch Unterstützung leisten können. Das, worum es mir geht ist, dass wir punktuell dort, wo wir die Flüchtlingssituation an den Schulen haben werden, dort mobile Systeme zur Verfügung stellen werden, die multiprofessionell zusammengesetzt sein werden. Es werden Lehrer und Lehrerinnen sein, es sind SozialpädagogInnen, es werden Dolmetscher sein, durchaus auch Personen, die Erfahrung haben mit Trauma Erlebnissen und wir werden dort vor Ort einen Support geben können, wo die Situation auftritt. Wir werden aber damit nicht nur in der Sekunde des Geschehens dort sein, sondern die Schule damit insgesamt stärken mit solchen Situationen umgehen zu können. Es wird dann Netzwerke geben zu NGO's und Fachstellen, die Erfahrung haben. Das heißt, wir werden Schule insgesamt stärken, wir werden Eltern stärken können, wir werden die Lehrer und Lehrerinnen stärken können und das System dahinter: Denn kein Kind in der Steiermark soll zurückgelassen werden. Alle sollen die Möglichkeiten haben sich zu integrieren, Sprache zu erlernen, Sprachförderung in Anspruch zu nehmen dort, wo es notwendig ist. Diese multiprofessionellen Teams, wir haben sie jetzt einmal in der Abkürzung MUT genannt, nämlich mobile Unterstützungsteams werden, wie gesagt, dort dann zum Einsatz kommen, wo die Notwendigkeit besteht. Was eine wesentliche Ergänzung jetzt ist und das ist etwas, was schon länger auch vorbereitet wurde, nicht auf Grund der aktuellen Flüchtlingssituation: Wir werden ab dem Schulbeginn flächendeckend die Schulsozialarbeit in der Steiermark haben. Es ist das Ausschreibungsverfahren gelaufen, es ist das alles bestens abgewickelt worden. Wir werden in der gesamten Steiermark 37 Dienstposten, die sich auf mehr Menschen wahrscheinlich dann aufrechnen werden, zur Verfügung haben, die in den Bildungsregionen zum Einsatz kommen. Diese Fachmensen werden eine wesentliche Schnittstelle zwischen Schule, Behörde, zu Eltern und zu anderen Partnern und Partnerinnen von Schule sein. Das ist jetzt ein wesentliches Modul, das wir schon anbieten können, um die Herausforderungen bewältigen zu können. Das, was es auch noch brauchen wird, das ist eine besondere Willkommensphase, eine Begrüßungsphase für Kinder, die aus der Flüchtlingssituation in der Steiermark ankommen. Wir werden eine gewisse Zeit, wo wir noch nicht wissen, wie lange sie genau dauern wird, wir werden genau

hinschauen, welche Kinder kommen an, wie ist der Hintergrund, woher kommen sie. Wir werden die Eltern einbinden. Wir werden auch in dieser Phase feststellen können, was bringen die Kinder schon mit, in welche Schule können sie gehen, durchaus auch in ein Gymnasium, wenn die Voraussetzungen erfüllt werden und die erste Phase des Erlernens der deutschen Sprache soll natürlich dort auch gegeben sein. Wir haben, glaube ich, ein Angebot geschaffen, das zum Teil auf das zurückgreift, was Schule sowieso schon kann und manche neuen Elemente hereinbringt, weil wir ja flexibel auf die jeweiligen Gegebenheiten eingerichtet sein müssen. Insofern kann ich den Antrag der Grünen, der vor zwei Stunden oder so, vorgestellt worden ist, dem kann ich natürlich etwas abgewinnen, weil viele Dinge, die vorbereitet worden sind, schon vor längerer Zeit, aber jetzt auch über die Sommerzeit, dem entsprechen, was auch die Vorstellungen der Grünen sind und ich wollte die Gelegenheit jetzt nützen auf diesen Fokus, auf die Schule, die nächste Woche beginnen wird, zu legen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.02 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Nun liegt mir eine Wortmeldung vom Bundesrat Gerd Krusche vor. Ihm steht ein Rederecht zu den ersten beiden Dringlichen Anfragen zu.

**Bundesrat Krusche – FPÖ (15.03 Uhr):** Frau Präsident, geehrte Mitglieder der Regierung, Hohes Haus!

Zuerst darf ich mich bedanken beim Klubobmann Schwarz dafür, dass er uns gute Ratschläge gibt, wer bei uns was wie am besten sagen sollte oder nicht sagen sollte, damit wir bei der Bevölkerung gut ankommen. Ich bitte mir nicht böse zu sein, wenn wir diesen Rat nicht beherzigen, weil wir sonst solche Wahlergebnisse haben, wie Sie und Ihre Fraktion *(Beifall bei der FPÖ)*. Aber der Kollege Schwarz verniedlicht ja auch dieses Durchgriffsrecht des Bundes, das naturgemäß für mich als Bundesrat hier im Mittelpunkt steht. Ich bin da ganz anderer Meinung, nämlich, dass diese Verfassungsänderung demokratiepolitischer und föderalistischer Wahnsinn ist. Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen. Eingbracht worden ist das als Initiativantrag und nicht als Regierungsvorlage. Damit gelingt es den Konsultationsmechanismus zwischen den Ländern und dem Bund auszuhebeln. Es gibt natürlich auch keine wirkliche Begutachtungsphase mit den entsprechenden Stellungnahmen der Länder. Diese Perfidie und Feigheit der Bundesregierung kommt zum Ausdruck dadurch, dass sie eben ihre Klubobleute vorschickt um die Panik, die hier herrscht, in den Verfassungsrang zu heben. Das noch in einer völlig unausgewogenen Art und Weise. Diese

ominösen 1,5 % sind heute bereits oft erwähnt worden, die ja auch mehr oder weniger beliebig bei Verordnung nach oben korrigiert werden können. Das sind pauschale Prozentsätze und da haben wir ein mathematisches Problem, weil es keine fixen Zahlen und keine fixen Obergrenzen gibt, sondern nur einen Prozentsatz der sich an ständig, kann man sagen, stündlich veränderten Zahlen orientiert. Das kann nicht funktionieren und das wissen wir auch bereits. Das haben wir in der Steiermark schon gesehen. Vor einigen Monaten war großer Jubel, hurra, wir Steirer erfüllen die Quote, die damals sozusagen freiwillig war. Wenige Wochen später liegen wir irgendwo im hinteren Feld. Heute haben wir gehört, 524 Betreuungsplätze fehlen uns, um diese Quote zu erfüllen. Das alles im Verfassungsrang. 450 Asylwerber pro Liegenschaft und zwar unabhängig von der Größe der Liegenschaft, unabhängig von der Bebauung, das kann ja auch angemietet werden und es gibt ja auch die Fälle, dass es ein Objekt gibt, dass auf mehrere Liegenschaften verteilt ist, da geht das dann gleich in die Höhe, dann habe ich schon 900 für ein Gebäude. Das ist also völlig unausgewogen und ausgegoren. So nebenbei hebt man mit diesem Gesetz auch noch die Raumordnung und das Baugesetz aus, das ja eigentlich Länderkompetenz ist. Mit einem Strich wird eigentlich noch viel weitergehend der Rechtsstaat insgesamt ausgehebelt, weil gegen diese Maßnahmen des Bundes ja keinerlei Rechtsmittel zulässig sind. Das, meine Damen und Herren, es wurde schon mehrmals gesagt, es geht um eine Notsituation, wir haben hier in Wahrheit eine Notstandsgesetzgebung. (*LTabg. Schwarz: „Bitte!“*) Eine solche Notstandsgesetzgebung wird immer dann verwendet, wenn der Staat nicht mehr durch ordnungsgemäße verfassungsmäßige Verfahren regieren kann. (*LTabg. Schwarz: „Wollen sie sagen, das Gesetz ist nicht verfassungsgemäß oder was?“*) Es gibt genügend Beispiele in der Geschichte, in der Vergangenheit und in der Gegenwart, was solche Notstandsgesetzgebungen bewirken und wie Länder ausschauen, die nach solchen Regeln regiert werden und wir machen hier einen ersten Schritt dazu. Was sagen die Länder zu dieser eigentlichen Ungeheuerlichkeit? Gar nichts, sie murren vielleicht leise, aber im Großen und Ganzen sagen sie dann: „Naja wir werden es wahrscheinlich ohnehin nicht brauchen“. Das erinnert mich auf den auf Bewährung entlassenen Straftäter der sagt: „Ich werde sicher nicht mehr rückfällig werden, aber bitte sperrt mich sicherheitshalber doch weiter ein“. Der wird wahrscheinlich in der Psychiatrie landen. Was wir hier gehört haben war ständig eine Art Autosuggestion: „Wir werden es schaffen“ in der Merkel-Diktion vom Herrn Landeshauptmann. „Wir werden das bewältigen“. Da sind ja abenteuerliche Formulierungen gefallen. „Schauen wir einmal“ hat der Herr Landeshauptmann gesagt, „wir müssen halt die

Bürgermeister überzeugen.“ Wir sollten nicht übersehen, dass wir in erster Linie die Bürger überzeugen müssen und nicht die Bürgermeister. (*LTA*bg. *Khom*: „*Tun wir das.*“ – *Beifall bei der FPÖ*) Die Formulierung gefallen, Gesetz hin, Gesetz her, hier haben wir es mit einer verkehrten Welt zu tun. Der Einzige, der zumindest probiert hat phasenweise die Gesetze einzuhalten, nämlich die EU-Gesetze, ist der Präsident Orban, der wird dann als Despot abgekanzelt. Das, meine Damen und Herren, ist Politik nach dem Prinzip ein bisschen Hoffnung und vor allem nach dem Prinzip Ratlosigkeit. (*Beifall bei der FPÖ*) Schöne Worte haben wir heute viele gehört, aber keine konkreten Maßnahmen, keine Vorschläge, außer von meiner Fraktion, die dazu angetan sind, dieses Problem, nämlich in der Steiermark, einer Lösung zuzuführen, zumindest einen Schritt in diese Richtung zu setzen. Da wird darüber geredet, was die EU alles tun müsste. Ja, das wissen wir auch, aber sie tut es nicht, auch das wissen wir. Wenn die EU etwas nicht tut und ihre Gesetze, ihre eigenen, nicht exekutiert, dann müssen die Nationalstaaten zur Selbsthilfe greifen und dann muss man sagen Schengen hin und Schengen her, dann brauchen wir eben die Grenzkontrollen (*Beifall bei der FPÖ*). Die Frau Landesrätin Kampus hat gesagt, dass die Wahrheit zumutbar für den Menschen ist. Ja, das glauben wir auch. Aber wenn wir es ihnen sagen, dann sind wir die Verhetzer. Der große Konsens, der beschworen wird, das wird ein bisschen missverstanden. Sie verstehen unter Konsens offensichtlich das, dass die Oppositionspartei zu allem Ja und Amen sagt und möglichst nicht den Mund aufmacht. Wir verstehen ein bisschen etwas anderes darunter. (*Beifall bei der FPÖ*) Meine Damen und Herren, am 25. September soll dieses unsägliche Verfassungsgesetz dann schlussendlich vom Bundesrat abgeseget werden. Ich befürchte, dass die Bundesräte der Regierungsfractionen dem natürlich zustimmen werden. Ich bin und ich war immer ein Verfechter und Verteidiger des österreichischen föderalen Systems. Nach diesem 25. September werde ich allerdings in Argumentationsnotstand geraten. Denn, die Frage, und die wird sehr häufig gestellt, warum brauchen wir in Österreich neun Bundesländer, neun Landesregierungen, neun Landesparlamente und das hinlänglich bekannte Beispiel Bayern wird immer dann auch ins Treffen geführt. Was kann ich Ihnen jetzt dann sagen? Naja, Fischerei- und Jagdwesen, das ist schon wichtig, dazu brauchen wir die Länder, aber für die Krisenbewältigung sind die Länder selbstständig nicht in der Lage. Da lassen sie sich vom Bund dazu zwingen. Das ist ein Armutszeugnis, aber vielleicht ist es auch Kalkül. Vielleicht wollen die Bundesländer das ja, damit sie dann gegenüber der Bevölkerung sagen können, wir waren es nicht, das war ja der böse Bund. Dieses Spiel kennen wir ja und ist bereits öfters auch von steirischen Landeshauptleuten schon gespielt

worden. Man wird ihnen dabei geflissentlich verschweigen, dass wir dem zugestimmt haben, ja sogar, wie die ÖVP gesagt hat, es sogar begrüßen. Meine Damen und Herren, ich kann nur appellieren an Sie (*Präsidentin Dr. Vollath: „Herr Bundesrat, die Redezeit ist erschöpft.“*) und vor allem an die Bundesräte – ich weiß, es blinkt noch. (*Präsidentin Dr. Vollath: „Dann bitte ich Sie auch zum Schluss zu kommen.“*) Stimmen Sie diesem Verfassungsgesetz nicht zu. Verweigern Sie die Zustimmung im Bundesrat. Danke. (*Beifall bei der FPÖ – 15.13 Uhr*)

**Präsidentin Dr. Vollath:** Die nächste Wortmeldung ist vom Abgeordneten Amesbauer bitte.

**LTAbg. Amesbauer, BA – FPÖ (15.14 Uhr):** Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Behandlung der Dringlichen Anfragen dauert jetzt schon mehrere Stunden und ich habe mich jetzt noch einmal zu Wort gemeldet, um ein bisschen darzustellen und zusammen zu fassen, wie ich diese Debatte bisher erlebt habe. Ich habe es bei meiner Dringlichen schon gesagt, dass Ihnen die Tragweite der Probleme, die durch die Flüchtlingsströme auf uns zukommen und teilweise schon angekommen sind, noch immer nicht bewusst ist. Das hat sich jetzt in der Debatte wieder bestätigt. Ganz kurz nur möchte ich mich den Grünen widmen, also wirklich nur ganz, ganz kurz, lieber Lambert. Du hast einmal von diesen Bildern gesprochen, diese medialen Manipulationen, die es ja scheinbar nur ganz vereinzelt gibt und dass das ja nicht so nennenswert ist und eines muss man schon auch sagen (*LTAbg. Schönleitner: „Da gibt es ganz viele.“*) - kein Mensch, Lambert, so wie du das in den Raum gestellt hast behauptet, und schon gar nicht die Freiheitliche Partei, dass alles was in den Medien über das Flüchtlingsthema gezeigt und berichtet wird, dass das alles manipuliert ist. Das ist ein völliger Schwachsinn, das sagt auch niemand. Schon gar nicht jemand aus unseren Reihen. Es ist aber auch eine Tatsache, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt, dass bewusste Bildmanipulationen stattfinden. Das Bild mit der Frau mit dem Baby auf den Geleisen hat Herr Klubobmann Kunasek ins Treffen geführt. Es ist auch eine Form der Manipulation, gewisse Bilder nicht zu zeigen. Vielleicht wichtige Ausschnitte bewusst nicht zu zeigen. Ich kann mich erinnern, oder Sie haben es vielleicht auch gesehen auf you tube, in den sozialen Medien findet man dieses Video, ein offizielles Video der ungarischen Polizei, wie ungarische Polizisten am Bahnhof sind und die Flüchtlinge verpflegen wollen mit Wasser und mit Lebensmittelpaketen. Was machen die Flüchtlinge? Sie lehnen das ab. Sie werfen die Wasserflaschen, die verpackten Wasserflaschen auf die Geleise (*Unruhe bei der SPÖ, ÖVP*



und Grüne) – das ist die Wahrheit Herr Kollege, das ist die Wahrheit. Sie werfen das Wasser weg auf die Geleise, sie werfen das Essen weg. Die Bilder (*LTA*bg. Schwarz: „Das ist so was von geschmacklos.“) der hungernden Flüchtlinge haben wir dann und das Bild wird transportiert, dass Ungarn so furchtbar und so böse ist. Aber, dass die das Essen wegwerfen, das sieht niemand. Das ist Manipulation, sehr geehrte Damen und Herren. (*LTA*bg. Schweiner: „Sie manipulieren.“ – Beifall bei der FPÖ – *LTA*bg. Schwarz: „Vielleicht hätte ich nicht sagen dürfen semikonstruktiv.“) Ein Wort noch, ein Satz in Ihre Richtung, weil Sie gerade so mit dem Kopf deuten, Kollegin Jungwirth. Ihre Aussage gegenüber dem ungarischen Ministerpräsidenten und der gesamten ungarischen Regierung, demokratisch gewählt, dass Sie die ungarische Regierung vergleichen mit Nazimethoden oder ihnen Nazimethoden vorwerfen, dass ist einerseits eine unerhörte Entgleisung und andererseits ist es eine Verharmlosung meiner Meinung nach dem NS-Verbrecherregimes. Das ist unfassbar. (Beifall bei der FPÖ) Der letzte Satz zu den Grünen, weil ich möchte euch nicht zu viel Raum widmen, weil wir haben wirklich dringenderes zu besprechen als die verkannte und verblende Politik der Grünen. Lieber Lambert, du hast kritisiert, dass es keine Worte des Bedauerns gegeben hat seitens der FPÖ. Die drastischen Bilder, die wir sehen und erleben - (*LTA*bg. Schönleitner: „Wo ward ihr?“) Sehr geehrte Damen und Herren, jetzt sage ich Ihnen eines, diese Bilder, die wir gesehen haben, diese Tragödie im Lastwagen mit 71 Toten (*LTA*bg. Mag. Pichler-Jessenko: „Ja, hat es nicht gegeben? Wo ward ihr medial?“), die hunderten Toten, die im Mittelmeer ums Leben kommen, das ist eine Schande für ganz Europa, das ist ganz, ganz furchtbar und für jeden Menschen, der fühlen kann, ist es selbstverständlich, dass man sich mit Grauen abwendet und das zutiefst bedauert, Lambert. Das ist ja wohl ganz klar. (Beifall bei der FPÖ) Man muss aber schon auch ergänzend anführen, dass die Politik der offenen Grenzen, jeder soll hereinkommen, es wird suggeriert. Merkel, Deutschland, hat uns übrigens einen Bärenienst erwiesen, ganz Europa mit der Aktion, dass Dublin außer Kraft gesetzt wird und die Aussage getroffen hat: jeder Syrer kann in Deutschland Asyl bekommen“ und natürlich dringt das auch nach Syrien durch und die Menschen machen sich Hoffnungen und die Hoffnungen werden geweckt und die machen sich auf den Weg (*LTA*bg. Mag. Pichler-Jessenko: „Gott sei Dank gibt es Hoffnung.“) Die Schlepperkriminalität profitiert genau von solchen Dingen. (*LTA*bg. Mag. Pichler-Jessenko: „Was machst du?“) Die Schlepperkriminalität, Kollegin Pichler-Jessenko, passiert genau durch solche verfehlten Maßnahmen. Wenn man sich Australien ansieht mit der No-Way-Politik, die hatten ähnliche Probleme, wo ganz klar gesagt wurde, ihr kommt auf diesem Wege nicht in unser Land. Da

ist glücklicherweise seit langer Zeit niemand mehr ertrunken. Die werden von der Marine aufgegriffen, die werden ordentlich gepflegt und wieder zurückgebracht. Daher, das ist vielleicht jetzt auch eine drastische Aussage, ich werde sie aber tätigen, diese Politik der offenen Grenzen tötet. Die offenen Grenzen, wie wir sie in dieser Form haben, töten. (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko*: „*Stellst du dich hin und erschießt du dann alle, wenn sie um ihr Leben rennen?*“) Die Sicherung, von Ihnen so kritisierte Sicherung (*Unruhe bei der SPÖ und ÖVP*) der – geh bitte Frau Kollegin, das ist ja unerhört, was du da sagst (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko*: „*Da rennt er durch den Stacheldrahtzaun durch.*“) Die Sicherung der EU-Außengrenzen ist rechtlich auch so vorgesehen, das weißt du ganz genau, das ist eine wichtige Maßnahme. Auch temporäre Grenzkontrollen in Österreich werden notwendig sein. Schön langsam beginnt auch in der Bundesregierung ein langsames Umdenken, weil es ohne den nicht mehr gehen wird. Man muss Grenzkontrollen sicherstellen. (*LTabg. Ing. Jungwirth*: „*Kontrollen hat es immer gegeben, laufend.*“ – *Unruhe bei den Grünen*) Sehr geehrte Damen und Herren, die Bundesregierung und auch auf EU-Ebene wird jetzt immer stärker diskutiert, Asylwerber auch an jeweiligen Kontinenten in der Nähe des Heimatlandes in Asyllagern unterzubringen. Das fordert die Freiheitliche Partei auf Bundesebene seit Jahren. Das wurde immer verächtlich von euch behandelt. Da ist immer wieder die große Keule der Hetze gekommen und jetzt ist die Bundesregierung schön langsam so weit, dass sie das auch sehen. Man muss auch die Solidarität in der arabischen Welt einfordern. Was ist bitte mit den reichen Golfstaaten wie Dubai, wie Katar, wie Saudi Arabien, da sind die Grenzen dicht für ihre moslemischen Brüder, das muss man auch einmal ganz ehrlich sagen. (*Landesrat Mag. Drexler*: „*Was ist mit Jordanien?*“) Da wäre ein Engagement von der EU auch gefordert, Herr Kollege Drexler. Herr Kollege Drexler, Sie haben in ihren Ausführungen auch gesagt: „Na selbstverständlich ist es klar, dass Österreich nicht alle Flüchtlinge der Welt aufnehmen kann“. Dann wäre es aber auch einmal an der Zeit eine absolute Höchstzahl zu definieren. Ja, wir sind hilfsbereit, ja wir gewähren Menschen die wirklich vor Elend, vor Verfolgung, vor Tod, vor Folter flüchten, Schutz und Hilfe, aber wir können nicht alle aufnehmen. Da bietet uns die rechtliche Möglichkeit zu sagen: „Jene, die über sichere Drittstaaten einreisen, nicht mehr aufzunehmen, um dieses Problem in den Griff zu bekommen“. Ich habe da jetzt ein Leider gehört, also das ist ja – wir werden rechtliche Regelungen brauchen und die auch anwenden müssen. Es wird nicht anders funktionieren, sehr geehrte Damen und Herren. Die KPÖ, Frau Kollegin Klimt-Weithaler, ein Satz in Ihre Richtung. Sie haben gesagt, die KPÖ unterscheidet nicht zwischen guten und bösen Flüchtlingen. Da stelle ich mir aber schon die

Frage, was ist dann mit Jihadisten? Weil wir wissen es, dass vor allem aus den Reihen der Mohammedaner und immer wieder unter dem Deckmantel des Asyls radikale Fanatiker einreisen. Ja, Jihadisten, Menschen die sich am Jihad beteiligt haben und es auch in der Steiermark schon vorgekommen ist, dass solche unter dem Deckmantel des Asyls einreisenden radikalen Jihadisten auch versuchen in Asylwerberheimen in der Steiermark neue Kämpfer für den IS zu rekrutieren. Das wollen wir nicht und deshalb unterscheiden wir sehr wohl, wer zu uns kommen darf. *(Beifall bei der FPÖ)* Sehr geehrte Damen und Herren, wir werden Maßnahmen brauchen, um dem Asylchaos, und ich bleibe dieser Diktion, Herr zu werden. Sie werfen uns vor, wir differenzieren nicht, wir tun das sehr, sehr genau Herr Kollege Schwarz. Sie wissen das. Schutz und Hilfe auf Zeit für jene, die es wirklich brauchen in einer Anzahl, die unseren Möglichkeiten und unseren Kapazitäten in Österreich entspricht. Aber nein zu Scheinasylanten, nein zu Wirtschaftsflüchtlingen und nein zu Menschen, die kriminell hier werden. *(Beifall bei der FPÖ)* Rasche Asylverfahren, die Daten über Abkommen einhalten, ein befristetes Asyl. Asyl ist ja Schutz und Hilfe auf Zeit. Der Sinn und Zweck des Asylrechtes ist ja, wenn der Kriegsgrund, wenn der Fluchtgrund erlischt wieder zurückzugehen. Das müssen wir sicherstellen. Wir brauchen ein befristetes Asyl, wir brauchen Asyl auf Zeit und kein Dauergastrecht wie das Asyl de facto in Österreich praktiziert wird. Eines möchte ich abschließend noch sagen, sehr geehrte Damen und Herren, vergessen wir nicht auf unsere eigene Bevölkerung, vergessen wir nicht darauf, dass wir in Österreich mit einer Rekordarbeitslosigkeit konfrontiert sind, dass wir in Österreich damit konfrontiert sind, dass Tausende Menschen an oder unter der Armutsgrenze leben, sich die Lebensmittel nicht mehr leisten können, im Winter sich das Heizen nicht mehr leisten können. Schauen wir zuerst auf unsere eigene Bevölkerung und dann auf jene Flüchtlinge, die Schutz und Hilfe auf Zeit tatsächlich brauchen. *(Präsidentin Dr. Vollath: „Herr Abgeordneter die Redezeit ist erschöpft.“)* Aber beenden wir das Asylchaos. *(Beifall bei der FPÖ – 15.24 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Klubobmann Kunasek.

**LTabg. Kunasek – FPÖ (15.24 Uhr):** Danke Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte nur für mich auch den Verlauf der heutigen Sitzung zusammenfassen und Revue passieren lassen. *(LTabg. Schwarz: „Welche Dinge willst du zusammenfassen?“)* Lieber

---

Hannes, sehr geehrter Herr Klubobmann Schwarz, zum einen erst einmal Danke für die tollen Ratschläge, wie wir uns als Partei, als Fraktion zu verhalten haben, wie sich einzelne Abgeordnete von uns angepasst zu verhalten haben. Vor allen Dingen möchte ich auch festhalten, es unterscheiden uns doch ein paar Dinge. Zum einen, die Freiheitliche Partei gewinnt Wahlen und hat ein Plus vorne stehen, die Sozialdemokratie hat ein Minus vorne stehen. Das Zweite, was uns unterscheidet, wenn wir erster werden, und das werden wir sein (*LTabg. Schwarz: „Ach so?“*) im Weg der Zukunft, dann würden wir den Landeshauptmann stellen und nicht als Zweiter hinten nach dümpeln. (*Beifall bei der FPÖ*) Meine sehr geehrten Damen und Herren, was mich aber schon nachdenklich stimmt, und das sage ich ganz bewusst in Richtung der ÖVP und ganz bewusst dir, liebe Barbara, als Klubobfrau, dass das Durchgriffsrecht, das heute von uns kritisiert worden ist, auch von unserem Bundesrat kritisiert worden ist, eine Aushöhlung des Föderalismus darstellt, eine Entmachtung der Gemeinden und damit auch der Mitsprache der Bürger darstellt, von dir und von euch zur Kenntnis genommen und sogar noch gutgeheißen wird. Da bin ich mir nicht ganz so sicher, ob das die ÖVP-Bürgermeister, da gibt es auch noch den einen oder anderen (*LTabg. Khom: „Was heißt den einen oder anderen?“*) das auch so beurteilen und sehen. Ich glaube schon, dass ihr hier auch in der Verantwortung und in der Pflicht seid, euren Bürgermeistern, den Bürgervertretern auch entsprechend zur Seite zu stehen und nicht den Föderalismuskillern in Wien in Wirklichkeit Steigbügelhalter zu sein, meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP. Aber was mich am meisten empört hat, das sage ich ganz offen, das sind die Aussagen der Frau Abgeordneten Jungwirth. Ich sage das in aller Deutlichkeit und ich werde den Grünen hier heute auch keine Bühne bieten, wenn sie grundlegend anders denken, aber anscheinend denken ja viele gleich wie Sie, das unterscheidet uns im Übrigen auch. Wir haben hier anscheinend ein Monopol auf eine andere Meinung. In diesem Raum gibt es eigentlich nur nämlich eine rot-schwarz-grün-dunkelrote Einheitsmeinung. Aber Frau Abgeordnete Jungwirth, wenn Sie einen gewählten Ministerpräsidenten eines EU-Landes, nämlich Ungarns, vorwerfen Nazimethoden anzuwenden, dann kann ich nur sagen, das das a) unerhört ist, zweitens, wo bleibt da jetzt der Aufschrei der ÖVP, auch Herr Landeshauptmann, nämlich wie ich mich erinnern kann, ist die Fidesz auch Teil der EVP, nämlich der Europäischen Volkspartei. Dass man Parteien und Parteiführer eines gewählten demokratischen Landes als Nazis bezeichnen darf und Nazimethoden vorwirft, glaube ich, dass ist der Würde dieses Hauses hier nicht würdig. (*Beifall bei der FPÖ*). Da frage ich mich abschließend schon noch Frau Landtagspräsidentin, was muss man hier in diesem Haus, in

diesem Hohen Haus vom Rednerpult aus zum Besten geben, dass man hier einen Ordnungsruf erhält, weil das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist in keinem Parlament üblich, dass man demokratische Volksvertreter als Nazis verunglimpft, meine sehr geehrten Damen und Herren. Abschließend für mich, ich sage euch und ganz besonders auch wieder an die ÖVP: Nehmen Sie sich ein Beispiel an der CSU und auch am Ministerpräsidenten Seehofer, der gestern richtigerweise gesagt hat, ich zitiere: „Dass ...“, und damit meint er die Flüchtlingskrise, „... hält auf Dauer keine Gesellschaft aus.“ (*Beifall bei der FPÖ – 15.28 Uhr*)

**Präsidentin Dr. Vollath:** Zur Sache wegen des Ordnungsrufes meldet sich die Abgeordnete Jungwirth jetzt für eine tatsächliche Berichtigung zu Wort.

**LTAbg. Ing. Jungwirth – Grüne (15.29 Uhr):** Nicht wegen des Ordnungsrufes, sondern weil Sie gesagt haben, ich hätte behauptet oder gesagt Orbán sei ein Nazi. Das habe ich nicht gesagt, sondern ich habe gesagt: „Das sind Nazimethoden, die hier angewandt werden“. Das ist ein gravierender Unterschied. (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Das ist genauso schlimm.“ – LTAbg. Dr. Kurzmann: „Sie verharmlosen den Nationalsozialismus, was sie da betreiben. Das ist ja unglaublich.“ - 15.29 Uhr*)

**Präsidentin Dr. Vollath:** Herr Klubobmann, darf ich nur noch Nachfragen, war das jetzt der Antrag auf einen Ordnungsruf? (*LTAbg. Kunasek: „Ich habe die Frage gestellt, was man in diesem Haus aussagen muss – ich würde hier auf die Verantwortung der Frau Präsidentin verweisen.“*) Frau Abgeordnete, ich weise solche Aussagen für dieses Haus zurück und erteile Ihnen einen Ordnungsruf. (*Beifall bei der FPÖ*)

Als Nächstes zur Wort gemeldet ist Bundesrat Mario Lindner. Ihm steht das Rederecht zu den ersten beiden Dringlichen Anfragen zu.

**Bundesrat Lindner – SPÖ (15.30 Uhr):** Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wenn ich an die letzten zwei Wortmeldungen der FPÖ denke und das jetzt auch laut sagen würde, was ich mir denke, dann würde ich jetzt auch von der Frau Präsidentin einen Ordnungsruf bekommen und das ist mir die FPÖ bei Weitem nicht wert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss mir fast auf die Zunge beißen, aber ich werde es trotzdem sagen. Ich bin der FPÖ sehr dankbar für diese Sonderlandtagssitzung. Das ist mir erst vor ungefähr 10/15 Minuten bewusst worden, warum ich euch dankbar bin. Seit dem wir wissen, dass ein Verfassungsgesetz kommen wird, dass das Durchgriffsrecht des Bundes in Fragen Asyl betrifft, habe ich mir selbst die Frage gestellt: Wie werde ich im Bundesrat abstimmen? Ich selber habe für mich beantwortet, natürlich wird dieses Bundesgesetz stimmen. Nur jetzt, und jetzt greife ich vor, der Antrag der FPÖ, der gegen dieses Durchgriffsrecht ist, wird wahrscheinlich mit demokratischer Mehrheit im steirischen Landtag abgelehnt werden. Das heißt im Umkehrschluss für mich, der Steirische Landtag ist für dieses Durchgriffsrecht und jetzt weiß ich persönlich ganz genau, was ich am 25. September im Parlament machen werde, nämlich für dieses Verfassungsgesetz stimmen. Meine zweite Frage ist jetzt aber, was die drei Kollegen der FPÖ am 25. September machen, ob sie die Abstimmung des Steirischen Landtages respektieren oder nicht. Ich werde euch auf alle Fälle (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Was ist das für eine absurde Situation. Das ist absurd.“*) am 25. September daran erinnern, wie der Steirische Landtag abgestimmt hat. Ich möchte ein Zitat des Wiener Bürgermeisters Dr. Michael Häupl bringen: „Flüchtlinge sind keine Feinde, sondern Menschen, die um ihr Leben rennen. Wir helfen.“ Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht um Menschlichkeit Solidarität, Hilfsbereitschaft und Zivilcourage. Glück auf. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.32 Uhr*)

**Präsidentin Dr. Vollath:** Zu Wort gemeldet hat sich Präsidentin Khom.

**LTAbg. Khom – ÖVP (15.33 Uhr):** Frau Präsidentin, geschätzte Landesregierung, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

„Asylchaos, alle Arbeitslosen dieser Welt, sie werden uns überrennen“. Da sind Menschen auf der Flucht. Was fällt Ihnen ein bei dem Wort auf der Flucht zu sein? Waren Sie schon einmal auf der Flucht? Ich habe für mich persönlich überlegt, wo war ich auf der Flucht. Es gibt den einen oder anderen, der ist auf der Flucht, wenn es um die Presse geht. Gewisse mögen das sehr gerne und führen das herbei, dass die Presse da ist. Aber wann genau ist man auf der Flucht? Für mich persönlich habe ich festgestellt, ich verwende dieses Wort dann, wenn jemand sehr schnell geht. Dann sage ich: „Na, renn nicht so schnell, wir sind nicht auf der Flucht“. Ende meines Zuganges zur Flucht. Da steht, es sind Menschen, die sind auf der Flucht. Nicht so wie wir, sondern die sind auf der Flucht, weil bei ihnen zu Hause Krieg ist.

Krieg, wir wissen gar nicht, was das ist. Wir kennen es aus Bildern, im ORF, aus der Zeitung oder vielleicht noch aus den Erzählungen unserer Großeltern. Wir wissen es nicht. Aber sprechen Sie mit Menschen, die aus Kriegsgebieten kommen. Dann überlegen Sie sich, was Sie tun würden, wenn plötzlich die Bombe das Nachbarhaus zerstört, wenn man plötzlich nicht mehr genau weiß, was haben meine Kinder zu Essen und zu Trinken. Wenn es diese Geschichten gibt, dass Frauen, also ihre Frau oder ihre Tochter, an die Ladefläche eines Autos mit gespreizten Beinen gebunden werden, damit sich Männer bedienen können. Wenn Männer abgeholt werden, um in den Krieg zu gehen und wenn sie nicht hingehen, werden sie gleich da erschossen. Das ist Krieg und davor fliehen Menschen und die stehen vor unserer Tür. „Herz statt Hetze“, hat es heute in der Früh geheißen. Vielleicht überlegen Sie sich genau, was Sie tun würden, wenn bei Ihnen zu Hause diese Dinge passieren würden. Wenn ich dann höre, dass die Menschen unglücklich davor stehen, weil sie wo nicht einreisen dürfen, dann versuche ich sie wieder einmal mitzunehmen und überlegen Sie, wenn Sie vor einem Stacheldrahtzaun stehen, weil den sollen wir ja jetzt plötzlich hochziehen, weil er wird verhindern. Was wird er verhindern? Sicherheit für unsere Bevölkerung hat der Kollege Amesbauer gefordert. Glauben Sie, dass wir sicher sind, wenn wir Stacheldrahtzäune aufstellen? Oder könnte es sein, dass diese überlaufen werden? Verständlicherweise, wenn man die Frau oder der Mann auf der anderen Seite ist, die auf der Flucht sind. Ich bitte euch, das alles zu überlegen, wenn ihr rausgeht und viele Dinge fordert. Wenn der Herr Klubobmann heute gesagt hat, es geht um das Thema, dann frage ich mich, warum er darauf hinweisen muss, dass wir mehr Stimmen haben und ihr weniger Stimmen habt. Was hat das jetzt mit diesem Thema zu tun? Hat mir nicht gefallen (*LTabg. Kunasek: „Hat mir nicht gefallen.“ – Heiterkeit bei der FPÖ*) – nein. Aus dem einfachen Grund, weil, lieber Herr Klubobmann du begonnen hast zu sagen: „Wir wollen heute hier miteinander an etwas arbeiten“ und in deiner Aussage ich nur gehört habe, wer hat mehr Stimmen, ihr oder ich. Wer schafft es, die Menschen zu mobilisieren, wer schafft es in die Köpfe der Menschen Angst zu setzen? Denn Angst, lieber Herr Klubobmann, macht Krieg. Ich hoffe sehr, wenn ihr darauf pocht auf Sicherheit in unserem Land, dass in unserem Land nicht plötzlich Gesellschaft untereinander ausgespielt wird, denn das führt zu Krieg. Ich möchte nicht erleben, dass in meinem Land, in meiner Steiermark, in unserer Steiermark es dann auch Menschen auf der Flucht gibt. Diese Gefahr sollten Sie überdenken und ich gebe allen Recht die sagen: „Ja, wir brauchen Lösungen“. Wir brauchen Lösungen dort vor Ort, wo Krieg ist. Der Mensch ist leider nicht lernfähig, denn sonst gäbe es keine Kriege. Da müssen wir

versuchen all unsere Kraft und unsere Energie aufzuwenden, um dort ein wenig für Sicherheit oder für Frieden zu sorgen, um dort vor Ort Hilfe zu leisten. Ich glaube, das ist das Beste, was wir tun können. Wir brauchen auch eine Lösung in diesem, unserem Europa. Ich vertraue auf Europa. Wir haben oft lange gebraucht, um Lösungen zu finden. Manchmal in letzter Sekunde. Wir sind in der letzten Sekunde und ich hoffe, Europa findet eine Lösung. All diese Dinge sind zu tun, da gebe ich euch allen Recht. Auch wir haben viel zu tun und ich bin sehr froh, dass die Landesrätin und der Landeshauptmann hier vieles daran setzen, um Lösungen zu finden, wie gehen wir mit der Situation im sachlichen Bereich um. Aber ich bitte euch, vergesst eines nicht: Die Menschen die heute da sind, sind auf der Flucht. Etwas, wo wir nicht genau wissen, was es heißt auf der Flucht zu sein. Herr Klubobmann, „was soll anders werden“, war der Beginn des heutigen Tages. Wir sollen nicht alles, da gehöre ich auch dazu, mit der rosaroten Brille sehen, aber wir sollen nicht schwarzmalen. Ja, ich bin auch dafür, mehr Herz als Hetze und dazwischen gebe ich unserem Landeshauptmann Recht, haben wir alle unseren Verstand einzuschalten und zu schauen, was genau können wir tun, um den Menschen zu helfen, um Sicherheit zu gewährleisten und um ein bisschen dazu beizutragen, dass Friede ist. Dort und in Zukunft auch bei uns. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.39 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Als Letzte zur Wort gemeldet hat sich Landesrätin Kampus.

**Landesrätin Dr. Kampus – SPÖ (15.39 Uhr):** Geschätzte Frau Präsidenten, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Erlauben Sie mir am Ende eines für mich, und für uns alle wahrscheinlich, durchaus emotionalen Tages noch ein paar Worte. Die Diskussion wurde emotional geführt und bei diesem Thema nicht Emotion zu zeigen, wäre aus meiner Sicht auch nicht das Richtige. Darum das Motto, auch ich wiederhole und bestätige es: „Herz statt Hetze“ hat seine Berechtigung. Nämlich mit Herz an diese Sache heranzugehen und zu zeigen, wozu die Steiermark fähig ist. Das beste Beispiel, und man kann es nicht oft genug erwähnen, ist die großartige Zivilgesellschaft, die uns voranschreitet mit Mut, mit Anstand, mit Respekt, mit Rückgrat. Diese Menschen gilt es zu unterstützen und diesen Menschen gilt es zu danken, das möchte ich an dieser Stelle noch einmal tun. Das ist mir ein Herzensanliegen. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Ich möchte noch jetzt klarstellen, um nicht zu belehren, sondern einfach weil auch da wieder ein Bild erzeugt wird, das nicht stimmt. Es wird davon gesprochen, dass 1,5 % an Menschen in Gemeinden kommen, gemessen an den Flüchtlingen



und das ist schlichtweg falsch - gemessen an der Einwohnerzahl. Darum kann es auch nicht große Bewegungen nach oben und nach unten geben, weil die Einwohnerzahl eine relativ stabile ist. Deshalb bitte auch das so zu sagen wie es ist. 1,5 %, nicht wie es heute zweimal gefallen ist, in Relation zu jenen Menschen, die zu uns kommen, sondern gemessen an der Einwohnerzahl. Vielleicht wenn wir uns auf das gemeinsam verständigen können, die Dinge beim Namen zu nennen, den Menschen ist die Wahrheit zuzumuten, bei der Wahrheit zu bleiben und nicht die Dinge immer in einem bisschen etwas anderem Licht darzustellen. Ich habe heute mitgenommen viele, viele unglaublich bemühte Menschen. Viele Fraktionen, die unseren Weg teilen, eine Fraktion, die immer von einer Flüchtlingswelle spricht, wir sprechen hier in der Steiermark von einer Welle der Hilfsbereitschaft. Das ist ein Bild, wo ich mir denke, ich spreche noch einmal die Einladung aus, vielleicht können Sie sich dem Bild anschließen, die unglaubliche Welle der Hilfsbereitschaft, die so großartig in diesem Land geleistet wird, sollte uns ein Anstoß sein, genauso wie diese Menschen auch in der Politik mit Rückgrat, mit Anstand, mit Mut Lösungen zu suchen, dann werden wir sie nämlich auch gemeinsam finden. Hier ist nur das gemeinsame Wohl gefragt. Nicht mehr und nicht weniger und von diesem steirischen Weg werden wir uns auch nicht abbringen lassen. Danke schön.  
*(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.42 Uhr)*

**Präsidentin Dr. Vollath:** Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Wir kommen nun zur Abstimmung. Zuerst die Entschließungsanträge zur ersten Dringlichen Anfrage.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ Einl.Zahl 192/2, betreffend „Die Steiermark spricht sich gegen ein Durchgriffsrecht des Bundes aus!“, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 192/3, betreffend „Flüchtlinge Willkommen! – Ausbau der Unterstützungsangebote für Flüchtlinge in der Steiermark“, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 192/4, betreffend „Öffnung der österreichischen Botschaft in Ungarn für AsylwerberInnen“, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Damit komme ich zu den Entschließungsanträgen zur zweiten Dringlichen Anfrage. Beim ersten möchte ich kurz die Abstimmung erläutern. Hier wurde seitens der KPÖ um eine punktuelle Abstimmung hinsichtlich des zweiten Punktes gestellt. Ich werde daher den ersten Punkt dieses Entschließungsantrages pauschal abstimmen und dann den zweiten Teil punktuell.

Ich ersuche die Damen und Herren, die Punkt eins des Entschließungsantrages der FPÖ, Einl.Zahl 193/2 betreffend „Sofortmaßnahmen zur Bewältigung des Flüchtlingsstromes“ ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Punkt eins hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, und da komme ich jetzt zur punktuellen Abstimmung des Punktes zwei des Entschließungsantrages, und ersuche diejenigen Damen und Herren, die mit dem ersten Unterpunkt betreffend „Höchstzahl an aufzunehmenden Flüchtlingen“ ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Unterpunkt hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Unterpunkt „Zustimmung des Gemeinderates“. Wer gibt hier seine Stimme. Ein Zeichen mit der Hand.

Hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Unterpunkt „Informationspflicht des Landes gegenüber der Gemeinde“. Wer stimmt hiefür?

Hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Der Unterpunkt „Sicherstellung einer ausgewogenen Verteilung von Asylwerbern“. Wer gibt hier die Stimme?

Auch dieser Punkt hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Unterpunkt „Reduzierung der Leistungen aus der Grundversorgung“. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Unterpunkt „keine Gewährung von Grundversorgungsleistungen“.

Dieser Punkt hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Unterpunkt „Verstaatlichung der Flüchtlingsbetreuung durch Schaffung einer ausgelagerten Gesellschaft“.

Dieser Punkt hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Der letzte Unterpunkt betreffend „keine Errichtung von Flüchtlingsquartieren im Umkreis von Schulen“.

Auch dieser Punkt hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ Einl.Zahl 193/3, betreffend „Menschenleben retten – Grenzen schützen! Einführung temporärer Grenzkontrollen!“, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Entschließungsantrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ Einl.Zahl 195/2, zur dritten Dringlichen Anfrage, betreffend „Auswirkungen des Asylchaos auf das steirische Gesundheitswesen“, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Entschließungsantrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen damit zur vierten Dringlichen Anfrage. Sie wurde von Abgeordneten der KPÖ an Landeshauptmannstellvertreter Mag. Michael Schickhofer gerichtet betreffend „Australischer Pensionsfonds oder Land Steiermark als Eigentümer der Energie Steiermark“.

Ich erteile Herrn LTAbg. Dr. Werner Murgg das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

**LTabg. Dr. Murgg – KPÖ (15.47 Uhr):** Danke Frau Präsidentin, geschätzte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe wenige Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir haben uns doch angesichts einer zu erwartenden längeren Tagesordnung entschlossen, diese Dringliche Anfrage heute einzubringen. Einfach weil sich über den Sommer einige Neuerungen offenbar aufgetan haben. Sie wissen ja, wir, die KPÖ, haben an den damals noch zuständigen Landeshauptmann Voves eine ähnliche Anfrage gerichtet. Wir haben damals, so würde ich meinen, keine klare Antwort bekommen. In der Zwischenzeit ist doch einiges von uns als Abgeordnete zur Kenntnis zu nehmen. Ich berufe mich vor allem, und das hat uns zu dieser Dringlichen Anfrage bewogen, auf einen ausführlichen Artikel aus der Kronen Zeitung vom 2. September 2015, wo ausführlich, offenbar nach einem Gespräch mit dem jetzt zuständigen Eigentümerversorger, Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer einige Neuigkeiten über die große Neuigkeit hinweg nämlich, dass der Macquarie, der Investmentfonds, den Anteil kaufen will, aber darüber hinaus einige Neuigkeiten zu vernehmen sind. Da lesen wir, dass das Land von dem Rückkaufrecht keinen Gebrauch machen wird, dass der Rückkauf offenbar 350 Millionen Euro ausmachen würde und dass Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer bis zum 22. September, das ist der nächste ordentliche Landtagstermin, offenbar zu einem Abschluss kommen wird und es auch, so lese ich es, in dieser Landtagssitzung dazu irgendetwas zu hören sein wird oder möglicherweise sogar zu beschließen. Wir wissen ja, es gibt eine Rahmenbedingung, nämlich diese obligatorische 60-Tage-Frist. Von dem Zeitpunkt an, wo die EdF sagt: „Wir wollen verkaufen“, läuft dann eine Frist, wo das Land dann den Vorkauf ziehen müsste, dieses Angebot das Vorkaufsrecht zu haben. Ich habe dann nach diesem Artikel -weil in diesem Artikel sehr widersprüchliche Aussagen gegenüber dem, was wir bisher gehört haben, drinnen sind - das Büro Schickhofer angerufen. Ich bin leider nicht zu Ihnen durchgedrungen, gut, Sie sind ein vielbeschäftigter Mann, ist akzeptiert, aber ihr Büroleiter war so nett sich kundig zu machen, sich schlau zu machen und er hat mich dann zurückgerufen und jetzt ist es irgendwie eigentlich ganz anders, nicht ganz anders, aber vieles ist anders, als man in diesem Kronen Zeitungsartikel gelesen hat und deswegen auch unsere Anfrage. Was ist da anders? Also das mit der 60-Tage-Frist ist offenbar von einem unbedachten Zuschauer wie mir, irgendwie falsch ausgelegt worden. Weil ich habe gehört, das beginnt erst dann zu laufen, wenn das Land sagt, dass es mit dem Verkauf durch die EdF einverstanden ist. Aber ob wir dieses OK geben, diese Prüfung ist noch nicht abgeschlossen. Wenn ihr Büroleiter mich richtig informiert hat, haben die 60 Tage noch gar nicht zu laufen begonnen und auch der Landtag

soll da offenbar überhaupt nicht damit befasst werden, denn ich habe gehört, das wird in der Landesregierung beschlossen werden, ob wir dieses Vorkaufsrecht ziehen oder ob wir es nicht ziehen. Jetzt könnte natürlich sein, dass am Montag die Landesregierung die EdF anruft und sagt: „Wir haben uns das in der Zwischenzeit überlegt, eigentlich wollen wir das eh nicht, wir sind einverstanden, ihr dürft verkaufen“ und dann beginnt die Frist von 60 Tagen am Montag zu laufen. Weil der Landtag nicht beschäftigt sein muss, könnte die Landesregierung in einer Sitzung vor dem 22. September beschließen, dass wir von dem Vorkaufsrecht keinen Gebrauch machen und wenn wir dann, wir als KPÖ oder eventuell auch eine andere Fraktion am 22. September in den Landtag kommen zur ordentlichen Sitzung, würden wir oder Sie zu spät kommen. Deswegen unsere heutige Dringliche Anfrage. Das wollte ich am Anfang nur gesagt haben, damit man nicht glaubt, die KPÖ muss unbedingt auch bei jeder Landtagssitzung, die heute ohnehin ein brisantes Thema behandelt hat, eine Dringliche Anfrage stellen. Ich komme jetzt dann bald zur Dringlichen Anfrage weil ich will Sie, will euch wirklich nicht über Gebühr hier aufhalten, aber einige Sachen würde ich doch bemerken. Zum Unterschied vor dem Sommer wissen wir jetzt also wer der Käufer sein soll. Ein australischer Finanzinvestor namens Macquarie. Für den wird sich dieser Kauf sehr wohl auszahlen. Das habe ich schon in der letzten Dringlichen vor dem Sommer gesagt. Denn erinnern wir uns, 2014, das war das letzte Jahr, wo die Bilanz vorliegt, hat die EdF allein 11,4 Millionen Euro Dividende kassiert und das wird natürlich auch dieser Macquarie weiterkassieren und ich traue mir eines zu prophezeien: Die EdF, und ich kenne genug Leute in der Energie Steiermark die ein bisschen über das Atmosphärische zu sagen wissen, die EdF war eigentlich ein recht pflegeleichter Partner. Die haben sich im Großen und Ganzen nicht eingemischt, waren zufrieden, wenn das Geld floss, Punkt aus. Ich frage mich und ich habe schon eine gewisse Sorge, ob das für die Tarifpolitik in der Steiermark vernünftig ist und der Weisheit letzter Schluss, wenn ein Finanzinvestor über unsere Tarifpolitik mitentscheiden wird. Ich bin sicher, die werden sehr genau schauen, wie hoch diese Dividenden sind, die man aus der Energie Steiermark herausholen kann und herausholen könnte. Da wird eine eigenständige Tarifpolitik, die die KPÖ immer gefordert hat seitdem sie 2005 in diesem Landtag sitzt, nämlich, wie haben Sie es genannt den Steiermarktarif, noch viel schwerer durchzusetzen sein, als bei der EdF. Schon da habe ich mir vom Voves immer anhören müssen - vom Landeshauptmann Voves Verzeihung - vom Landeshauptmann Mag. Franz Voves immer anhören müssen: „Ja, Herr Doktor, Sie können leicht reden, aber wir müssen auch auf unseren Partner, der EdF, Rücksicht nehmen“. Das war eines seiner gängigen

Floskeln. Zwischen 2005 und 2010 hat ja auch die ÖVP interessante Anträge gestellt zur Energie, aber lassen wir das einmal weg. Ich will nicht in alten Wunden wühlen, aber zu unseren Anträgen bezüglich Steiermarktarif hat der Landeshauptmann Voves das immer gesagt. Jetzt lange Rede, kurzer Schluss. Deshalb meinen wir, wir sollten von diesem Rückkaufrecht, Vorkaufsrecht sehr wohl Gebrauch machen. Warum? Erstens einmal ist der Preis günstig. Die EDF hat damals 407 Millionen gezahlt, jetzt will man das wahrscheinlich um 350 Millionen bekommen. Die Zinsen, falls man ein Geld dafür aufnehmen muss, sind im Keller. So günstig wird man, wenn man ein Darlehen dafür aufnimmt, nie mehr bekommen. Außerdem bilanziert das Land seit jetzt mit der Doppik, mit den Bilanzierungsvorschriften mit der Doppik, d. h. sollten wir dafür Darlehen aufnehmen müssen und erwerben, ist das finanzneutral darstellbar. Das ist ganz etwas Neues, das haben wir bisher nicht gehabt. Die Energie Steiermark, „last but not least“, auch kein Geheimnis, hat die beste Bonität aller Landesenergieversorger, d. h. auch das habe ich schon vor dem Sommer gesagt. (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Soll so bleiben.“*) Soll so bleiben, sind wir einer Meinung. Da wäre der Rückkauf ein sicheres Investment für das Land Steiermark. Ich könnte mir vorstellen, dass die Energie Steiermark selbst ein Darlehen aufnehmen würde und dass auf eine zehnjährige Laufzeit mit 30 – 40 Millionen im Jahr zurückzahlt, ich sagte es bereits, die Zinsen sind im Keller. Vielleicht sagen Sie etwas, obwohl ich die Anfrage nicht expressis verbis gestellt habe zu dem Kauf aus Eigenmitteln. Weil auch das ist durch die Medien gegeistert. 2014 hat die Energie Steiermark ein Eigenkapital von 1,06 Milliarden Euro ausgewiesen. Da könnten wir das mit links zurückkaufen. Ich weiß natürlich, so wird das wohl sein, dass ein Großteil dieser Beteiligungen, ein Großteil dieser 1,06 Milliarden Euro in Beteiligungen und im Anlagevermögen steckt und das natürlich nicht flüssig gemacht werden könnte. Natürlich könnte man die 5 % an Verbund Hydro Power verkaufen, da würden wir die 350 Millionen bekommen, aber das will ich nicht in unserem Sinne und ich glaube, das wäre auch nicht im Sinne des Steiermärkischen Landtages. Ich weiß nicht, wie viel frei verfügbare Finanzmittel die Energie Steiermark tatsächlich hat. 2009 hat sie noch 300 Millionen gehabt. Aber dann hat sie den SSG-Anteil vom Verbund um ungefähr 300 Millionen zurückgekauft und ich vermute, es werden nicht mehr allzu viel frei verfügbare Finanzmittel hier sein. Aber auch hier, interessant, was Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer sagt, Sie werden nicht wörtlich zitiert, aber der Redakteur wird mit Ihnen gesprochen haben und ich zweifle nicht daran, dass es korrekt wiedergegeben wird. Ich darf zitieren, was in der Krone steht: „Aber es scheint im Unternehmen auch eine gut gefüllte

Zukaufskasse zu geben. Der Landeshauptmannstellvertreter kann sich gut vorstellen, dass sich daraus Beteiligungen und Zukäufe, wie etwa private Kleinkraftwerke oder Gemeinde-E-Werke getätigt werden können“. Also offenbar irgendein Geld scheint da zu sein. Mir widerstrebt es besonders, wenn wir jetzt mit unserem Landesgeld Kleinkraftwerke, E-Werke und was weiß ich noch zukaufen und die Macquarie bekommen, um das Geld noch eine besser aufgeschmückte Kuh als ohne diese Rückkäufe. Auch das widerspricht mir eigentlich. Ja, deswegen denke ich mir, vielleicht sollte man auch mit der Energie Steiermark als Eigentümerversorger einmal sprechen, um aus einen Teil der Eigenmittel oder ob man einen Teil der Eigenmittel für einen Rückkauf verwenden könnte und den Rest müsste dann das Land wohl über ein Darlehen aufnehmen, um diesen Rückkauf zu sichern. Eines sollten wir auch nicht vergessen, wir haben da vor zwei oder drei Jahren, ich weiß nicht genau wann, über die Schi-WM Schladming lange diskutiert und wenn man jetzt 350 Millionen hört – allein das Land hat damals für ein 10-Tagesereignis oder wie lange das auch immer war, 151 Millionen Euro ausgegeben. Mindestens, wahrscheinlich waren es mehr. Aber das sind zumindest jetzt die offiziellen Zahlen. Nur damit wir wissen, von welchen Größenordnungen wir hier reden. 350 Millionen ist nicht so was, was die Steiermark auf keinen Fall stemmen könnte. Was ich überhaupt nicht will ist, dass man heute Vormittag, nicht nur Vormittag, bis jetzt haben wir über diese Flüchtlingskrise und über diese Problematik die gesamte steirische Bevölkerung bewegenden Problems gesprochen und ich möchte auf keinen Fall, dass unter der Ablenkung der Bevölkerung durch dieses große, uns alle berührende Problem, quasi hinter dem Rücken still und heimlich der Macquarie die 25 % und die eine Aktie von der EdF bekommt und der Landtag da vielleicht gar nicht mehr befasst wird.

Deswegen darf ich an Sie, geschätzter Herr Landeshauptmannstellvertreter, folgende Anfrage richten. Es sind sechs Fragen.

1. Gibt es ernsthafte Überlegungen des Landes über einen Rückkauf der Anteile von der EdF?
2. Welche Varianten der Finanzierung des möglichen Rückkaufs der Energie Steiermark-Anteile werden von der Landesregierung geprüft?
3. Werden Sie vorschlagen, das Vorkaufsrecht des Landes zu nützen und die Energie Steiermark-Anteile von der EdF zurückzukaufen?
4. Sollte das Land die Anteile nicht zurückkaufen: Wird ein künftiger Miteigentümer der Energie Steiermark in die Verträge zu gleichen Rechten wie die EdF einsteigen,

insbesondere in die im Syndikatsvertrag eingeräumten erweiterten Mitbestimmungsrechte, und falls nicht, was wären die Änderungen?

5. Wird nach einem Verkauf die Zusammensetzung des Vorstandes der Energie Steiermark, nämlich ich meine zahlenmäßig, gleich bleiben wie bisher?
6. Halten Sie es im Interesse der steirischen Bevölkerung für sinnvoll, wenn ein australischer Investor auf die steirische Energieversorgung und Strompreisgestaltung Einfluss nehmen kann?

Ich darf dann auch gleich Ihnen einen Antrag präsentieren, denn bringe ich jetzt gleich aus Zeitgründen ein.

Der Landtag wolle beschließen, der Landtag bekennt sich zum Rückkauf.... (*Ausschalten des Mikrofons – Beifall bei der KPÖ - 16.02 Uhr*)

**Präsidentin Khom:** Entschuldigung Herr Murgg, das geht nicht, das können Sie erst bei der Wechselrede einbringen bitte. (*LTabg. Dr. Murgg: „Danke, so lernt man dazu.“*) Dann bitte ich jetzt unseren Herrn Landeshauptmannstellvertreter Michael Schickhofer, um die Beantwortung.

**Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer – SPÖ – (16.02 Uhr):** Werte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, werte Kolleginnen und Kollegen!

Es freut mich, dass jetzt die Themen Arbeit, Beschäftigung und Innovation am Standort Steiermark in den Mittelpunkt rücken.

Die Energie Steiermark ist von entscheidender strategischer Bedeutung für den Wirtschafts- und Beschäftigungsstandort Steiermark. Über die Energie Steiermark können wir investieren und so Arbeitsplätze sichern und schaffen.

Mein Ziel ist es daher, dass die Energie Steiermark in den nächsten fünf Jahren mehr als 500 Millionen Euro in den Wirtschaftsstandort Steiermark investiert. Mein Ziel ist es, dass wir die Energie Steiermark als sogenannte Green Company positionieren, dass wir in erneuerbare Energieerzeugung sowie in Elektromobilität umfassend investieren, dass wir den Breitbandausbau forcieren, weil gerade das für die steirischen Regionen und deren Wirtschaftsentwicklung von zentraler Bedeutung ist, dass wir intelligente Stromzähler einsetzen, dass die Energie Steiermark die Kraft hat auf weitere strategische Beteiligungen einzugehen und, meine sehr verehrten Damen und Herren, selbstverständlich, dass die



Energie Steiermark günstigen und ökologischen Strom für die Kundinnen und Kunden anbieten kann.

Bisher mussten wir alle wesentlichen Entscheidungen mit unserem französischen Miteigentümer abstimmen, obwohl dieser nur 25 % plus eine Aktie gehalten hat. Sie kennen alle, oder haben gehört vom entsprechenden Syndikatsvertrag.

In Hinkunft fällt diese Vereinbarung durch den Verkauf weg und wir gewinnen dadurch massiv an Handlungs- und Gestaltungsspielraum, um Jobs schaffen zu können, den Standort zu stärken und Innovationen zu fördern.

Ich komme daher zur Beantwortung Ihre Fragen:

Zu den Fragen 1, 2 und 3:

Selbstverständlich haben wir die Möglichkeit eines Rückkaufes der Anteile geprüft. Aufgrund des Stabilitätspaktes, der Finanzsituation des Landes und der Notwendigkeit, aufgrund der aktuellen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als Land Steiermark Maßnahmen für Arbeit und Beschäftigung zu setzen und die Armut zu bekämpfen, ist aus meiner Sicht ein Rückkauf aus dem Landesbudget nicht möglich.

Wenn wir, und das wurde ja angesprochen, Gelder – in welcher Form auch immer – aus der Energie Steiermark für den Rückkauf verwenden würden, würde das gerade die wichtige Investitionskraft der Energie Steiermark schwächen, weil wir brauchen diese starke Eigenkapitalausstattung, um uns auch entsprechend finanzieren zu können und so investieren können.

Es ist aber gerade jetzt wichtig, in den erwähnten Bereichen zu investieren. Durch die starke Eigenkapitalausstattung besitzt die Energie Steiermark das beste Rating der Energieversorger Österreichs mit einem A+ und es ist mein zentrales Ziel, dass wir diese Eigenkapitalausstattung auch halten können. Weil was ist der große Vorteil für die Kundinnen und Kunden? Die Energie Steiermark kann sich dadurch günstig refinanzieren und vor allem die Energie Steiermark kann langfristige Stromlieferverträge abschließen, was den Strom für die Steirerinnen und Steirer auch günstiger macht. Um die Handlungs- und Gestaltungskraft des Landes aber insbesondere der Energie Steiermark zu erhalten, werde ich daher den Rückkauf nicht vorschlagen. Im Übrigen möchte ich ergänzen, dass Dritte jederzeit ein Angebot an die EdF hätten legen können, das aber bisher nicht gemacht haben. Also auch das bitte ich mit zu berücksichtigen, weil hier die unterschiedlichsten Vorschläge immer wieder kolportiert und diskutiert werden. Die EdF hat einen sehr langen Verkaufsprozess gestartet

und das Land ist kein Makler. Es hätte jeder Interessierte ein entsprechendes Angebot bei der EdF legen können.

Zu den Fragen 4 und 6:

Der Syndikatsvertrag, der gerade massive Mitbestimmungsrechte beinhaltet hat, fällt mit dem Verkauf weg. Das erklärt auch, warum die Preisbildung jetzt eine ganz andere ist, als noch zum Verkaufszeitpunkt, weil das Land Steiermark diese Rechte, diese Mitgestaltungsrechte jetzt nicht mehr mitverkauft. Wir wollen im Unternehmen frei handeln können. Natürlich gibt es die aktienrechtlichen Informationsrechte für einen 25 %-Eigentümer, aber im Wesentlichen haben wir die absolute Gestaltungsfreiheit und keiner wird bei der Tarifpolitik über diese 25 % mitreden können, weil das vom Aufsichtsrat, von den Vorständen entsprechend gestaltet wird. Der zentrale Vorteil durch einen Verkauf, ist der Wegfall dieses Syndikatsvertrages. Jetzt haben wir es selbst in der Hand, ob wir eine Eigentümervereinbarung mit Macquarie abschließen oder nicht. Diesbezüglich sind die Verhandlungen gerade im Gange und ich habe das Ziel, diese bis zum 22. September abzuschließen. Dafür gibt es zwei Optionen:

Die erste Option ist, dass wir keine Eigentümervereinbarung abschließen. Das würde bedeuten, dass Macquarie nicht einmal das Recht hat einen Aufsichtsrat zu entsenden. Ihnen bleiben nur die im Aktienrecht vorgesehenen Rechte. Das hätte einen Nachteil für das Land, dass wir dann auch kein eingeräumtes Vorkaufsrecht haben. Daher gibt es eine zweite Option, auch das habe ich schon transparent gemacht, nämlich, dass uns Macquarie ein Vorkaufsrecht einräumt und im Gegenzug würden wir ihnen ein bis zwei Aufsichtsräte entsprechend ihrer Beteiligungen ermöglichen. Sie hätten entsprechende Informationsrechte, aber keine Mitbestimmungsrechte, was die zukünftigen Investitionen betrifft. Ganz klar ist, dass beispielsweise Vorstandsbesetzungen nie Gegenstand einer solchen Vereinbarung sein könnten. Hier gilt das Steirische Stellenbesetzungsgesetz. Es wird aus meiner Sicht, wenn es zu einer Vereinbarung kommt, noch ein klares Bekenntnis geben, dass es zu keinem Verkauf von Stromnetzen im größeren Umfang kommt. Das ist aber auch nicht unser strategisches Ziel. Eines hat sich in den ersten Besprechungen gezeigt, auch der etwaige neue Partner hat das Ziel, dass wir investieren, dass wir Beteiligungen erwerben und dass wir so den Wirtschaftsstandort Steiermark stärken können. Selbstverständlich habe ich mit Macquarie vereinbart, dass alle Vereinbarungen öffentlich gemacht werden können. Das war bisher beim Syndikatsvertrag anders, hier sind wir gebunden. Aber im Bereich der neuen Vereinbarung ist es für mich eine Selbstverständlichkeit, dass diese Vereinbarung dann auch für sie einsichtig und transparent ist.

Zu Frage 5:

Ja, die Verträge des Vorstandes laufen wie vertraglich mit ihnen fixiert bis 2017. Das Vorstandsteam arbeitet gemeinsam und das ist eine besondere Unternehmenskultur in der Energie Steiermark, mit dem Betriebsrat, mit dem Aufsichtsrat und dem gesamten Team höchst professionell im Sinne und im Interesse des Landes Steiermark zusammen. Ich kann Sie daher nur einladen in diesem Sinne, arbeiten wir gemeinsam mit viel positiver Energie für Investitionen und Beschäftigungen durch die Energie Steiermark. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 16.11 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise darauf hin, dass Regierungsmitglieder sowie HauptrednerInnen nicht länger als 20 Minuten und DebattenrednerInnen nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Murgg. Bitte schön.

**LTabg. Dr. Murgg – KPÖ (16.12 Uhr):** Danke liebe Frau Präsidentin!

Ich werde jetzt den Antrag einbringen, aber vorher vielleicht noch wirklich ein oder zwei Bemerkungen zur Beantwortung Ihrer Frage - ich danke für die Beantwortung. Einige Dinge sind für mich und wahrscheinlich auch für Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, tatsächlich, nicht unmittelbar, wie heißt das jetzt, Zukunftspartnerschaft angehören, also für uns Opposition neu. Ich kann Ihnen bei zwei, drei Dingen nicht ganz zustimmen, wenn Sie sagen, Sie haben dieses und jenes investitionsmäßig vor, beispielsweise den Breitbandausbau, wenn ich Sie richtig verstanden habe und auch die intelligenten Stromzähler. Da könnte man dann schon wieder ins Philosophieren kommen. Sie wissen wahrscheinlich, aber auch der eine oder andere Abgeordnete, dass die Opposition vielleicht nicht unbedingt Freunde der intelligenten Stromzähler sind, weil man einfach datenschutzmäßig damit ziemlich viel Schindluder betreiben kann und auch das letztlich, unserer Meinung nach, nur dazu dient, dass man auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger die Erzeuger dieser Stromzähler, oder den Erzeugern dieser Stromzähler schöne Aufträge liefert. Sonst bin ich natürlich schon mit Ihnen, dass die Energie Steiermark sich

neue Geschäftsfelder erschließen soll. Aber ich frage mich schon, warum Sie die Gefahr so groß sehen, dass, wenn hier tatsächlich das Land ein Geld in die Hand nehmen würde, um diese Anteile zurückzukaufen, beispielsweise die Bonität der Energie Steiermark, und das haben Sie irgendwie so in den Raum gestellt, nicht mit eins plus sein sollte. Im Gegenteil,

wenn man dann das gesamte Umfeld betrachtet, ist die Energie Steiermark dann, würde die Bonität meiner Meinung nach sogar steigen, weil es eben einen einzigen Eigentümer gibt und ein Eigentümer, vor allem mit der öffentlichen Hand, ist immer besser als verschiedene Eigentümer oder mehrere Eigentümer oder zwei Eigentümer in dem Fall. Wenn Sie sagen: „Gut, mit der EdF war das durch die Syndikatsverträge schwierig“, das ist richtig, und Sie sind jetzt dafür oder das wird jetzt schon mehr oder weniger beschlossen und das weiß auch Macquarie, dass Sie in die Syndikatsverträge nicht einsteigen können, dann ist das gut und richtig. Aber ich glaube nicht daran, wenn Sie sagen, dass die EdF sich irgendwie in die Syndikatsverträge eingemischt hat und Macquarie wird sich bei der Tarifgestaltung nicht einmischen. Bei der Tarifgestaltung direkt möglicherweise nicht, aber bei der Dividende, die sie erwarten, werden sie sich sehr wohl einmischen. Sie schütteln den Kopf Kollege Lang, ich meine ich weiß es von der Voest-Alpine. Reden Sie einmal mit Vorständen wie das so ist, ob der Fidelity Konzern bei der Aufsichtsratsversammlung dann auftaucht oder nicht auftaucht und was die sagen würden, wenn der Direktor Keinersdorfer plötzlich sagt: „Na gut, heute geben wir die Prämie nicht soundso viel, die immer gewesen ist, sondern wir tun einmal 3% - 4% mehr ausschütten“. Diese Investoren würden sich sehr wohl aufregen und sagen: „Hoppla, wir wollen unsere Dividende sehen“. Der Macquarie ist natürlich noch viel mehr seinen Geldgebern und seinen Investoren verpflichtet als es die EdF als staatlicher französischer Energiekonzern möglicherweise ist. Die Sache des Rückkaufes der Anteile um 350 Millionen ist nicht nur deswegen so billig, weil die Syndikatsverträge nicht mehr mitgekauft werden, sondern auch weil der Strompreis im Keller ist. Der wird noch länger im Keller sein, weil ein Überangebot an Strom existiert und deswegen sage ich ja auch, sollte man die Gelegenheit beim Schopf packen, wenn man es wirklich ernsthaft versuchen würde, glaube ich, dass wir das auch möglicherweise unter 350 Millionen Euro bekommen würden. Wie auch immer. Ich habe ernsthaft nicht daran geglaubt, dass die ÖVP und die SPÖ heute unseren Dringlichkeitsantrag, den ich jetzt gleich einbringen werde, zustimmen. Ich habe nur die Hoffnung, dass die Opposition zumindest hier ein gemeinsames Signal gibt, dass es Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht egal ist, wer in Zukunft beteiligt ist an den 25 % und einer Aktie unseres Landes- Energieversorgers. Deswegen folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zum Rückkauf der EdF Anteile an der Energie Steiermark und zur Entwicklung eines Finanzierungsplanes für diesen Rückkauf in Zusammenarbeit mit der Energie Steiermark. Ich bitte um Annahme. *(Beifall bei der KPÖ – 16.17 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Als Nächster zu Wort gemeldet Klubobmann Schönleitner. Bitte schön.

**LTAbg. Schönleitner – Grüne (16.17 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ganz kurz nur, Dr. Murgg hat Wesentliches und vieles gesagt. Mir ist jetzt noch immer nicht ganz klar, vielleicht kann man das noch irgendwie beantworten oder ich habe es überhört, ist es jetzt landtagspflichtig oder nicht? (LTAbg. Dr. Murgg: „Nein.“) Ist nicht landtagspflichtig sagen Sie. Ich würde mir trotzdem erwarten, wenn es nicht landtagspflichtig ist, von dem bin ich nämlich ausgegangen, auch auf Grund der Medienberichterstattung, dass der Landtag mit so einer zentralen Frage, wie es mit dem Landesenergieversorger weitergeht, befasst wird. Da geht es ja nicht immer nur darum, was ist gesetzlich erforderlich, sondern die Frage ist, wie gehe ich politisch mit einer so zentral wichtigen Frage um. Das wäre mein Wunsch an Sie, deswegen habe ich mich noch einmal gemeldet, dass Sie Ihr Verhandlungsergebnis, das sie erzielen werden oder erzielt haben, ich habe gehört, es ist noch nicht ganz abgeschlossen, wenn ich es richtig interpretiere, dass Sie das dem Landtag selbstverständlich vorlegen, das ist auch ein Zeichen des neuen politischen Stils. Den haben Sie angekündigt, wenn man da nicht drüberfährt und sagt, so und so schaut es aus. Freilich ist es so, dass jeder der beteiligt ist, natürlich auch etwas will, das wäre ja völlig absurd. Es ist ganz klar, es geht um die Dividende. Herr Dr. Murgg hat es gesagt. Es ist letztendlich eine ganz banale Frage: Will die Steiermark ihre 100%ige Eigenverantwortung und ihr 100%iges Bestimmungsrecht in der Energiepolitik des Landesenergieversorgers zurück, wollen wir das in Zukunft selbst machen, oder lassen wir wiederum die 25 % plus die eine Aktie bei jemand anderen? Ich glaube, es wäre sehr günstig es zu tun. Ich bin auch insofern ein bisschen verwundert, dass Sie sagen, das ist ganz klar, dass es quasi in diese Richtung geht. Ich kann mich erinnern, im letzten Finanzausschuss bezüglich der letzten Budgeterstellung, hat mir der Herr Landeshauptmann Voves auf meine Frage geantwortet, wie das mit dem Rückkauf ausschaut, weil das schon immer ein bisschen im Raum gestanden ist. Sinngemäß, es gibt ja leider kein Protokoll aus den Ausschusssitzungen, aber da hat er ganz klar gesagt, es ist schon, wenn ich ihn richtig interpretiere, Ziel des Landes, diese Anteile zurückzuholen. Er hat, meines Wissens, auch davon gesprochen, dass er nur nicht will, dass das öffentlich debattiert wird, weil das natürlich verständlicherweise einen Einfluss auf die Preisgestaltung, auf die Kaufsumme haben könnte. Jetzt ist aber offenbar alles gegessen, es geht von der EdF weg in Richtung eines Investmentfonds. Ich würde schon ein bisschen vorsichtig sein, auch wenn Sie jetzt so

vollmundig erklärt haben, 500 Millionen investiert die EStAG im erneuerbaren Energiebereich. Ich muss Sie schon erinnern, ... (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer*: „500 Millionen Gesamtinvestment.“) Gesamtinvestment, ja aber auch in den erneuerbaren Bereichen. Ich nehme doch an, auf das wollte ich jetzt hinaus, dass gerade der steirische Landesenergieversorger im Vergleich mit den anderen Bundesländern im erneuerbaren Bereich in den letzten Jahren sehr wenig getan hat. Wir erinnern uns an den steirischen Energieflop mit Mellach, der uns jetzt doppelt auf den Kopf fällt. Weil seinerzeit haben wir ja immer vor Mellach gewarnt, weil wir gesagt haben, dass wir auf erneuerbare Energien, setzen müssen, auf die Prozesswärme um die Grazer Fernwärmeversorgung sicherzustellen. Das war ein riesen Flop, das hat uns eine ziemlich starke Millionensumme gekostet. Um diese Summe könnten wir wahrscheinlich schon fast diese Anteile zurückkaufen. Aber was man bei der Energie Steiermark nicht gesehen hat, das war ganz klar, das war eigentlich eine Offensive im Bereich der erneuerbaren Energien. Das war noch gar nicht so lange, da hat man, glaube ich, in der Weststeiermark draußen, oder war es Oststeiermark, ich glaube, das war die Weststeiermark, die ersten Windräder feierlich eröffnet und hat sich wirklich selbst beweihräuchert. Ich sehe auch sehr oft die Elektrofahrzeuge der Energie Steiermark herumfahren, aber ich habe immer den Eindruck, das ist eine nette grüne Fassade, aber in die Substanz hinein, dass wir im Windbereich, dass wir im Bereich Photovoltaik stärker investieren, sind wir in der Steiermark leider hinten. Ich wollte nur sagen, wenn es um Investitionen geht, können es nicht wieder irgendwelche Investitionen in anderen Ländern sein, auch das hat die EstAG immer wieder gemacht, sondern da muss es darum gehen, entsprechend des Klimaschutzplanes die heimische Energieversorgung letztendlich zeitgemäß hochzufahren. Da sind wir noch weit weg davon und das wird eine Frage sein. Ich würde mir erwarten, dass Sie dieses Verhandlungsergebnis dem Landtag vorlegen, bevor Sie letztendlich entscheiden. Das ist eine demokratische Notwendigkeit, es ist eine Grundsatzentscheidung. Will die Steiermark 100 % des Landesenergieversorgers wieder in eigenen Händen haben? Oder bleiben wir dabei und sagen: „Naja, es ist wieder wer drinnen, hat den Fuß in der Tür.“ Unsere Entscheidungen sind letztendlich natürlich davon in der einen oder anderen stärkeren Form abhängig. Danke für die Aufmerksamkeit. (16.21 Uhr)

**Präsidentin Khom:** Es liegen zu dieser Dringlichen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ mit der Ein.Zahl 230/2 zu dieser vierten Dringliche Anfrage betreffend „Steirische Energieversorgung nicht australischen Investmentfonds auszuliefern“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat keine Mehrheit gefunden.

Somit ist die heutige Tagesordnung erschöpft.

Aufgrund der Terminplanung in der laufenden Tagung des Landtages findet die nächste Sitzung voraussichtlich am 22. September 2015 statt.

Zu dieser Sitzung des Landtages wird verbindlich auf schriftlichem d. h. elektronischem Weg eingeladen.

Die Sitzung ist beendet. Einen schönen Nachmittag.

*(Ende der Sitzung: 16.22 Uhr)*